

Flächendeckend
ausgespäht S.5



Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 4 – 28. Januar 2012

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

»Geldnot« einmal anders
Bundesbildungsministerium
überschüttet Forschung
mit Geldern **2**

Preußen / Berlin

Wo die Welten
aneinanderstießen
»Museum des Kalten Krie-
ges« am Checkpoint Charlie **3**

Hintergrund

Auf dem Weg
zur Supermacht
Indiens ökonomischer Auf-
stieg verändert die Welt **4**

Deutschland

Flächendeckend ausgespäht
Bericht bringt Einzelheiten
zur Kfz-Massenüber-
wachung ans Licht **5**

Ausland

Mit Autobomben an die Macht
Islamisten versuchen
Nigeria zu übernehmen **6**

Kultur

Bollwerk christlicher
Nächstenliebe
140 Jahre Bethel **9**

Geschichte

Ohne Pomp und Zeremoniell
Der volksnahe Friedrich
der Große **10**



Absahner am Start

Hedgefonds drohen Athen mit Klage – Finanzbranche nicht angetan

Während Banken und Versiche-
rer sich bereits auf einen „freiwilligen“ Ver-
zicht ihrer Forderungen gegenüber
Griechenland eingestellt haben
und nur noch auf die von ihren
Vertretern ausgehandelten Details
warten, sorgen vor allem US-Hed-
gefonds für Unruhe. Ihre Drohung
vor dem Europäischen Gerichtshof
für Menschenrechte zu klagen,
weil ihr Recht auf Eigentum – was
in Europa ein Menschenrecht ist –
beschnitten wird, so es denn zu
einem Schuldenschnitt käme, ist
keineswegs im Sinne der klassi-
schen Finanzbranche. Gibt es näm-
lich keinen „freiwilligen“
Schuldenschnitt, indem sich weni-
ger als 50 Prozent der institutio-

nellen Gläubiger Griechenlands
dafür aussprechen, diktiert Athen
ganz allein die Bedingungen. Und
auch Rest-Europa würde dies nicht
gefallen, denn das würde bedeu-

Insolvenz
wäre von Vorteil

ten, dass offiziell ein Zahlungs-
ausfall eines europäischen Landes
vorliegt, was den Ruf noch weiter
ruiniert.

Doch all das ist den US-Hedge-
fonds egal. Sie haben in letzter Zeit
gezielt sehr günstig griechische
Staatsanleihen aufgekauft. Wie viel
genau ist nicht bekannt, nur dass

etwa 25 Prozent der privaten Gläu-
biger Griechenlands nicht identifi-
ziert sind. Gleichzeitig wurden
zahlreiche Versicherungen gegen
den Ausfall Athens erworben, so
dass Beobachter davon ausgehen,
dass die Hedgefonds auf eine echte
Insolvenz Griechenlands setzen,
um so das Geld aus den Versiche-
rungen zu erhalten.

Zwar ist es eher unwahrschein-
lich, dass die Hedgefonds so viel
Stimmung machen, dass sie meh-
rere Banken und Versicherer auf
ihre Seite ziehen, doch ein derar-
tiges Hickhack verzögert eine
schnelle Einigung, die man sich in
den Hauptstädten Europas gern so
geräuschlos wie möglich ge-
wünscht hätte. *Bel*



USA bringen sich in Stellung: Gleich mehrere Flugzeugträger zeigen im Persischen Golf „Präsenz“

Bild: f1 online

Tanz auf dem Vulkan

Ölembargo wird Teheran nicht zum Einlenken bewegen – Kriegsgefahr wächst

Die USA und ihre europäischen Ver-
bündeten verhängen Sanktionen
gegen den Iran und drehen damit an
der Eskalationsschraube. Auswir-
kungen auf das iranische Atompro-
gramm sind nicht zu erwarten, dafür
wächst die Gefahr eines militäri-
schen Konflikts in der Golfregion.

Obwohl es noch keine Beweise
dafür gibt, dass das iranische Atom-
programm tatsächlich militärischen
Zwecken dient, greift die EU zu ihrer
bisher schärfsten Sanktion gegen
das Land: einem Ölembargo. Die
Maßnahme wird den Iran hart tref-
fen, denn das Land steckt schon jetzt
in einer schweren Wirtschaftskrise.
Dass der Stopp der Öleinfuhren die
Mullahs zum Einlenken bewegen
wird, ist angesichts der eindeutigen
verbalen Replik Teherans indes eher
unwahrscheinlich. Ein Nachgeben
würde das Regime innenpolitisch
schwächen, während ein schwerer
außenpolitischer Konflikt seinen

Machterhalt sichern könnte. Denn
dann hätte es einen Vorwand, die
Opposition der angeblichen Unter-
stützung des Westens anzuklagen
und sie noch massiver zu bekämp-
fen.

In Teheran betrachtet man die
westliche Politik als wirtschaftliche
Kriegserklärung und droht, die
Straße von Hor-
mus zu sperren.
Für diesen Fall
wiederum hat Wa-
shington mit mili-
tärischer Gewalt
gedroht. Schon
jetzt befinden sich
US-amerikanische,
britische und
französische Flugzeugträger im Per-
sischen Golf, um militärische Prä-
senz zu zeigen. Auch wenn der Iran
dem Westen militärisch weit unter-
legen ist, hat er mit der nur 60 Kilo-
meter breiten Meerenge einen
Trumpf in der Hand. Schon ein ein-
ziger in Brand geschossener Tanker

würde genügen, und die Schifffahrt
in der Golfregion würde wegen der
für dieses Fahrtgebiet weltweit ex-
plodierenden Versicherungsraten
von allein zum Erliegen kommen.
Keine der beiden Seiten kann ein In-
teresse an einem Waffengang haben,
doch gegenseitige Provokationen
könnten eine gefährliche Eigendy-
namik entwickeln.
Die Stimmung ist
aufgeheizt, die
Kriegsgefahr
wächst.

Weder China
noch Russland
werden sich dem
Ölembargo anschließen. Vielmehr
hat Moskau gerade ein deutliches
Signal gesetzt, dass es eigene Wege
zu gehen gedenkt. Von den westli-
chen Sanktionen gegen das mit dem
Iran verbündete Syrien vollkommen
unbeeindruckt, liefert es dem Land
36 moderne Kampfflugzeuge. Die
kann das Assad-Regime nicht nur

Provokationen
haben gefährliche
Eigendynamik

gegen Luftziele, sondern auch gegen
die Oppositionsbewegung einsetzen.
Offiziell geht es dem Westen
darum, das Entstehen einer weiteren
Atommacht im Nahen Osten zu ver-
hindern. Tatsächlich spielt auch die
Erkenntnis eine Rolle, dass sie auf
den Iran keinerlei Einfluss mehr
haben. Ähnlich verhält es sich mit
dem militärisch und wirtschaftlich
immer stärker werdenden China,
mit dem sich die USA mittlerweile
in einer geopolitischen Rivalität be-
finden. Dass Washington gewillt ist,
seine Position in Südostasien zu ver-
teidigen, zeigt dessen erhöhte Mili-
tärpräsenz im pazifischen Raum. Die
Einrichtung eines Stützpunktes im
australischen Darwin könnte der
Auftakt zu dem sein, was die Regie-
rung in Peking den „asiatischen
Tanz“ der USA nennt. Gut möglich,
dass Washington bald nicht nur im
Nahen Osten, sondern auch in Asien
einen Tanz auf dem Vulkan vollführt
(siehe auch Seite 7). *Jan Heitmann*

JAN HEITMANN:

Kinderkram

Bundespräsident Christian
Wulff hat es offensichtlich
überstanden. Alles, was jetzt
noch gegen ihn vorgebracht
wird, ist im wahrsten Sinne des
Wortes Kinderkram, denn es
geht nur noch um Kinderkram.
Um ein Spielzeugauto, das ein
Autohändler dem Sohnmann
des Bundespräsidenten zum Ge-
burtstag geschenkt hat, wofür er
dann als Gegenleistung beim
Sommerfest im Schloss Bellevue
auf Steuerzahlers Kosten ein
Gläschen Sekt leeren durfte. Das
taugt nun wirklich nicht zur
Staatsaffäre, sondern wirkt als
Ergebnis investigativen Medien-
schaffens nur noch lächerlich.
Kein Zweifel, Journalisten müs-
sen alles recherchieren, aber bei
der Berichterstattung und Kom-
mentierung Maß und Mitte
wahren. Wulffs fragwürdige
Nähe zu gönnerhaften reichen
Freunden, sein mangelndes Ge-
spür für korrektes Verhalten,
seine peinlichen Rechtferti-
gungsversuche und seine uner-
trägliche Lamoryanz haben ihn
schwer ins Wanken, aber nicht
zu Fall gebracht. Wenn es jetzt
keine Enthüllungen über gravi-
rende Pflichtverletzungen mehr
gibt, dürfen wir die Affäre Wulff
wohl als beendet betrachten.

Vor wenigen Wochen erklärte
Wulff, in einem Jahr sei die
ganze Angelegenheit längst ver-
gessen. Er dürfte Recht behalten.
Es hat sich für ihn ausgezahlt,
dass er allen Rücktrittsforde-
rungen widerstanden und die Sache
einfach ausgesessen hat. Da
zeigt sich die Routine des mit
allen Wassern gewaschenen Be-
rufspolitikers, dem Machterhalt
über alles geht – auch über die
Würde seines Amtes. Wie anders
war dagegen sein Vorgänger
Horst Köhler: Dünnhäutig, viel-
leicht zu empfindlich, dafür aber
in jeder Hinsicht untadelig. Und
damit des höchsten Staatsamtes
würdiger.

Berlin in der Zange

Euro-Rettung wird immer stärker von Südländern dominiert

D
eutschland gerät im Streit
um weitere Maßnahmen zur
Euro-Rettung immer stärker
in die Zange. Noch leistet Kanzlerin
Angela Merkel hinhaltenen Wi-
derstand gegen eine Erhöhung des
„dauerhaften Euro-Rettungs-
schirms“ ESM von 500 auf 750 oder
800 Milliarden Euro, wobei Italiens
Ministerpräsident Mario Monti be-
reits eine Billion fordert. Doch nach
bisheriger Erfahrung ist damit zu
rechnen, dass Merkel am Ende wie
immer nachgibt.

Dabei dürfte die Kanzlerin auch
darin scheitern, mit ihrer Verzöge-
rungstaktik wenigstens ein paar
stabilisierende Regeln in Europa
durchzusetzen, wie etwa eine EU-
weite, verbindliche Schulden-

bremse. Damit wollte Berlin si-
cherstellen, dass die (vor allem
deutschen) Hilfsmilliarden nicht
wirkungslos versickern, ja, am
Ende dem Schuldenschlendrian in

EU-Schuldenbremse
aufgeweicht

anderen Staaten noch Vorschub
leisten.

Laut dem jüngsten Vertragsent-
wurf zur „Schuldenbremse“ sollen
die Staaten die Regel zur Haus-
haltsdisziplin bloß noch „respek-
tieren“, was in der Auslegung
einiger Mittelmeerländer so gut
wie gar nichts bedeuten dürfte.

Auch soll die EU-Kommission
nicht das Recht erhalten, gegen
Schuldensünder klagen zu dürfen.

Merkel sieht sich einer Front ge-
genüber, die neuerdings ganz offen
von Paris angeführt wird. Seit der
Herabstufung seines Landes durch
die US-Rating-Agentur Standard &
Poor's demonstriert Frankreichs
Präsident Nicolas Sarkozy öffent-
lich seine Nähe zu Monti. Beide
fordern, in Eintracht mit Interna-
tionalem Währungsfonds und Eu-
ropäischer Zentralbank, nichts
anderes, als die bereits gescheiter-
ten Maßnahmen (noch höhere Ver-
schuldung als vermeintliche Lehre
aus der Schuldenkrise) abermals
auszuweiten. *Hans Heckel*

(siehe Kommentar Seite 8)

MELDUNGEN

Sarkozy setzt auf Südländer

Paris – „Mit aller Kraft“ wird Frankreich eine Präsenz Spaniens im Direktorium der Europäischen Zentralbank (EZB) unterstützen. Anlass der Ankündigung des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy sind Bemühungen nordeuropäischer Länder, einen freiwerdenden Sitz im sechsköpfigen EZB-Direktorium zu beanspruchen. Die Möglichkeit diesen Anspruch umzusetzen, bietet sich zum 31. Mai mit dem Ende der Amtszeit des spanischen Vertreters. Hintergrund der Bemühungen ist eine unübersehbare Machtverschiebung zu Gunsten Südeuropas im EZB-Direktorium: Neben Italien, Frankreich, Spanien, Portugal sind nur Belgien und Deutschland vertreten. Schon an der schleichenden Herstellung dieser Machtverhältnisse hat Sarkozy einen gehörigen Anteil: Mit französischer Hilfe wurde der Italiener Mario Draghi an die Spitze der EZB und damit des Direktoriums gesetzt. Die als sicher geltende Kandidatur eines Deutschen für den Posten des EZB-Chefvolkswirtes wurde durch einen französischen Gegenkandidaten vereitelt. Als wahrscheinlich beabsichtigtes Resultat, ging der Posten als „Kompromisslösung“ an einen Belgier (s. S. 8).

N.H.

Vom eigenen Land vertrieben

Addis Abeba – Zehntausende von äthiopischen Kleinbauern werden derzeit von ihren Äckern vertrieben. Die Regierung schafft so große Flächen, die sie an ausländische Agrarfabriken verkauft oder verpachtet. Vor allem Staaten aus dem Mittleren Osten, aber auch Indien, Südkorea und China, kaufen große Ländereien quer durch Afrika auf, um den Nahrungsbedarf ihrer wachsenden Bevölkerung zu decken. Nach Erhebungen der United Nations Food and Agricultural Organisation haben sich Nahrungsmittel im letzten Jahrzehnt um 83 Prozent verteuert. Die Organisation Human Rights Watch weist darauf hin, dass die betroffenen Äthiopier mit geringen Entschädigungen dem Hunger anheimfallen. Bis 2013 will die Regierung von Premierminister Meles Zenawi 1,3 Millionen Menschen aus den Regionen Gambella, Afar, Somali und Benishangul-Gumuz aussiedeln.

J.F.

Die Schulden-Uhr: Kaum einer tilgt freiwillig

Viele Bundesbürger blicken voller Sorge auf die Staatsverschuldung ihres Landes und wünschen sich, dass Bund, Länder und Kommunen endlich anfangen, ihre Schulden zu tilgen. Stattdessen feiern Politiker bereits ihre „Leistung, wenn die Neuverschuldung geringer ausfällt als erwartet. Allerdings gibt es seit zwei Jahren ein Konto für den Schuldenabbau, auf das Bürger freiwillig einzahlen können. Im vergangenen Jahr wurden hierauf insgesamt nur 25 000 Euro überwiesen.

Bel

2.032.179.190.203 €

Vorwoche: 2.031.677.113.645 €
Verschuldung pro Kopf: 24.843 €
Vorwoche: 24.867 €

(Dienstag, 24. Januar 2012,
Zahlen: www.steuerzahler.de)

Bundesbildungsministerium überschüttet Forschung mit Geldern – Föderalismus setzt ihr enge Grenzen

Vor lauter Euro-Krise ist aus dem Blick geraten, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) eigentlich ganz andere Themen auf ihrer Agenda für diese Legislaturperiode hatte. So hatte sie beispielsweise die Bildung zur Chefsache erklärt. Das hat dazu geführt, dass sich Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) jedes Jahr über ein steigen des Budget freuen darf. Doch sie hat Probleme, das Geld auszugeben.

Hatte Schavan 2010 noch 10,6 Milliarden Euro zur Verfügung, sind es in diesem Jahr bereits 12,8 Milliarden Euro. Doch die Freude hierüber ist getrübt, denn irgendwie kommt die Ministerin der angestrebten Bildungsrepublik kaum näher. Allein in den letzten Wochen musste sie gleich mehrere Rückschläge verkünden. So wurde ihre Idee des Bildungs-sparens eingestampft. Eigentlich hatte Schavan vorge-sehen, dass Eltern und Groß-eltern, die bereits für ihren frisch geborenen Nachwuchs einen Sparvertrag für Ausbil-dungskosten abschließen, eine Anreizförderung vom Staat erhalten, ähnlich wie die Wohnungsbauprämie bei Bausparverträgen. Allerdings wurde die Idee auf unbe-stimmte Zeit zurückgestellt, da der Bund, so das Ministerium gegenüber der PAZ, die Mittel für den Hochschulpakt verwendet. Dieser sieht vor, dass Berlin jeden neuen Studienplatz zur Hälfte fördert. Aber auch das Stipendium-Programm, das vorsah, dass be-sonders fleißige Schüler unabhän-gig von der finanziellen Ausstat-tung ihres Elternhauses ein Stipen-dium erhielten, läuft schleppend. Da der Bund nur die Hälfte des Geldes für dieses Programm zur Verfügung stellt, die andere Hälfte von den Universitäten aus der Wirtschaft angeworben werden

sollte, dem aber wenig Erfolg be-schieden war, konnten 2011 nur 5500 der geplanten 10 000 Stipen-dien realisiert werden. Und auch bei der Schüler- und Studentenför-derung Bafög musste Schavan die-ser Tage feststellen, dass die



Endlich geht mal was: Die Ministerin hat Probleme, ihr Geld loszuwerden. Immerhin das neue Zentrum für Is-lamische Theologie der Universität Tübingen durfte ihr Ministerium mit finanzieren.

Bild: M. Latz/dapd

Bundesländer ihren Anteil am Ba-fög, der 35 Prozent der Kosten be-trägt, nicht erhöhen wollen bezie-hungsweise schlicht aus finanziel-len Gründen nicht können. Scha-van hätte zwar das Geld, um einen Teil der Mehrkosten der Bundes-länder mit zu übernehmen, aber sie darf es nicht. Der Grund hierfür ist der deutsche Föderalismus, der Bildung hauptsächlich als Aufgabe der Bundesländer ansieht. Das hat zur Folge, dass Schavan den Auf-trag und die Mittel dafür hat, Deutschland zur Bildungsrepublik zu machen, es aber leider nicht für

Schulen und Universitäten ausge-ben darf. So kommt es, dass ihr Mi-nisterium das viele Geld den vom Bund geförderten Forschungsein-richtungen angedeihen lässt. Dass das nicht immer ein Segen ist, hat vor einigen Monaten der Bundes-

rechnungshof erneut belegt. So könne es nicht sein, dass beispie-lsweise die Helmholtz-Gesellschaft mehr Geld erhält als beantragt und sogar Rücklagen in Höhe von über 300 Millionen Euro bilden konnte. Das Problem, dass das Bildungs-ministerium sein Geld nicht los wird, ist kein neues Phänomen. Be-reits vor Gründung der 2006 ins Leben gerufenen Deutsch-Polni-schen Wissenschaftsstiftung hatte der Bundesrechnungshof darauf hingewiesen, dass es nicht sinnvoll sei, so viel Geld als Einmalzahlung in einer Stiftung zu binden, dafür

lieber einzelne Projekte zu fördern. Doch der Bund war von der Idee der Stiftung, die die deutsch-pol-nische Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Hochschule fördert, nicht abzubringen. Später prüfte der Rechnungshof das Ergebnis

und stellte, wie bereits befürchtet, 2011 fest, dass die 50 Millionen Euro Stiftungskapital – eigentlich sollten es 55 Millionen sein, denn Warschau hat seinen Teil noch nicht überweisen – bei dem jetzi-gen Zinsniveau kaum Ertrag ab-werfen, so dass die Stiftung nur wenig Geld für ihre Arbeit hat. Zu-dem sieht sich der Aufsichtsrat der Stiftung wegen mangelnder Trans-parenz und Systematik der Ausga-benplanung seit 2009 außer Stan-de, einen Wirtschaftsplan der Stif-tung zu beschließen. Jetzt soll der Stiftungsverband der Deutschen

Wissenschaft die Stiftung verwal-ten.

Aber selbst wenn Schavan nur einzelne Projekte fördert, ist dies nicht immer effizient. So monierte der Bundesrechnungshof, dass 2012 mehr als fünf Milliarden des Budgets, was einer Steige-rung von 29 Prozent gegenü-ber 2010 entspricht, in die Förderung von Forschungs-projekten gehen. Den größ-ten Teil dieser etwa 18 000 Fördervorhaben würden Projektträger verwalten, die inzwischen mehr Personal beschäftigen würden, als das 900 Mitarbeiter zählende Bildungsministerium.

Während also die meisten Schulen und Hochschulen aufgrund des Geldmangels der Bundesländer sowie Städte und Gemeinden drin-gend Geld für die Grundaus-stattung benötigen, um den Alltagsbetrieb zu gewährlei-sten, weiß das Bundesbil-dungsministerium nicht wo-hin mit seinem Geld. Immer-hin durfte es nun neben der Unterstützung durch den Hochschulpakt dieser Tage eine projektbezogene Startfi-nanzierung an die Univer-sität Tübingen überweisen. Dort wurde als Symbol für eine bessere Integration am

16. Januar das erste der vier in Deutschland geplanten Zentren für Islamische Theo-logie eröffnet, an dem islamische Religionslehrer und Imame ausge-bildet werden. Ziel ist, dass die in Deutschland lebenden Moslems nicht mehr nur von oft des Deut-schen nicht mächtigen und im isla-mischen Ausland geborenen Reli-gionsgelehrten unterrichtet wer-den. Das Bildungsministerium be-zahlt für zunächst fünf Jahre die Professuren und Mitarbeiterstellen. Vier Millionen Euro kann Schavan so vorerst für die befristete projekt-bezogene Anschubfinanzierung ausgeben. Derzeit studieren hier 36 Studenten.

Rebecca Bellano

EU-Asylsystem in der Auflösung

Erneut Vertrag gebrochen: Dublin-II-Regelung von Italien und Griechenland unterlaufen

Gerichtsentscheidungen der letzten Wochen deuten dar-auf hin, dass die Vereinba-rungen zum europäischen Asyl-recht nur noch Makulatur sind. Die Zahl von Asylbewerbern könnte dadurch auch in Deutschland wie-der massiv ansteigen.

Das Vorbild Griechenlands setzt sich durch, so in etwa könnte man jüngste Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zusammenfassen. Bereits im De-zember wurde es Österreich in zwei Fällen untersagt, Asylbewer-ber nach Italien zurückzuschicken. Im Januar folgte das Verbot zur Rückführung nach Ungarn. Gefällt wurden die Urteile ungeachtet der sogenannten Dublin-II-Regelung aus dem Jahr 2003. Alle EU-Län-der sowie die Schweiz hatten da-mals vereinbart, dass Asylverfah-ren in dem Land durchgeführt werden, in dem die Flüchtlinge erstmals EU-Boden betreten ha-ben. Ziel der Vereinbarung war es eigentlich, eine gerechtere Lasten-verteilung zu erreichen.

Zahlen aus dem Jahr 2010 ma-chen deutlich, dass dies nicht ge-lungen ist: In diesem Jahr waren 257 800 Asylbewerber in der EU registriert. Von den 27 EU-Ländern entfielen auf Deutschland und neun weitere Staaten 90 Prozent aller Asylverfahren.

Den Dreh, wie man die Belastun-gen durch die Asylverfahren auf

andere abwälzt, hat neben Italien vor allem Griechenland gefunden. Zum einen sorgt man dafür, dass die Bedingungen für Flüchtlinge so schlecht sind, dass sie sich freiwillig in andere EU-Länder absetzen. Zum anderen dienen die misera-blen Bedingungen dann vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als Grund dafür, dass eine Rücküberstellung nach Griechenland oder wie in jüngsten Urteilen nach Italien und Ungarn nicht möglich ist.

Nach Griechenland sind europa-weit nach unzähligen Urteilen die Rückführungen von Asylbewer-bern inzwischen komplett einge-stellt worden. Reagiert wurde da-mit auf die haarsträubenden Zu-stände in griechischen Asyllagern. Statt für Abstellung der Missstände zu sorgen, wird das griechische Vorgehen durch EU-Kommission und Europäischen Gerichtshof de facto belohnt. Nachahmer hat das griechische Modell inzwischen in Italien, Bulgarien und Ungarn ge-funden.

Aufschlussreich ist das Nicht-handeln der EU-Kommission: Die Vertragsverletzungen werden nicht angemahnt. Stattdessen ist zu be-fürchten, dass die Missstände zu-künftig als Begründung herhalten werden, wenn EU-Kommissarin Cecilia Malmström in Asylange-legenheiten weitere Kompetenzen anfordert: Derartige Bemühungen,

bei Einwanderungs- und Asylan-gelegenheiten die Entscheidungs-gehalt vollständig von der nationalen Ebene nach Brüssel zu übertragen, gibt es bereits seit längerer Zeit. Aktuell scheint sich die EU-Kom-mission nicht etwa am griechi-schen Asylsystem zu stören, son-dern an der Praxis der verkürzten Asylverfahren auf deutschen Flug-häfen. Bei dem Verfahren wird die Einreise bei offensichtlich unbe-gründeten Asylverfahren untersagt.

Außer bei den Vertragsverletzun-gen der süd- und südosteuropäi-

schen Länder gibt es noch genug weiteren Handlungsbedarf: Öster-reich und die Schweiz sehen sich zum Beispiel zunehmend einem neuen Phänomen gegenüber. Min-derjährige werden zunächst nach Europa vorgeschickt, um einen Asylantrag zu stellen. Diese soge-nannten „Ankerkinder“ holen auf dem Rechtsweg später gesamte Fa-milien nach. Aus Belgien und Lu-xemburg werden verstärkt Fälle ge-meldet, in denen für Asylanträge „medizinische Gründe“ angeführt werden.



Lampedusa: Eigentlich sollen Asylanträge in jenem Land gestellt werden, in dem erstmals europäischer Boden betreten wird

Der neue Faschismus

Von THEO MAASS

Die NS-Bücherverbrennungen sind zum Sinnbild mörderischer Intoleranz schlechthin geworden. Das Verbrennen von Büchern gilt als Fanal des Zivilisationsbruchs, der bei vielen Gelegenheiten voller Inbrunst gebrandmarkt wird. Ist die Wiederholungsgefahr solcher Untaten also für immer gebannt? Unter den Inbrünstigen tummeln sich allerhand Heuchler, wie wir sehen müssen. Der tschechische „Künstler“ Martin Zet will 60 000 Bände von Thilo Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“ sammeln und anschließend vernichten. Das „Happening“ soll anlässlich der Berlin-Biennale um den 27. April 2012 herum passieren.

Hörten wir richtig? Wo bleibt der Aufschrei der „Anständigen“ dieses Landes gegen diese neue Bücherverbrennung. Ein laues Lüftchen weht – sonst nichts. „Künstler“ Zet rechtfertigt sich: „Ab einem bestimmten Moment ist es nicht mehr wichtig, was die Qualität oder wahre Intention eines Buches ist, sondern welchen Effekt es in der deutschen Gesellschaft hat.“ Anders gesagt: Nicht was einer sagt, ist ihm anzulasten, sondern was andere ihm daraufhin eifernd unterstellen – ist es das, was Zet als neue Doktrin ausruft? Dann gute Nacht, Meinungsfreiheit.

Der schlimmere Skandal aber ist, dass das in Berlin ansässige Haus der Kulturen der Welt im Tiergarten (früher Kongresshalle, genannt „Schwangere Auster“), das dem Auswärtigen Amt, also zur Bundesregierung, untersteht, Zets Menschenjagd auf Sarrazin finanziell unterstützt. Bei allem Verständnis für die schwierige Lage der FDP und die Feier seines 50. Geburtstages wäre Guido Westerwelle hier gefordert, einzuschreiten.

Glaubt sich Zet bevollmächtigt, zu selektieren nach erwünschten und unerwünschten Auffassungen in Deutschland? Ignazio Silone, ideologischer Parteigänger Leo Trotzkis und Nikolaj Bucharins und in Italien zwischen Kommunismus und Sozialismus angesiedelt, hat einmal gesagt: „Der neue Faschismus wird nicht sagen: ‚Ich bin der Faschismus.‘ Er wird sagen: ‚Ich bin der Antifaschismus.‘“

Markus Drescher vom „Neuen Deutschland“ – einst Parteiorgan der SED – befindet über Sarrazin: „Dieser Mann ist kein Opfer“ und beklagt ganz offen: „Von Thilo Sarrazins Bestseller stehen mehr als eine Million Exemplare unangetastet in Bücherregalen ... Mehr als Demonstrationen gegen seine kruden Thesen hat der Autor nicht zu befürchten.“ Es ist also das Wesen der Meinungsfreiheit schlechthin, das Drescher unerträglich findet: Dass einer ungestraft sagen und schreiben darf, was er denkt. Es gruselt einem bei der Vorstellung, wie die Dreschers unter uns mit dieser Freiheit verfahren würden, wenn sie einst wieder die Macht dazu hätten.

Wo die Welten aneinanderstießen

Berlin: Am »Checkpoint Charlie« soll ein »Museum des Kalten Krieges« entstehen



Vor allem ausländische Besucher strömen an den einstigen Kontrollpunkt: Berlin-Touristen in der Berliner Friedrichstraße, wo bis 1990 der Checkpoint Charlie stand

Bild: laif

Am einstigen Checkpoint Charlie mitten in Berlin soll ein 3000 Quadratmeter großes Museum des Kalten Krieges entstehen. Einen Vorgeschmack liefert schon ab diesem Sommer eine provisorische „Infobox“.

Die Spuren der Ost-West-Konfrontation sind aus dem Berliner Stadtbild inzwischen nahezu komplett verschwunden. Die Forderung, die Erinnerung an die Zeit von 1945 bis 1989 mit einem Museum des Kalten Krieges wachzuhalten, steht bereits seit Jahren. Dass ein derartiges Projekt nun langsam Gestalt annimmt, ist allerdings weniger dem Berliner Senat als der Hartnäckigkeit einiger Privatpersonen zu verdanken: Bereits im Jahr 2008 machten sich Prominente dafür stark, sich in Museumsform mit der Ost-West-Konfrontation zu beschäftigen, die Berlin für mehrere Jahrzehnte geprägt hatte.

Die damalige Idee von Tschechiens inzwischen verstorbenem Ex-Präsidenten Vaclav Havel, dem früheren Außenminister Hans-Dietrich Genscher, dem polnischen Politiker Wladyslaw Bartoszewski, dem amerikanischen Ex-Außenminister James Baker und den US-Diplomaten Lawrence Eagleburger und John Kornblum scheint nun endlich Realität zu werden. Berlins Kulturstatssekretär André Schmitz hat der Öffentlichkeit Pläne für ein Museum präsentiert, das sich mit den Jahrzehnten des Kalten Krieges beschäftigen wird. Entstehen soll es am ehemaligen Grenzübergang

Checkpoint Charlie in der Friedrichstraße.

Das ist jener Ort, an dem sich nach dem Mauerbau im Jahr 1961 amerikanische und russische Panzer schussbereit gegenüber standen und die Gefahr bestand, dass der Kalte Krieg in einen Dritten Weltkrieg übergeht. Die Filmaufnahmen der Konfrontation gingen um die Welt und sorgten dafür, dass der, nach dem in der US-Armee üblichen Sprachgebrauch als Checkpoint Charlie bezeichnete Kontrollpunkt weit über Berlins Grenzen bekannt wurde.

Nach Angaben des Kulturstatssekretärs Schmitz soll das Museum mithilfe eines privaten Investors verwirklicht werden. Gemeint ist damit die irische Projektentwickler-Gruppe Cannon & Kirk, die beabsichtigt, auf einem Grundstück an der Friedrich-, Ecke Zimmerstraße einen Bürokomplex zu errichten. Nach dessen Fertigstellung ist für das Museum des Kalten Krieges in dem Gebäude die Anmietung von 3000 Quadratmetern Ausstellungsfläche geplant.

Unbeantwortet bleibt zunächst die Frage, welche Kosten dadurch zukünftig entstehen werden: „Wir haben dazu eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse müssen wir abwarten“, lautete die etwas unbefriedigende Erklärung des Staatssekretärs. Relativ unverbindlich ist auch der Eröffnungstermin: Möglich sei 2014 oder

2015, so die vage Auskunft. Konkreter klingen da schon die vorgestellten Pläne für eine Zwischenlösung: Provisorisch soll ein 200 Quadratmeter großer Ausstellungspavillon einen Vorgeschmack auf das künftige Museum bieten. Finanziert wird der vom Potsdamer Architekten Jan Fiebelkorn entworfene quadratische Flachbau mit 100 000 Euro aus einstigem SED-Vermögen. Auch das ständige Museum soll später, zumindest im laufenden Betrieb, für das Land Berlin keine Kosten verursachen. Nur für die Erstaussstattung sind etwa sechs Millionen Euro kalkuliert, dann nichts mehr.

Dass diese Kalkulation aufgehen könnte, ist nicht einmal ausgeschlossen. Der Besuch des Checkpoint Charlie ist fester Programmpunkt vieler Berlin-Besucher. Von den fast 900 000 Touristen, die jährlich hierher kommen, stammen 70 bis 80 Prozent aus dem Ausland. Bereits jetzt existiert am Checkpoint Charlie ein privat betriebenes „Mauermuseum“. Dort werden unter anderem Fahrzeuge gezeigt, mit denen Fluchtversuche unternommen wurden.

Dass einige Historiker die wissenschaftliche Qualität der Ausstellung kritisieren, scheint dem Besucherstrom keinen Abbruch zu tun. Mit rund 700 000 Besuchern im Jahr gehört das Museum zu den am besten besuchten in Berlin. Wahrscheinlich wird der Erfolg des „Mauermuseums“

auch nach Eröffnung des „Museums des Kalten Krieges“ anhalten. Möglich ist, dass beide Museen sogar voneinander profitieren und zusätzliche Besucherströme anziehen werden.

Zur ernsthaften Konkurrenz könnte der Checkpoint Charlie allerdings künftig für andere Museumsstandorten in weniger zentraler Lage werden: das „Alliiertenmuseum“ in Zehlendorf, das Museum im ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit in Lichtenberg oder die Ausstellung mit Resten der Berliner Mauer in der Bernauer Straße. Zudem auch der Anspruch des nun vorgestellten Projektes etwas breiter sein soll als jener der übrigen Häuser: „Um die Taten der SED zu verstehen, ist es wichtig, internationale Zusammenhänge zu erläutern“, so Staatssekretär Schmitz. Selbst die Lebensgefühle jener Zeit – „Beatles, Cola und Rock’n’Roll“ – sollen vermittelt werden.

Zur Umsetzung des Anspruchs ist eine Zusammenarbeit mit dem Deutschen Historischen Institut geplant. Bereits gegründet wurde ein Wissenschaftsbeirat mit Vertretern aus der Schweiz, Russland, Großbritannien und Frankreich. „In dem Museum sollen die Sichtweisen verschiedener Länder auf den Kalten Krieg dargestellt werden“, so die jetzige Planung für das Projekt. Zu hoffen bleibt nur, dass die Vielzahl der „Sichtweisen“ die Dramatik des Ortes und des Schicksals der betroffenen Menschen in jener Epoche nicht verwässert, statt sie zu beleuchten.

Norman Hanert

Sanssouci für zwei Euro

Schlösserstiftung will Eintrittsgebühr für bessere Parkpflege

Die Schlösserstiftung, die auch den Park von Sanssouci bewirtschaftet, will ab 2013 von jedem Parkbesucher in Höhe zwei Euro Eintritt verlangen. Schon jetzt können Sanssouci-Freunde an den Eingängen zur Parkanlage einen „freiwilligen Eintritt“ entrichten. Im Jahre 2011 kamen so immerhin rund 218 000 Euro zusammen. Aber die meisten Besucher zahlen nicht.

Die Bundesregierung – stets klamm und auf der Suche nach neuen Einnahmequellen – befürwortet die Erhebung der neuen Abgabe, das Land Berlin ist dagegen. Brandenburg war bisher ebenfalls kein Anhänger der Spaziergängermaut, doch hier wackelt die Ablehnung.

Am 29. Februar 2012 will der Rat der Stiftung, an welcher der Bund mit 42,05 Prozent, Brandenburg mit 36,6 und Berlin 21,35 Prozent beteiligt sind, eine Entscheidung treffen. Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platz-

eck (SPD) war in seiner Zeit als Potsdamer Oberbürgermeister ein Gegner der Gebühr. Die Anhänger des freien Eintritts hoffen darauf, dass er auch als Landesvater bei dieser Haltung bleibt.

Sanssouci-Generaldirektor Hartmut Dorgerloh hingegen

Landesregierung gibt sich noch unentschieden

hofft auf jährliche Mehreinnahmen von 4,5 Millionen Euro für zusätzliche Gartenpflege und argumentiert zudem: „Gerade angesichts der Debatte um die Landesfinanzen ist es nicht verständlich, wenn man eine Einrichtung daran hindert, zusätzliche Einnahmen zu erwirtschaften“. Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs widerstand gegen die Gebühr.

Bei der Abstimmung wird es auf die brandenburgische Landesregierung ankommen, wo es noch keine einhellige Linie gibt. Wissenschaftsministerin Sabine Kunst (parteilos, SPD-nah) plädiert für den Eintritt, Finanzminister Helmuth Markov von der Linken ist dagegen. Platzecks Position gilt noch als ungewiss. So hatte der Regierungschef erst am Wochenende auf einer Führungskräftekonferenz Brandenburgs Behördenchefs und Gerichtspräsidenten auf einen klaren Sparkurs eingeschworen und von ihnen neue Sparideen gefordert.

Darunter könnte natürlich auch ein Griff in die Taschen der Bürger und Besucher Brandenburgs verstanden werden. Staatskanzlei-chef Albrecht Gerber, der für das Land Brandenburg im Stiftungsrat sitzt, gilt übrigens als Gegner des Parkeintritts und brachte stattdessen eine Tourismusabgabe der Potsdamer Hotels ins Gespräch.

Hans Lody

Andere denunziert?

Linke-Abgeordnete unter Stasi-Verdacht

Der Abschlussbericht zur Stasi-Überprüfung von Brandenburgs Parlamentariern belastet die Linksparteiabgeordnete Gerlinde Stobrawa schwer. Ihre Fraktion hält zu ihr, während die Opposition fordert, sie solle ihr Mandat aufgeben. Der Streit belastet das Verhältnis der Regierungskoalition aus SPD und Linke.

Der Bericht der Expertenkommission zur Überprüfung der Landtagsabgeordneten spricht Klartext: „Frau Gerlinde Stobrawa war mindestens 1988 bis 1989 inoffizielle Mitarbeiterin der Abteilung XX/2 der Bezirksverwaltung Frankfurt (Oder) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Sie wählte sich den Decknamen ‚Marisa‘.“

Stobrawa windet sich: „Ich habe nie jemandem geschadet. Ich habe nie einen Auftrag erhalten, als IM konkret aktiv zu werden.“ Erst

2009 will sie erfahren haben, dass die Stasi sie als IM (Inoffizieller Mitarbeiter) führte, daraufhin sah sie sich genötigt, vom Posten der Landtagsvizepräsidentin zurückzutreten. Ihren Decknamen „Marisa“ habe sie aber selbst gewählt, räumt Stobrawa ein.

Laut Akten belastete sie ihren Stellvertreter bei der Abteilung Jugendfragen, Körperkultur und Sport des Rates des Bezirkes Frankfurt (Oder) jedoch sehr wohl. „Marisa“ bezeichnete ihn demnach auf Tonbandprotokollen als politisch „äußerst zweifelhaft“ eingestellt. Diese Widersprüche belasten nun die rot-rote Koalition. SPD-Politiker üben hinter den Kulissen Druck auf Regierungschef Matthias Platzeck (SPD) aus: Wenn Stobrawa nicht auf ihr Mandat verzichten wolle, müsse die Linkspartei sie ausschließen.

SV

Ermittlungen gegen Linke

Anlässlich eines Gedenkmarschs in Magdeburg zur Erinnerung an die Bombardierung der Stadt am 16. Januar 1945, an dem Rechtsradikale beteiligt waren, kam es bei einer linksextremen Gegenveranstaltung zu Gewaltausbrüchen. „Bunt statt braun“ hieß die schon häufig missbrauchte Parole des linken Aufzugs, der ein Bild von Adolf Hitler in rosa Uniform mitführte. Im Rahmen der Protestveranstaltung fand eine „Meile der Demokratie“ statt, an der linke und linksextreme Politiker wie Grünen-Chefin Claudia Roth und Gesine Löttsch (Bundvorsitzende der Linkspartei) zu ihren Anhängern sprachen. In einem Haus an der Puschkinstraße hatten sich derweil rund 50 Angehörige der gewaltbereiten linksextremen Szene verschanz. Aus dem Gebäude flog eine 40 Zentimeter große Betonplatte in Richtung der Polizeibeamten, die diese nur knapp verfehlte. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen „versuchten Totschlags“.

T.M.

Zeitzeugen



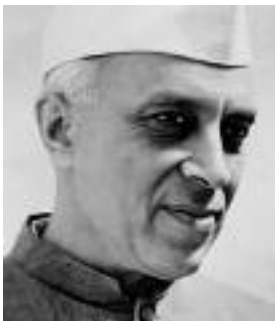
Mogul Shahabuddin Mohammed Shah Jahan (1592–1666): Er schuf das berühmte Baudenkmal Tadsch Mahal in einer Zeit, in der Indien unter den sogenannten Moguln vom Islam beherrscht wurde. Tadsch Mahal, ein Muss für jeden Indienurlauber, ist das Grabmal für die Lieblingsfrau des Moguls. Im 17. Jahrhundert herrschten die Mogule fast über den gesamten Subkontinent, einschließlich Afghanistan, bis 1876 England sein koloniales Imperium errichtete und Königin Victoria zur Kaiserin über Indien ernannt wurde.

Mukesh Ambani: Der Industrielle (54 Jahre) steht für das moderne, ökonomisch aufsteigende Indien und führt die Forbes-Liste der reichsten Inder an. Sein Vermögen wird derzeit auf rund 18 Milliarden Euro geschätzt. Als Chairman über Reliance Industries gebietet er über ein Imperium von Firmen im Bereich Petrochemie, Öl und Gas.



Manmohan Singh: Der 79-jährige Nichthindu lenkt seit 2004 als 14. Premier seit dem Ende der englischen Herrschaft die Geschicke Indiens. Das Kind einer Bauernfamilie aus der Religionsgemeinschaft der Sikhs im Punjab studierte Volkswirtschaft in Cambridge und Oxford und gilt als Förderer privaten Unternehmertums und Promotor des ökonomischen Aufschwungs zu einer kommenden Weltmacht.

Mohandas Karamchand Gandhi (1869–1948): Mahatma Gandhi („große Seele“) wurde mit seinem gewaltfreien Widerstand zum Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung. Acht Jahre saß er deswegen im Gefängnis. Er gilt als Vater des heutigen Indien. Im Alter von 78 Jahren wurde er von einem fanatischen, nationalistischen Hindu erschossen.



Jawaharlal Nehru: Auch Pandit Nehru genannt (1889–1964) war erster Ministerpräsident des Landes. Wie Gandhi konnte auch er die von England diktierte Teilung in das mehrheitlich muslimische Pakistan und das hinduistische Indien nicht verhindern. Von 1947 bis 1964 lenkte der Wegbereiter der Bewegung blockfreier Staaten (er prägte den Begriff Dritte Welt) und Befürworter eines säkularen Indien die Geschichte des Landes. Sein großes Vorbild war Kemal Atatürk.

Auf dem Weg zur Supermacht

Indiens ökonomischer Aufstieg verändert die Welt

Wer noch glaubt, Europa und Amerika holten gerade tief Luft, um die Weltwirtschaft erneut auf Touren zu bringen, der unterliegt – so das Weltwirtschaftsforum von 2011 in Davos – einem fundamentalen Irrtum. Längst hat sich global eine grundlegende Verlagerung der Dynamik ökonomischer und politischer Kräfte angebahnt. Und einer der Faktoren dabei ist die Dynamik des neuen Indiens, ein unaufhaltsamer Aufstieg in Richtung Supermacht.

Kaum etwas macht die Situation des Riesenreiches Indien deutlicher als ein Blick auf die Vorortzüge der Wirtschaftsmetropole Bombay: Menschen auf dem Weg zu ihrer Arbeit hängen an den Waggons, kämpfen sogar um Plätze auf dem Dach. Und ihre Zahl beträgt täglich über sechs Millionen – mehr als Irland Einwohner hat. Schon in wenigen Jahren wird Indien die Volksrepublik China nach der Bevölkerungszahl überholt haben.

Vor allem die Mittelschicht wächst unaufhörlich, die Globalisierung bestimmt das Tempo. Die Zahl der Millionäre steigt rapide

und die deutsche Automobilindustrie sieht beispielsweise ihren zukünftigen Wachstumsmarkt auf diesem Subkontinent im Indischen Ozean. Ohne Zweifel, Indien ist auf dem Weg zur Weltmacht, hat das Drittland-Image längst hinter sich gelassen und wird auch die Bezeichnung Schwellenland ablegen. Trotz allgemeiner Wirtschaftskrise betrug die Wachstumsrate seiner Volkswirtschaft zuletzt noch über fünf Prozent, davor lag sie zeitweilig bei neun Prozent. Jahrzehnte als Land dörflicher Gemeinschaften mit einer bäuerlichen Bevölkerung betrachtet, definiert sich das heutige Indien zunehmend über seine Städte und eine mobile, ehrgeizige Mittelschicht mit modernem Konsumverhalten. Nicht von ungefähr wird der Markt des Wassersportes, früher gleich Null, von Branchenkennern für die nähere Zukunft bereits in Milliardenhöhe anvisiert. Die Leistung dieser auf rund ein Drittel der Bevölkerung geschätzten Ein-

kommenschicht und ihre Fertigkeiten können sich längst mit den erfolgreichen Nationen auf dem Globus messen, sogar der Schritt ins All ist vollzogen.

Der Preis dafür war ein Bedeutungsverlust der Landwirtschaft, die nur noch mit 15 Prozent zum Bruttosozialprodukt beiträgt. Und gerade hier spielten sich in jüngster Vergangenheit wahre Tragödien ab. Nach der schlimmsten Trockenheit seit Jahrzehnten nahmen sich unter der Last ihrer drückenden Schulden 2009 mehr als 17 000 Bauern das Leben. Daran konnte auch der Nobelpreisträger Muhammed Junus mit seiner Gründung einer Bank für Mikrokredite nichts ändern.

Einen Anstoß gab jetzt Manmohan Singh mit der Anweisung, die 17 vom Staat beherrschten Firmen müssten ihre gehorteten Gelder in Infrastrukturprojekten und in der Energiebeschaffung anlegen. So investieren ab April die Oil and Natural Gas Corporation, Coal India und die National Mineral De-

Vor allem Korruption behindert schnelleren Aufstieg

velopment Corporation mehr als 30 Milliarden Euro. Mehrere Milliarden stehen auf Abruf bereit, um in Übersee Energieresourcen zu erwerben, wie es auch bereits China vorerzählt. Der Investitionsschub staatlicher Unternehmen soll als Nebeneffekt auch die private Wirtschaft anschieben.

Nach wie vor ist neben dem Kastenwesen die Korruption einer der größten Hemmschuhe für ausländisches Kapital. Einschließlich des jetzt am Oberhaus gescheiterten neuen Anti-Korruptionsgesetzes sind in den letzten 40 Jahren alle Versuche, die Korruption einzudämmen, an den davon profitierenden Politikern gescheitert – eine in ganz Asien verbreitete Praxis. Transparency International stuft Indien immer weiter zurück, von Platz 35 in 1995 auf jetzt Platz 85. Ein Großteil der von privaten Haushalten ausgegebenen Summen fließt in Schmiergelder für alle Ebenen der Verwaltung. Der Ansiedlungsberater Mike Batra: „Sicher ist, dass bei großen Projekten die zuständigen Minister gerne zehn Prozent der Investitionssumme in die eigene Tasche abzweigen.“ J. Feyeraabend



Bild: Getty

An Arbeitskräften besteht kein Mangel: Indien bietet einen riesigen Markt, da immer mehr Inder Geld haben

Die Herrschaft der Greise

Die größte Demokratie der Erde bedarf der Erneuerung

Die erste weibliche Präsidentin der mit 1,2 Milliarden Einwohnern bevölkerungsreichsten Demokratie der Erde, Pratibha Devisingh Patil, zugleich Oberkommandierende des Militärs, ist 78 Jahre alt, der Vizepräsident, Shri Mohammad Hamid Ansari, befindet sich im 75. Lebensjahr. Der amtierende Premierminister Dr. Manmohan Singh, der die politische Macht Indiens innehat und seit den 1990er Jahren als Vater des indischen Wirtschaftswunders gilt, feiert im September seinen 80. Geburtstag. Noch bei der letzten Wahl 2009 war sein politischer Gegner Lal Krishna Advani mit 81 gegen ihn angetreten.

Die Überalterung des Führungsapparates ist augenscheinlich: Bei den 34 Kabinettsmitgliedern des Landes, den sieben Ministern mit unabhängigem Status, den 37 Staatsministern, den 29 Provinzgouverneuren, den Mitgliedern des Parlaments (Unterhaus: 550 direkt gewählte Volksvertreter und Oberhaus: 238 ernannte Mitglieder) sowie den vier Chefs der Streitkräfte überwiegen die Geburtenjahrgänge 1937 bis 1950. Beispielsweise ist Außenminister Somanahalli Malaiiah Krishna 1932 geboren, Fi-

nanzminister Shri Pranab Mukherjee 1935, der Verteidigungsminister 1940. Wirtschaftsminister Arund Sharma, 59, und der für die Sicherheit verantwortliche Minister Shivyhankar Menon mit seinen 61 Jahren zählen zur „jungen“ Garde. Noch jüngere Inder sind nur in weniger wichtigen Ressorts zu finden, obgleich die Bevölke-

Im Juli sind Präsidentschaftswahlen

rung ein geringes Durchschnittsalter hat, denn ein Drittel der Inder ist jünger als 15 Jahre. Das Kükens im Kabinett, die Ministerin für ländliche Entwicklung, Agatha Sangma, ist 32 Jahre alt.

Mit Spannung erwartet die Welt die Präsidentschaftsneuwahlen im Juli dieses Jahres. Schon der Wahlkampf 2007 war von heftigen Attacken gegen die heutige Präsidentin und ehemalige Gouverneurin des Unionsstaates Rajasthan begleitet, der aus der Vergangenheit Unregelmäßigkeiten wie die Begünstigung von Verwandten vorgeworfen wurden. Ihre Nominierung habe sie nur der Nähe zur mächti-

gen Gandhi-Familie und zur Chefin der Kongresspartei, Sonia Ghandi, zu verdanken. Ihre Hausmacht sind Indiens Frauen, deren Rechte sie zu stärken versucht. So gibt es seit 2010 eine Frauenquote, wonach ein Drittel der Parlamentarier Frauen sein müssen.

Seit der Ermordung von Indira Gandhi 1984 war es ruhig um die einflussreiche Brahmanensippe Nehru-Gandhi geworden. Doch mit der neuen Generation ändert sich das neuerdings. Auch der derzeitige Premier Singh verdankt seine Macht der in Italien geborenen Sonia Gandhi, einer Enkelin des legendären Gandhi. Sie hatte 2002 die Wahl gewonnen, aber auf das Amt verzichtet und Singh favorisiert. Vor allem Sonias Gandhis 42-jähriger Sohn Rahul Gandhi wird derzeit als möglicher Kandidat für das Amt des Premiers gehandelt.

Der alten Garde wird vor allem Korruption vorgeworfen. Und sie hat es auch geschafft, das für 2012 geplante Anti-Korruptionsgesetz zu Fall zu bringen. Die Hauptgefahr für die Zukunft des Landes ist neben der Korruption ein die Wirtschaft strangulierende Regulierungswahn. Joachim Feyeraabend

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:

Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbrief:** Christian Rudolf; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32. **Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird

Zweitgrößte Armee der Welt

Derzeit gilt Indien noch vor China als größter Waffenkäufer der Welt. Allein 2009 kaufte das Land für 29 Milliarden Euro Rüstungsgüter ein, vorwiegend aus Russland. Mit 1,3 Millionen Freiwilligen unter Waffen und zusätzlich 800 000 Reservisten unterhält es im globalen Vergleich die zweitgrößten Streitkräfte nach China (2,5 Millionen).

Als Atommacht ist die indische Nation neben den fünf etablierten Staaten mit Kernwaffen ein ernst zu nehmender Faktor, zumal das Land über Trägerraketen wie die Agni III mit einer Reichweite von bis zu 5500 Kilometern verfügt. Bis 2015 sollen zudem fünf U-Boote mit Atombetrieb in Dienst gestellt werden. 126 neue Kampfflugzeuge für 7,3 Milliarden Euro sind seit 2011 ausgeschrieben. 500 Raketen vom europäischen Hersteller MBDA im

Russland ist größter Waffenlieferant

Wert von 930 Millionen Euro wurden im Januar bestellt.

Neun Prozent der weltweiten Rüstungsgüter fanden in den letzten fünf Jahren ihren Weg nach Indien. Das ergab eine Studie des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI in Stockholm. 82 Prozent stammen aus Russland, zu dem in Zeiten des Kalten Krieges engere Beziehungen gepflegt wurden. Nach Analysen der US-Firma Lockheed wird der Markt in Indien für die nächsten zehn Jahre auf rund 16 Milliarden Euro geschätzt, andere rechnen mit 35 Milliarden.

Angesichts von Konflikten mit der benachbarten islamischen Atommacht Pakistan und Grenzstreitigkeiten mit dem mächtigen Nachbarn China verfügt Indien über 3264 Kampfpanzer, 733 Kampfflugzeuge, 199 Hubschrauber, 21 Kriegsschiffe und 17 U-Boote. Zudem werden die Waffen ständig modernisiert. So werden etwa dieses Jahr die älteren Flugzeuge mit einem modernen AESA-Radarsystem und der aktuellsten Avionik ausgestattet. J.F.

nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: paz
Kennwort/PIN: 4371

Flächendeckend ausgespäht

Bericht bringt Einzelheiten zur Kfz-Massenüberwachung ans Licht – Datenschützer und Juristen üben Kritik

Ein auf der US-Enthüllungsplattform „Public Intelligence“ veröffentlichter Untersuchungsbericht des Max-Planck-Instituts enthält Informationen über die Erstellung von Bewegungsprofilen auch unverdächtiger Bürger mittels der automatischen Kennzeichenfahndung in Brandenburg.

„Recht und Praxis der anlassbezogenen automatischen Kennzeichenfahndung, Verkehrsdatenabfrage und Mobilfunkortung zur Gefahrenabwehr in Brandenburg“ lautet der Titel des Forschungsberichtes des Freiburger Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht vom April 2011. In der über 180 Seiten langen Studie geht es unter anderem um die polizeiliche Anwendung des Kraftfahrzeug-Kennzeichen-Erkennungssystems (KESY), das von jedem vorbeifahrenden Fahrzeug ein Foto, das Kennzeichen, das Ausstellungsland des Kennzeichens, Datum und Uhrzeit, den Standort, eine interne Identifikationsnummer und den Status, also die Angabe, ob es sich um einen Treffer handelt, erfasst. Dazu werden stationäre und mobile Geräte eingesetzt. Das System ist so konfiguriert, dass der Rechner die Kennzeichen in einem laufenden Vorgang überprüft und die Angaben im Falle eines Treffers aufzeichnet. Alle Fahrzeugdaten, die nicht mit dem gesuchten Kennzeichen übereinstimmen, werden dagegen automatisch aus dem Arbeitsspeicher gelöscht. Die Rechtsgrundlage für diese Rasterfahndung liefern die Strafprozessordnung und das brandenburgische Polizeigesetz. Voraussetzung für den Einsatz des Systems ist die „Verfolgung schwerer Straftaten“. Im Gegensatz zu der Regelung in anderen Bundesländern standen diese Maßnahmen in Brandenburg bislang nicht unter einem Richtervorbehalt.

Tatsächlich nutzte die brandenburgische Polizei die Massenfahndung fast ausschließlich zur Suche nach gestohlenen Fahrzeugen. Lediglich fünf Prozent der Einsätze

erfolgten im Rahmen der Gefahrenabwehr, zwei Prozent dienten der Verfolgung anderer Straftaten. Diese sieben Prozent umfassen hauptsächlich Einsätze an Orten und bei Veranstaltungen, die als „gefährdet“ oder „gefährlich“ gelten, wie Fußballspiele und Rockertreffen, bei denen die Polizei ungezielt nach Risikopersonen suchte. So stellte die Polizei beispielsweise vor einem Bundesligaspiel in Cottbus einen Datensatz mit über 4000 Kennzeichen zusammen, mit dem die Überwachungsgeräte nach angeblich gewaltbereiten Fans der beiden Fußballclubs fahndeten.

Das in einem mehrere hundert Seiten langen Protokoll des brandenburgischen Landtagsinnenausschusses „versteckte“ Gutachten wurde erst publik, nachdem US-

amerikanische Sicherheitsbehörden es zur Beurteilung eigener Fahndungsmaßnahmen herangezogen hatten und es auf die Internetseite von „Public Intelligence“ gelangt war. Die Wissenschaftler

Als Instrument zur Gefahrenabwehr ungeeignet

des Max-Planck-Instituts kommen darin zu dem Ergebnis, dass die brandenburgische Polizei im Untersuchungszeitraum von September 2009 bis März 2011 „insgesamt in verantwortungsvollem Umfang von den gesetzlichen Ermächtigungen Gebrauch gemacht“

habe. Insbesondere sei die automatische Kennzeichenfahndung „ausschließlich anlassbezogen“ durchgeführt worden. Kritiker und Datenschützer halten diese Praxis der Massenüberwachung dennoch für rechtswidrig. Sie bemängeln, dass es bei den Überwachungsmaßnahmen an der gesetzlich vorausgesetzten „gegenwärtigen Gefahr“ mangle. Bei der Überwachung einer Risikogruppe sei nur die gezielte Suche nach einem tatsächlichen und bekannten Störer zulässig, nicht jedoch die pauschale und vorbeugende Überwachung aller Angehörigen eines als risikobehaftet eingestuften Personenkreises. Die zur Abwehr einer Gefahr gespeicherten Daten dürften daher lediglich die Kennzeichen von Personen enthalten, von de-

nen tatsächlich eine im Einzelfall bestehende Gefahr ausgehe oder die nachweislich eine Straftat planten. Ferner wird kritisiert, dass wiederholt kein Abgleich mit einer Fahndungsliste erfolgt sei, sondern dass die Geräte zur langfristigen Aufzeichnung der Kennzeichen sämtlicher passierender Fahrzeuge verwendet worden seien. So seien Unbeteiligte erfasst worden, die durch ihr eigenes Verhalten keinen Anlass dazu gegeben hätten und nicht erfahren würden, wann ihr Kennzeichen wo registriert worden sei.

Auch die Effizienz der Kfz-Massenüberwachung als „Instrument zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit“ gilt als höchst umstritten. Die von dem System gemeldete Trefferquote liegt bei deutlich unter einem Prozent. Doch auch die Treffer führen kaum zu einem Erfolg. Obwohl in Brandenburg täglich rund 10 000 Fahrzeuge erfasst werden, ist das Ergebnis äußerst mager. So konnten im Untersuchungszeitraum lediglich eine „suizidgefährdete Person“, eine Person, die „im Verdacht einer Tötung“ stand und ein Bandendieb aufgegriffen sowie ein Waffendiebstahl verhindert werden. Zudem gilt die Fehlerquote von fünf Prozent als unverträglich hoch. Schon Verschmutzungen oder ein Bindestrich im Kennzeichen können zu Problemen bei der Erkennung führen. Bei einem 24-Stunden-Einsatz von KESY führt das allein zu rund 10 000 Lesefehlern. Damit steht der unbescholtene Bürger unversehens in Verdacht, ein gestohlenes Fahrzeug zu fahren, ein gesuchter Krimineller oder Angehöriger einer Risikogruppe zu sein. Die meisten Bundesländer haben erkannt, dass die Kfz-Massenüberwachung den damit verbundenen Aufwand, die Kosten und die Eingriffsintensität der Maßnahme nicht rechtfertigt und zur Gefahrenabwehr ungeeignet ist. Sie verzichten darauf, selbst wenn sie die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen haben.

Jan Heitmann

(siehe Kommentar Seite 8)



Früher mussten noch Menschen ran: Heute überwachen Kameras den Verkehr

Bild: F. Matzerath/dapd

Kannibalisierung beginnt

IG Metall wildert in Verdis Gefilden – Junger Nachwuchs fehlt

Nachdem jetzt die Zuständigkeit geklärt ist, werden wir zeitnah über weitere Verbesserungen für Rudolph-Beschäftigten verhandeln“, so Detlef Wetzell, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, nach einem für ihn positiven Urteil des Arbeitsgerichtes Frankfurt. Überraschend schnell erkannte der Leipziger Autozulieferer Rudolph dann auch das Urteil an, obwohl er Jahre lang versucht hatte, zu verhindern, dass die IG Metall im Unternehmen mitmischte. Natürlich habe man nichts gegen Gewerkschaften, doch als Speditur sei man Dienstleister und somit sei die Gewerkschaft Verdi zuständig. Wobei man in diesem Zusammenhang wissen muss, dass die Konditionen und Gehälter, die Verdi aushandelt, im Vergleich zu den IG-Metall-Ergebnissen schlechter sind. Doch nun hat das Arbeitsgericht Frankfurt entschieden, dass auch die IG Metall bei Rudolph Automotive Mitglieder werben darf, da das Unternehmen dem Industriebetrieb BMW zuliefere.

Noch weniger als dem Leipziger Autozulieferer und anderen ähnlich gearteten Unternehmen, denen jetzt vermutlich teuer endende Verhandlungen mit der IG Metall ins Haus stehen, dürfte der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi das

Urteil schmecken. Denn Verdi muss jetzt damit rechnen, dass in Zeiten sinkender Gewerkschaftsmitglieder die IG Metall in Verdis Gefilden auf Mitgliederfang gehen wird. Obwohl eigentlich unter dem Dach des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) vereint, sieht es so aus, als würden sich die Gewerkschaften nun gegenseitig kan-

Bei Verdi dominieren politisierende Protestaktionen

nibalisieren. Nachdem man jahrelang vergeblich versucht hat, junge Neumitglieder zu werben, hat die IG Metall sich offenbar auf diese Strategie verlegt.

Diese neue Entwicklung ist ein Zeichen dafür, dass die Macht der Gewerkschaften schwindet. Doch schon seit Jahren zeichnet sich ab, dass mit dem Wandel der Arbeitswelt und der Arbeit der Gewerkschaften Arbeitnehmer und ihre organisierten Vertreter immer seltener zusammenfinden. Neben dem Mitgliederschwund ist der Mitgliederbestand zudem extrem überaltert. Das hat zur Folge, dass vor allem die Interessen der älteren Mitarbeiter und der Rentner ver-

treten werden. Auch engagieren sich vor allem jene jungen Leute in Gewerkschaften, die politisch sehr links stehen oder über Mitarbeit in Betriebsräten ihre Unkündbarkeit erreichen wollen. Gerade in Dienstleistungsunternehmen findet man selten Leistungsträger unter den Arbeitnehmervertretern.

Ein weiterer Grund neben den besseren Arbeitsbedingungen warum die IG Metall trotz sinkender Arbeitsplätze in der Industrie mehr Mitglieder als Verdi hat, dürfte auch darin begründet liegen, dass sich die IG Metall schwerpunktmäßig um, wie die Gewerkschaft selber sagt, „gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten der gesamten Wertschöpfungskette der Betriebe“ kümmert. Verdi hingegen macht derzeit ähnlich wie der DGB vor allem Schlagzeilen mit Protestaktionen wie „Dresden Nazifrei“, der Postkartenaktion zur Entgeltgleichheit für Frauen und Männer als Schwerpunkt der Verdi-Frauen- und Gleichstellungspolitik oder Demonstrationen wie „Truppen raus aus Afghanistan“. Immerhin feierte Verdi das Jahr 2011 mit dem geringsten Mitgliederverlust seit der Gründung. Zum 31. Dezember 2011 waren 2 070 990 Mitglieder organisiert, dies waren 23 465 Mitglieder weniger als ein Jahr zuvor.

Bel

Berlin–Paris statt Brüssel

»Appell aus Straßburg« erinnert an de Gaulle und Adenauer

Beobachter des Geschehens diesseits und jenseits des Rheins sind bezüglich der Vertiefung der deutsch-französischen Beziehungen besorgt. Es mag paradox klingen, aber je enger ihre Regierungen zusammenarbeiten, um so mehr entfernen sich beide Völker voneinander. Ein gewisses Misstrauen gegenüber Frankreich hat sich in Deutschland breit gemacht, seitdem Nicolas Sarkozy im Frühjahr 2010 mahnte, gutes deutsches Geld in das griechische Fass ohne Boden zu werfen. Französisch wird in deutschen Schulen, insbesondere im Frankreich-nahen Baden-Württemberg, nicht mehr so oft wie früher gelernt und die Billigflieger haben die einst vielen deutschen Touristen vom Nachbarland entfernt. In Frankreich wiederum schlug in bestimmten politischen Kreisen im Herbst 2011 eine Welle der Germanophobie hoch. Überholte Klischees wurden als politische Hebel eingesetzt. Darüber hinaus wissen vor allem junge Franzosen nur wenig über Deutschland: Sie sind mit ihrem zuverlässigsten Verbündeten nicht lebensnah vertraut gemacht worden.

Außerdem hat die Euro-Krise gezeigt, dass die klassischen europäischen Einrichtungen – die EU-Kommission und das Europaparla-

ment – für die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht ausreichend ausgerüstet und kaum geeignet sind. Dagegen hat die Praxis der Krisenjahre gezeigt, dass Berlin und Paris gemeinsam imstande sind, die anderen 15 Mitgliedstaaten der Währungsunion und die 25 anderen EU-Mitgliedsstaaten mit Ausnahme Großbritan-

Deutsche und Franzosen haben sich voneinander entfernt

niens zur Unterstützung der deutsch-französischen Kompromisse zu bewegen.

Frankreich und Deutschland sollten deswegen nicht mehr zögern, ihre Verantwortung für Europa offen zu bekennen. Angesichts neuer Gefahren und Risiken, die sich sowohl aus der weltweiten Globalisierung als auch aus der Islamisierung des südlichen und östlichen Mittelmeerraums ergeben, muss die deutsch-französische Konvergenz verstärkt werden. Es müssen neue Wege der intergovernmentalen deutsch-französischen Gemeinsamkeit gefunden werden, meinen die Stiftung Deutsch-Französische Verständig-

MELDUNGEN

Klage gegen Akw-Rückbau

Stuttgart – Erst mit aller Macht gegen den Weiterbetrieb von Kernkraftwerken, nun mit voller Energie gegen deren Rückbau: Anti-Atomkraft-Aktivistinnen klagen vor dem Verwaltungsgerichtshof von Baden-Württemberg gegen den Rückbau des Atomkraftwerkes in Obrigheim im äußersten Norden des Bundeslandes. Die Bevölkerung sei nicht hinreichend in die Planungen für die Abtragung des 2005 abgeschalteten Meilers einbezogen worden, so die Begründung der Aktivistinnen für ihre Klage. Der neue baden-württembergische Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) hatte versprochen, die Öffentlichkeit über alle Aspekte des Akw-Abbaus in Obrigheim detailliert zu unterrichten. Dem sei er nicht nachgekommen, so das „Aktionsbündnis Atommülllager Obrigheim“.

H.H.

Zu wenig CO₂-Ausstoss

Berlin – „Die veranschlagten Mittel werden in Höhe von 50 Prozent ... zugewiesen“, teilte das Finanzministerium dieser Tage den anderen Ministerien bezüglich der eigentlich insgesamt zugesagten 780 Millionen Euro aus dem Klimafonds mit. Angesichts der Kosten, die mit der abrupten Energiewende einhergehen, waren bereits die 780 Millionen Euro knapp bemessen. Doch da sich der Klimafonds aus dem Verkauf der CO₂-Zertifikate an die Wirtschaft und Stromerzeuger speist, deren Preis aber aufgrund gesunkener Nachfrage auf 6,50 Euro gefallen ist, fehlen für die nächsten Jahre sogar Milliarden. Bis 2015 wollte der Staat 10,5 Milliarden Euro einnehmen. Mit 17 Euro pro Tonne ausgestoßenem Kohlendioxid hatte der Bund gerechnet, um dann aus dem Klimafonds Maßnahmen für Gebäudesanierung und zur Ökoenergiespeicherung zu fördern.

Bel

Jean-Paul Picaper

MELDUNGEN

»Nazi« sagen wird verboten

Tel Aviv – Jemanden als „Nazi“ zu bezeichnen soll in Israel künftig unter Strafe gestellt werden. Dies sieht ein Gesetzentwurf der Regierung vor. Hintergrund sind Proteste ultraorthodoxer Juden, welche die Polizei, Medien und Politik des Landes als „Nazis“ beschimpft haben. Nach dem Gesetzentwurf soll es verboten werden, das Wort „Nazi“ oder ähnlich klingende Wörter und Begriffe zu benutzen, die mit dem NS-Staat, dem Nationalsozialismus oder seinen führenden Repräsentanten verbunden sind. Ein solches Gesetz träfe in Deutschland vor allem die extreme Linke, sogenannte „Anitfas“, welche die Diffamierung als „Nazi“ („Faschismuskeule“) zur Allzweckwaffe gegen politisch Andersdenkende entwickelt haben. Bislang ist in Deutschland nur die zustimmende Verwendung von NS-Symbolen und Begriffen strafbar. *H.H.*

3000 Verstöße ermittelt

Moskau – Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka hat bei der Untersuchung der Wahlergebnisse der letzten Dumawahl im Dezember 3000 Fälle von Verstößen gegen das Wahlgesetz ermittelt. Zu den Verstößen zählen neben gesetzwidriger Agitation die Entfernung eines Kandidaten von der Liste sowie der Einsatz Minderjähriger bei Wahlveranstaltungen. Am häufigsten wurde in den Kreisen St. Petersburg, Krasnojarsk, Altaj und Omsk manipuliert. Allerdings werden nur die schlimmsten Fälle wie die Teilnahme mit gefälschten Papieren und die Fälschung von Wahlzetteln strafrechtlich verfolgt. Insgesamt sind 95 Personen angeklagt. Präsident Medwedjew hatte den Staatsanwalt als Reaktion auf die Massenproteste beauftragt, die Wahlergebnisse zu prüfen. *MRK*

Tödliche Nadelstiche

Mitarbeiter des iranischen Atomprogramms gezielt ausgeschaltet

Am 11. Januar wurde in Teheran Professor Mustafa Ahmadi Roschan, der am iranischen Atomprogramm beteiligt ist, getötet; ein unbekannter Motorradfahrer hatte seinen Pkw mit einem magnetischen Sprengsatz versehen. Nach dortigen Zeitungen kam es Mitte November letzten Jahres in der Nähe der Hauptstadt zur Explosion in einem Munitionsdepot der berühmten Revolutionären Gardien, bei der 16 ihrer Mitglieder starben; nicht erwähnt wurde, dass sich darunter auch Generalmajor Hassan Moghadane befand – der Architekt der iranischen Atomaufrüstung und enger Vertrauter des obersten Führers Ajatollah Chamenei.

Das gutinformierte US-Magazin „Newsweek“ sprach recht offen von einem Anschlag des israelischen Geheimdienstes Mossad und ließ durchblicken, weitere Attentate und Sabotageakte seien geplant. Ziel wäre, das Nuklearprogramm Teherans mit allen Mitteln zu verhindern. Dass die CIA in dieser oder jener Form nicht abseits stehen dürfte, darf man unterstellen. So verschwand vor vier Jahren auf einer Privatreise in die Türkei Ali Reza Askari, der Sicherheitsberater des iranischen Ex-Präsidenten Khatami und langjähriger stellvertretender

Die islamistische Sekte der Boko Haram nutzt die schwierige soziale Lage im Norden Nigerias, um einen islamischen Gottesstaat zu errichten. Mit Hilfe von Al Kaida professionalisiert sich ihr Terror, aber ihre Verankerung im Volk sinkt.

Der jüngste Gewaltausbruch zur Jahreswende im Namen der Religion in Nigeria, dem bevölkerungsreichsten Land Afrikas, ist der vorläufige Höhepunkt einer ganzen Reihe von gewaltsamen Konflikten, die das Land seit Jahren erschüttern. Seit dem Ende der Militärdiktatur im Jahr 1999 sind in Nigeria über 15 000 Menschen bei Konflikten zwischen den Religionsgemeinschaften umgekommen. Die islamistische Sekte Boko Haram, was so viel heißt wie „westliche Bildung ist verboten“, steht hinter der interreligiösen Gewalt in dieser Region. Boko Haram sieht sich als Verfechter des wahren Islam, sie ist 2002 von dem Prediger Mohammed Yusuf gegründet worden, der 2009 im Polizeigewahrsam getötet wurde. Obwohl seit 1999 die zwölf nördlichen Bundesstaaten Nigerias das Scharia-Strafrecht eingeführt haben, geht Boko Haram die Islamisierung des Landes nicht weit genug. Man will einen islamischen Gottesstaat.

Über Boko Haram liegen kaum verlässliche Informationen vor, weder die Zahl ihrer Mitglieder noch ihre Struktur sind bekannt. Die Anhänger der radikalen Islamisten sind nicht nur in Nigeria zu finden, sondern auch in den Nachbarländern Kamerun und Niger. Der Einflussbereich der Sekte deckt sich mit den Grenzen des historischen Kalifats von Sokoto, dessen staatliche Strukturen nach dem Einmarsch der britischen Kolonialtruppen im Jahr 1903 aufhörten, zu existieren. Vielleicht ist das der Grund dafür, dass das Oberhaupt aller nigerianischen

Muslime, der Emir von Sokoto, Muhammad Sa'ad Abubakar (55), sich bis heute nicht deutlich gegen Boko Haram ausgesprochen hat, obwohl er bei gemeinsamen Stellungnahmen mit dem Erzbischof von Abuja die brutale Gewalt der Mitglieder von Boko Haram aufs Schärfste verurteilt hat.



Werk der islamistischen Sekte Boko Haram: Bei Anschlägen zu Weihnachten starben 40 Christen Bild: D. Jones/dapd

Anfangen hatte alles 2002, als es infolge von Demonstrationen gegen die geplanten „Miss-World-Wahlen“, die in Nigeria stattfinden sollten, eine Gewaltwelle in der Stadt Kaduna gab, in deren Verlauf Hunderte von Menschen ihr Leben verloren. Im Februar 2006 kam es in Maiduguri zu gewaltsamen Übergriffen auf Christen mit mehreren Hundert Toten und zahlreiche zerstörten Kirchen. Während Boko Haram früher gezielte Morde an Polizisten, Richtern und Kirchenvertretern vom Rücksitz eines vorbeifahrenden Motorrades aus verübte, baut die Sekte jetzt mit Vorliebe Autobomben. Im Mai 2010 explodierten zur Amtseinführung von Präsident Goodluck Jona-

than sowohl in mehreren nördlichen Bundesstaaten als auch in der Hauptstadt Abuja Autobomben. Einen Monat später, im Juni, flog das Hauptquartier der Polizei in Abuja in die Luft, im August traf es das Hauptquartier der Vereinten Nationen ebenfalls in Abuja. Höhepunkt der Terrorsaison ist jedes

Wanderprediger festgenommen, die in den Moscheen zum Heiligen Krieg aufgerufen hatten. Die Männer waren aus Somalia gekommen. Osama Bin Ladin wird im Norden Nigerias als Held und Märtyrer verehrt. Es ist Mode geworden, einen Jungen nach dem toten Al-Kaida-Führer zu benennen, und T-

Netz von Koranschulen, die den Armen ein Mindestmaß an Bildung sichern wollen. Da diese Schulen keiner staatlichen Aufsicht unterstehen, können Kinder und Jugendliche der Koranschulen von radikalen Islamisten um Boko Haram für ihre eigenen Zwecke leicht instrumentalisiert werden.

Obwohl Nigeria immense Einnahmen aus der Erdölproduktion hat, kommen diese ausschließlich den herrschenden Eliten zugute. Eine Besserung der Situation der Bevölkerung, insbesondere im Norden, aber auch im Niger-Delta, wo sich die riesigen Ölvorkommen befinden, ist nicht festzustellen.

Radikale Formen von Islamismus haben in Nigeria eine lange Tradition. Bereits im 18. Jahrhundert führte Usman dan Fodio einen Dschihad gegen volkstümliche Formen des Islam, der infolge des islamischen Sklavenhandels bereits im 11. Jahrhundert nach Nord-Nigeria gekommen war. Auf sein Vorbild geht das Kalifat von Sokoto zurück, das jetzt wieder hinter der Sekte Boko Haram steht. Das von den Briten 1960 in die Unabhängigkeit entlassene Nigeria ist ein Kunstgebilde, das keine eigene

Identität besitzt, der christliche Süden scheiterte 1970 im Biafrakrieg mit einer Sezession, der Norden versuchte zwischen 1970 bis 1985 in dem sogenannten Maitatsine-Aufstand eine Abspaltung. Beide Kriege forderten Zehntausende von Toten. Nigeria ist mit 150 Millionen Einwohnern das mit Abstand größte und mit seinen Ölvorkommen eines der reichsten Länder Schwarzafrikas. Mit seiner etwa zur Hälfte muslimischen und christlichen Bevölkerung ist Nigeria ein Beispiel eines religiösen Machtkampfes, der vielen Ländern bevorsteht, in dem der Islam mit seinem politischen Anspruch sich stark genug fühlt, eine Gesellschaft zu majorisieren. *Bodo Bost*

Jahr das Weihnachtsfest, als 2010 und 2011 ein halbes Dutzend Sprengsätze vor Kirchen explodierten mit Dutzenden von Toten. Die Sekte, die in Nigeria selbst bereits den Namen Al Kaida hat,

Korruption Nährboden für Islamisten

unterhält Kontakte zur nordafrikanischen Al-Kaida-Filiale im Islamischen Maghreb (Aqim). Auch zu Islamisten in Afghanistan, Pakistan, Jemen oder Somalia bestehen Kontakte. Vor zwei Jahren wurden in Maiduguri, wo Boko Haram ihren Ursprung hat, zwei pakistanische

Shirts mit seinem Konterfei werden überall auf den Straßen zum Kauf angeboten. Mit ihrer Radikalisierung hat Boko Haram allerdings auch einen guten Teil ihres Rückhaltes in der lokalen Bevölkerung verloren.

Die Terrorwellen im Norden Nigerias haben unmittelbar mit dem Zustand des Landes zu tun, mit der Korruption und der Unfähigkeit des Staates, seinen Bürgern adäquate Lebensbedingungen zu sichern. Dieses System der allumfassenden Korruption hat in den Augen der Muslime direkt mit der aus dem Westen importierten Verwaltungsstruktur zu tun und damit mit dem Christentum. Boko Haram hat seine soziale Grundlage in einem

Viele setzen auf Le Pen

Frankreich: Vor allem Arbeiter für Begrenzung der Zuwanderung

Es wird immer offenkundiger, dass die rechtskonservative Nationale Front (FN) die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen in Frankreich am 6. Mai erreichen wird. Ihre Vorsitzende, Marine Le Pen, liegt jetzt in den Umfragen mit 19 Prozent hinter François Hollande (Sozialist) und Nicolas Sarkozy (Neogaullist) und vor François Bayrou (Zentrist). Zwar wird sie mit Sicherheit nicht zur Staatspräsidentin gewählt, aber sie könnte dann Druck auf die öffentliche Meinung ausüben.

Ihre Umfrageergebnisse hatten einen leichten Knick nach unten bekommen, als die Sozialistische Partei (PS) ihre Vorwahlen im Herbst durchführte und François Hollande zum Hauptkandidaten gekürt wurde. Er nennt sich nun „Kandidat der Linken“, weil die PS nicht nur ihre Parteimitglieder, sondern alle Franzosen mit linker Gesinnung zur Stimmabgabe aufgerufen hatte. Das war zwar verfassungswidrig, wurde dennoch vom Verfassungsrat nicht beanstandet. Als sich zum Jahresende herausstellte, dass 42 Prozent der Industriearbeiter der halbtoten kommunistischen Partei und der PS die FN vorziehen, bekam Le Pen einen Ruck nach vorne. Außerdem teilen 31 Prozent der Franzosen die Lageanalyse der FN, und das obwohl viele nicht zugeben mögen, dass

sie der FN positiv gegenüberstehen. Die Arbeiterschaft traut nur der FN zu, dass sie die Billigkonkurrenz durch Migranten reduziert und mit dem Projekt „Stellt französische Produkte her und kauft französische Produkte“ Arbeitsplätze schafft.



Marine Le Pen

Vor kurzem versprach Le Pen, die Zuwanderung nach Frankreich von heute 200 000 jährlich auf 10 000 Personen drastisch zu verringern. Es wirkte. Der neogaullistische Innenminister Claude Guéant hatte angekündigt, er würde die Zuwanderung von 200 000 auf (nur) 180 000 reduzieren. Mit solchen Zusagen macht sich die Sarkozy-Partei unbeliebt. Ähnlich war es, als der Innenminister behauptete, dass die nach Frankreich zugewanderten Tunesier „nur“ zu 30 Prozent die islamistische Partei Ennahda in Tunesien gewählt ha-

ben. Gerüchte gehen von 80 Prozent Ennahda-Stimmen unter den Frankreich-Tunesiern aus.

Dass die Zustimmung zum Euro in Frankreich im zweiten Halbjahr 2011 laut Umfragen, insbesondere in der Jugend, nachgelassen hat, hat den Schwachpunkt ihrer Programmatik etwas ausgeglichen. Sie will aus dem Euro und aus der EU austreten. Über die Konsequenzen bleibt sie allerdings im Unklaren. Leichte deutschfeindliche Akzente in einigen ihrer Aussagen machen auch stutzig. Den Antisemitismus ihres Vaters hat sie allerdings ganz fallen lassen.

Vor allem liegt der Erfolg der ziemlich frischgekörrten FN-Vorsitzende darin, dass sie ihre Partei diplomatisch und mit sanfterer weiblicher Hand anders als ihr Vorgänger und Vater Jean-Marie Le Pen (83) führt. Mit ihren 42 Jahren verkörpert sie „die Moderne“. Sie könnte den Kraftakt ihres Vaters wiederholen, der 2002 beim zweiten Urnengang gegen Jacques Chirac (Neogaullist) antrat. Er wurde von ihm dann haushoch besiegt, weil außer der rechten Mitte die Linken Chirac ihr Votum gaben. Dasselbe Drehbuch könnte sich diesmal wieder holen – mit dem Unterschied, dass keiner weiß, gegen welchen der drei anderen aussichtsreichen Kandidaten sie kämpfen wird. *Jean-Paul Picaper*

Löchrige Embargo-Front

USA wollen Iran finanziell ausbluten, doch noch kann die Welt nicht auf Öl Teherans verzichten

Die EU hat „noch nie da gewesene“ Sanktionen gegen den Iran beschlossen. Das verhängte Öl-Embargo wirft allerdings Probleme auf: Momentan können einige EU-Länder auf das iranische Öl noch nicht verzichten. Unbeabsichtigt profitiert bereits jetzt ein Konkurrent des Westens von den verhängten Sanktionen gegen Teheran: China.

Gleich drei Flugzeugträgergruppen der US-Marine befinden sich derzeit im arabischen Meer und damit unweit des Irans. Am 19. Januar ist der Träger „USS Lincoln“ zu den bereits in der Region stationierten Trägern „USS Stennis“ und „USS Vinson“ gestoßen. Auch wenn nach Angaben der US-Navy ein Träger abgezogen werden soll, bleibt die Streitmacht beachtlich: Im Persischen Golf kreuzt zusätzlich zu den Flugzeugträgern ein Verband um den Hubschrauberträger „USS Makin Island“. Vor Oman ist die britische Marine mit einem Schiffsverband in Stellung gegangen.

Trotz der massiven Militärpräsenz spricht wenig dafür, dass die USA – zumindest momentan – auf eine Eskalation des Konflikts mit dem Iran aus sind: Die Folgen wären für die Weltwirtschaft katastrophal: Bei einem weltweiten Tagesverbrauch von 87 Millionen Barrel (ein Barrel sind 159 Liter) Öl werden täglich 17 Millionen Barrel, also zirka 20 Prozent des täglichen Weltverbrauchs, auf dem Seeweg durch die Straße von Hormus transportiert. Michael Wittner, Ölexperte der Société Générale und ehemaliger CIA-Analyst, geht davon aus, dass eine Blockade dieses Seewegs zumindest zeitweise zu Ölpreisen im Bereich von 150 bis 200 Dollar pro Barrel führen wird. Selbst wenn, wie nun von der EU beschlossen, iranische Ölexporte von täglich 2,4 Millionen Barrel nun mit einem Embargo belegt werden, ist

mit einem Preisanstieg bis auf 150 Dollar zu rechnen.

Dass der vom EU-Rat am 23. Januar verhängte Einfuhrstopp für iranisches Öl erst zum 1. Juli wirksam werden soll, hat gute Gründe: Ein Ausbleiben iranischer Öllieferungen wäre momentan für zwei Staaten, darunter ein EU-Land, der sprichwörtliche „letzte Sargnagel“. „Immensen Schaden“ befürchtet Japans Finanzminister Jun Azumi. Die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt leidet nach dem Tsunami vom März 2011 noch immer unter massiven Energieproblemen. Noch verheerender wären die Folgen allerdings für Griechenland. Der Iran ist der letzte Öl-Förderer, der noch bereit war, Griechenland auf Kredit zu beliefern. Die iranischen Lieferungen machen inzwischen mehr als die Hälfte der griechischen Ölf Einfuhren aus. Sollte Teheran nun – wie als Reaktion auf die EU-

Sanktionen angedroht – seine Lieferungen einstellen, könnte das die wirtschaftliche Lage Griechenlands weiter verschlechtern.

In dieser Situation ist für die USA, Japan und die EU Saudi-Arabien der einzige Hoffnungsträger:

Saudi-Arabien könnte Washingtons Rettung sein

Die Saudis sind derzeit der einzige Öl-Förderer, der in der Lage ist, seine tägliche Fördermenge – zehn Millionen Barrel – nennenswert zu erhöhen: Kurzfristig um zwei Millionen Barrel, in neun Monaten nochmals um 500 000 Barrel. Entlastung verspricht ebenfalls ein Projekt der Vereinigten Arabischen Emirate, das im Mai fertiggestellt

sein soll: Die „Abu Dhabi Crude Oil Pipeline“, die alternativ zum Seetransport über die Straße von Hormus auf dem Landweg 2,5 Millionen Barrel Öl täglich transportieren soll.

Die EU kalkuliert mit einem Zeitrahmen von sechs Monaten, in dem Ersatzlieferanten für Spanien, Italien und Griechenland gefunden werden. Alle drei Länder stehen für 68 Prozent der EU-Ölimporte aus dem Iran. Ebenso wie Japan will die EU die Importe aus dem Iran nur schrittweise verringern. Schneller Wirkung sollen verhängte Finanzsanktionen zeigen, die ebenfalls von der EU beschlossen wurden: Guthaben der iranischen Zentralbank in der EU werden eingefroren. Bereits vorgeprescht sind die USA: Firmen, die Geschäfte mit dem Iran machen, kann schon jetzt der Zugang zum US-Markt verwehrt werden.



Drohkulisse aufgebaut: Dort, wo 20 Prozent des Weltölverbrauchs über See transportiert werden, startete Teheran im Dezember 2011 ein Manöver

Bild: pa

Diese Maßnahme zeigt bereits Wirkungen, allerdings auch unbeabsichtigte Nebenwirkungen: Quasi als Trittbrettfahrer des US-Embargos wird von Seiten Chinas, Indiens, Pakistans und der Türkei zunehmend Druck auf den Iran ausgeübt. Gefordert werden Preissenkungen für Öl, Bezahlung in Yuan oder Rupien oder Tauschgeschäfte, sprich Öl gegen Waren. Offiziell haben diese Länder angekündigt, sich nicht an einem Embargo zu beteiligen, hinter den Kulissen wird allerdings die Zwangslage des Iran ausgenutzt.

Gewarnt wurde Teheran ebenfalls von China vor einer Blockade der Straße von Hormus. Das sollte allerdings nicht als Anzeichen dafür gedeutet werden, dass China bereit ist, den Iran fallen zu lassen: Mit 100 000 Soldaten hat Chinas Volksbefreiungsarmee erst vor wenigen Wochen ein Großmanöver an der Grenze zu Pakistan abgehalten. Gerichtet war die Botschaft Pekings allerdings nicht an den Partner Pakistan. Adressat der Warnung waren die USA.

In Washington scheint man inzwischen die Probleme erkannt zu haben, die mit einem Säbelrasseln in der Straße von Hormus und einem Öl-Embargo gegen den Iran verbunden sind. Zumindest militärisch deuten die Zeichen auf vorübergehende Entspannung. Ein gemeinsames Manöver von Truppen Israels und der USA wurde auf die zweite Jahreshälfte verschoben. Trotz dieses Rückziehers und den Verzögerungen beim Öl-Embargo ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass der Iran langfristig finanziell „ausblutet“. Die Kalkulation Washingtons, dass in der Folge innere Unruhen im Iran ausbrechen, könnte aufgehen. Nicht ausgeschlossen ist aber auch, dass sich eine unerwünschte Nebenwirkung der Iran-Strategie der USA einstellt: eine noch stärkere Abhängigkeit des Irans von China. Norman Hanert

KURZ NOTIERT

Deutschland herabgestuft: Die kleine US-Rating-Agentur Egan-Jones hat Deutschlands Kreditwürdigkeit auf die Note AA- und damit auf drei Stufen unter der Bestnote AAA herabgestuft. Die großen Agenturen geben Deutschland weiterhin die Bestnote. Egan-Jones ist einem breiteren Publikum kaum bekannt, genießt laut „Focus Money“ aber einen guten Ruf wegen ihrer Unabhängigkeit. Hauptgrund für die Herabstufung seien mögliche Verbindlichkeiten, die auf Deutschland wegen der Rettung anderer Euro-Länder zukämen. H.H.

Lettländ schränkt zollfreien Grenzverkehr ein: 400 Menschen gingen im grenznahen Ort Rezekne auf die Straße, um gegen eine Änderung des Zollgesetzes zu protestieren. Seit Anfang des Jahres dürfen Letten die Grenzen zu Russland und Weißrussland nur noch einmal wöchentlich überqueren, um dort zollfrei einzukaufen. Das lettische Finanzministerium begründet die Maßnahme damit, dass man Bandenkriminalität verhindern und die Zöllner entlasten wolle. Der eigentliche Grund dürfte aber sein, dass dem Staat pro Einwohner, der sich 15 Mal pro Monat auf Schnäppchenjagd nach den günstigen und zollfreien Waren ins nahe Ausland begibt, umgerechnet 933 Euro an Steuereinnahmen monatlich verloren gehen. Da in der Provinz die Arbeitslosigkeit kolossal hoch ist, bleibt den Menschen nur der Handel mit zollfreien Waren. Die aufgebrachten Demonstranten forderten von ihrer Regierung die umgehende Beschaffung von Arbeitsplätzen. MRK

US-Hilfe für australische Banken: Bisher nicht bekannte Kredite der US-Zentralbank an die National Australia Bank und die Westpac Bank hat ein Untersuchungsausschuss des australischen Senats aufgedeckt. Allein die National Australia Bank soll in den Jahren 2008 und 2009 4,5 Milliarden US-Dollar erhalten haben. Die Bankenvereinigung „Australian Bankers Association“ hatte in der Vergangenheit Berichte über solche Kredite als Gerüchte bezeichnet. N.H.

Ukraine isoliert sich selbst

Janukowitsch droht Moskau und verliert Vertrauen der EU

Die Ukraine steckt in der Sackgasse. Verbündete, die dem Land zur Seite stehen, sind nicht in Sicht. Die Europäische Union (EU) sieht ihre Bedingungen für die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens und die Einrichtung einer Freihandelszone nicht erfüllt. Sicher hat die harte Verurteilung der ehemaligen Ministerpräsidentin und Oppositionellen Julia Timoschenko dazu beigetragen, dass die EU sich enttäuscht von Kiew abgewandt hat. Hartnäckig halten sich Gerüchte, dass es Timoschenko gesundheitlich sehr schlecht gehe und sie im Gefängnis nicht ausreichend medizinisch versorgt werde. Ein Experte behauptete gegenüber der Presse kürzlich, es gäbe Anzeichen dafür, dass die Politikerin mit Tallium vergiftet worden sei.

Der Streit um den Gasliefervertrag, den Timoschenko im Jahre 2009 zur Beendigung des Gaskriegs mit Gazprom geschlossen hatte, spitzt sich indessen zu einem neuen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine zu. Kiew verlangt die Rücknahme des Vertrags und will vor Gericht ziehen. Die Ukraine soll einen Preis von 416 Dollar/Tausend Kubikmeter zahlen, will diesen aber auf 224

Dollar reduziert wissen. Dafür ist sie bereit, Gazprom einen Anteil von 33 Prozent an ihren Gastransitleitungen zu verkaufen. Ein weiteres Drittel will sie selbst behalten und an dem Rest sollen sich EU-Länder beteiligen.

Doch darauf will Moskau nicht eingehen. Der Kreml wird erst verhandeln, wenn Gazprom 50 Pro-

Russland reagiert mit Importverboten für Lebensmittel

zent des Netzes erhält. Da die Modernisierung der Pipelines, über die 80 Prozent der Gaslieferungen in den Westen erfolgen, längst überfällig ist, Kiew aber allein nicht in der Lage ist, die Kosten hierfür zu schultern, bleibt Janukowitsch gar keine andere Wahl, als den Staatskonzern GTS zu verkaufen. Fraglich ist nur, wer sich durchsetzen wird.

Nicht nur außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch sitzt Janukowitsch zwischen allen Stühlen. Es ist ihm nicht gelungen, zwischen dem pro-europäischen Teil im Westen und dem pro-russi-

schen im Osten zu vermitteln. Derzeit sollen drei Gruppierungen die Macht im Lande unter sich aufteilen. Das sind zum einen die alten Seilschaften des Präsidenten aus dem Donezbecken, die ihm zur Macht verholfen haben wie der Oligarch und Timoschenko-Konkurrent Rinat Achmetow, den Lobbyisten des Gazprom-Zwischenhändlers „Rosukrenergo“, zu denen der Verwaltungspräsident der Regierung gehört, sowie eine äußerst aggressiv nach oben strebende Gruppe des Finanz- und Industriellensektors, dem Alexander Janukowitsch, der Sohn des Präsidenten, angehört. Im Herbst 2012 stehen Präsidentschaftswahlen an, bei denen die Regierung eine gänzlich andere sein könnte.

Zum wichtigsten Faktor wird in nächster Zeit für die Ukraine wohl die Außenpolitik. Noch gibt es Kräfte, die den Anschluss an die EU wollen. Doch wie Moskau reagiert, wenn Kiew nicht nach seiner Pfeife tanzt, hat sich erst kürzlich gezeigt: Weil die Ukraine ihre Lebensmittelkontrolle auf die in der EU gültigen Kriterien umgestellt hatte, verhängte Russland ein Importverbot für ukrainische Milch und Käse.

Manuela Rosenthal-Kappi

Konsumrausch über Kredit

Türkei vor Konjunkturabsturz: Außenhandelsdefizit bleibt Bürde

Wenn türkische Politiker am Steuer der EU säßen, wären die Probleme in drei Monaten gelöst.“ Es ist nicht lange her, dass der türkische Wirtschaftsminister Ali Babacan meinte, derartig auftrumpfen zu müssen. Inzwischen wird immer wahrscheinlicher, dass Babacan bald im eigenen Land beweisen kann, wie man Probleme innerhalb eines Vierteljahres löst. Statt Rekordwerte beim türkischen Wirtschaftswachstum werden seit einiger Zeit vor allem Negativnachrichten gemeldet: Im November ging die Industrieproduktion um 2,5 Prozent zurück. Die Inflationsrate hat im Dezember auf 10,4 Prozent zugelegt. Rekordverdächtig ist inzwischen nur noch das türkische Leistungsbilanzdefizit: Das hat inzwischen zehn Prozent erreicht. Eine Folge zu hohen Konsums und zu geringer Exporte. Vorbei sind auch die Zeiten, als die hohen Inflationsraten und Defizite im Außenhandel mit hohen Wachstumsraten von über sieben Prozent überdeckt werden konnten.

Während Wirtschaftsminister Babacan der Öffentlichkeit noch vier Prozent Wirtschaftswachstum für 2012 präsentiert, ist der Internationale Währungsfonds pessi-

mistischer: Er rechnet lediglich noch mit zwei Prozent. Analysten türkischer Banken halten allerdings selbst diese Zahl für nicht mehr realistisch. Sie schließen nicht einmal aus, dass die türkische Wirtschaft im laufenden Jahr schrumpfen wird. Offenbar tritt nun eine Entwicklung ein, die sich bereits 2011 angedeutet hat:

Währungspolitischer Amoklauf der Zentralbank

Zunehmende Probleme durch den kreditfinanzierten Konsumrausch, der die Triebkraft des türkischen „Wirtschaftswunders“ ist.

Nicht nur die weltfremden Prognose des Wirtschaftsministers sorgt bei Beobachtern für Stirnrunzeln: Noch mehr Fragen wirft die Strategie des türkischen Zentralbankchefs Erdem Basci auf, mit der die Probleme der Wirtschaft behoben werden sollen. Wohlwollende Beobachter bezeichnen die Maßnahmen als „unorthodox“. Inflation und ausuferndem Außenhandelsdefizit will die Zentralbank mit einem Festhalten an niedrigen

Leitzinsen beikommen. Die zu hohe Kreditvergabe soll allein durch hohe Reserveanforderungen an die Banken zurückgehen. Die dahinterstehende Hoffnung: Vor die Wahl gestellt, geben die Banken der Wirtschaft weitere Kredite, schränken aber die Kreditvergabe an Privatpersonen ein. Ein Effekt dieser Maßnahme ist bisher nicht erkennbar.

Ebenso erfolglos war die Zentralbank bei ihren Stützungsversuchen für die türkische Lira: Gegen den US-Dollar hat die türkische Währung im Lauf des letzten Jahres ein Fünftel ihres Wertes verloren. An sich wäre die abgeschwächte türkische Lira genau das richtige Mittel zur Ankurbelung der Exporte und zur Verteuerung von Importen. Statt auf diese Weise langsam die Leistungsbilanz ins Lot zu bringen, werden die türkischen Devisenreserven verpulvert, um einen höheren Lira-Kurs herbeizuzwingen: In einem währungspolitischen Amoklauf verkauft die Zentralbank Dollar und kauft türkische Lira ein. Bisher ohne nachhaltigen Erfolg beim Wechselkurs, allerdings mit dem Nebeneffekt, dass die türkischen Devisenreserven von 80 Milliarden Dollar langsam schwinden. N.H.

Mielkes Freu(n)de

Von Jan Heitmann

Wo immer wir uns auch bewegen, wir werden auf Schritt und Tritt von Objektiven verfolgt. Allein in Hamburg gibt es in und an öffentlichen Einrichtungen mehr als 10 000 Überwachungskameras. Hinzu kommen ungezählte Geräte in Verkehrsmitteln, auf Tankstellen, in Banken und anderen Betrieben. Es gibt kaum noch einen Ort, an dem wir uns unbeobachtet aufhalten können. Programme zur biometrischen Gesichtserkennung machen es theoretisch möglich, von jedem von uns ein annähernd lückenloses Bewegungsprofil zu erstellen. Erich Mielke hätte seine helle

Freude. Doch damit nicht genug, nicht einmal im eigenen Auto sind wir vor staatlicher Überwachung sicher. Automatische Kennzeichenfahndung heißt die Methode, mit der die Polizei uns auf der Straße ausspäht. Wer nun meint, ihm sei das alles egal, denn als ehrlicher Bürger habe er nichts zu befürchten, sollte nicht vergessen, wer in Brandenburg, dem Vorreiter bei der Kfz-Massenfahndung, mitregiert: Es sind Politiker der Linkspartei, ehemals Mitglieder von Mielkes SED, deren Herrschaftssicherung auf der totalen Überwachung von 17 Millionen Menschen beruhte.

Bitte unideologisch

Von Rebecca Bellano

In der Jugendangestelltenvertretung, kurz JAV, von Unternehmen tätig zu sein, ist für manchen Auszubildenden noch attraktiv. Die JAV organisiert Partys und man ist so lange unkündbar, wie man in der JAV ist. Doch nur wenige der hippen jungen Leute sagt es zu, später auch im Betriebsrat tätig zu sein, da es dort keine Party mehr und dafür eine andere, etwas eigenwillige Spezies Angestellte gibt. Das schreckt ab.

Und auch die Werber, die die Gewerkschaften in die Betriebe schicken, verlocken nur selten dazu, Mitglied zu werden. Ja, es mag auch Ausnahmen geben, aber entweder sind jene Arbeitnehmervertreter politisierende Linke oder sind oft weit davon entfernt, zu den Leistungsträ-

gern eines Unternehmens zu zählen.

Dies ist bedauerlich, denn Arbeitnehmer brauchen Vertreter, die sich für ihre Rechte einsetzen. Nur müssen diese faktenbezogen und realistisch agieren. Überzogene, der Zeit nicht angemessene Forderungen oder irgendwelche diskussionsfreudigen Verlierertypen, die in letzter Konsequenz alles abnicken, was der Arbeitgeber vorgibt, sind den Arbeitnehmern wenig dienlich. Und wenn man dann sieht, mit welchen Gruppierungen – genannt seien hier Attac und die Antifa – Verdi und der DGB oft zusammenarbeiten und demonstrieren, dann vergeht einem unideologisch geprägten Bürger jede Lust, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Wer hätte voraussagen können, dass gerade im Jahr 2011 die Deutsche Frage aus einem gewissen Dämmer Schlaf erwachte? Angesichts von Euro-Krise und wirtschaftlicher Stärke Deutschlands regte sich bei unseren Nachbarn plötzlich „Germanophobie“, die alte Angst vor der „Mittelmacht“. Bundeskanzlerin Angela Merkel, die „Euro-Queen“, wurde abschätzig auch „Angela Bismarck“ genannt. Gleichzeitig landeten die Deutschen in einer internationalen Sympathie-Umfrage auf Platz eins. Die Deutschen werden in aller Welt bewundert wegen ihrer Tugenden und ihrer herausragenden Produkte, ihrer Reiselust und Freundlichkeit.

Dieses widersprüchliche Bild mag typisch für ein Volk sein, das geübt ist in Selbstzweifeln, die teilweise über Jahrhunderte eingbläut wurden. So bleibt die Deutsche Frage auch 2012 eigentümlich unbeantwortet. Es bleibt vielfach offen, was „typisch deutsch“, was das „deutsche Vaterland“ eigentlich ist. Einfach alle Menschen mit der deutschen Staatsangehörigkeit, wie es einige Politiker propagieren? Oder gelten noch die vier Kriterien der „Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur“, wie es in § 6 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes heißt, die immerhin als Voraussetzungen der „deutschen Volkszugehörigkeit“ gelten?

Was den Namen der Deutschen und den Gebrauch der deutschen Sprache angeht, ist die Antwort auf die offenen Fragen einfach. Etymologisch ist „deutsch“ vom indoeuropäischen Wort „*thiud*“ = Volk abgeleitet. Die älteste schriftliche Überlieferung, die „*lingua thiodesca*“ (786) meinte damit einfach die Sprache, die dem Volk verständlich ist. Das heute noch benutzte Wort „deutsch“ hat diesen Wortstamm bewahrt. In Abgrenzung zu lateinischen, romanischen oder slawischen Sprachen unterhielten sich die Menschen hierzulande also so, wie „ihnen

Vor 1050 Jahren: Als Deutschland das Herz Europas wurde

Von HINRICH E. BUES

der Schnabel gewachsen“ war – in vielerlei Dialekten. Daraus entwickelte sich erst seit dem 16. Jahrhundert das heutige Hochdeutsch.

Traditionell verbindet man mit der Deutschen Frage das Anfang des 19. Jahrhunderts bestehende Machtvakuum in der Mitte Europas. Man kann auch von der „deutschen Kleinstaaterei“ sprechen, denn immerhin gab es 1789 genau 1789 staatliche Einheiten hierzulande, wie der Historiker Immanuel Geist gezählt hat. Doch dieser Blick in die Geschichte der letzten 200 Jahre würde zu kurz geraten. In diesem Jahr 2012 feiern wir, von der Öffentlichkeit und Politik weitgehend unbeachtet, das Jubiläum 1050 Jahre Gründung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Genau am 2. Februar 962 ließ sich der deutsche König Otto I. (912–973) in Rom zum Kaiser krönen. Damit war das

sogenannte „Erste Reich“ errichtet, mit dem eine Phase der imperialen Machtausübung begann, die von der Mitte Europas ausging. In diese Zeit fallen die Kreuzzüge (Eroberung Jerusalems 1099) und ab 1134 die Ausdehnung nach Osten, verstärkt durch den Deutschen Ritterorden (ab 1230). In das 11. und 12. Jahrhundert fallen auch die Konflikte der deutschen Könige und Kaiser mit der Universalkirche (Investiturstreit 1073, Wormser Konkordat 1122). Die christliche Kirche war, seit im 8. Jahrhundert der fränkische König Karl Martell den Benediktinermönch Bonifatius, den „Apostel der Deutschen“, in das damalige ost-

staaten können sich auf zwei Wegen von ihren Schulden befreien. Entweder durch eiserne Sparen und Zurückzahlen oder dadurch, dass sie das Geld, in dem sie sich verschuldet haben, entwerten.

Sparen geht zu Lasten sozialer Leistungen und stößt auf den massiven Widerstand starker Lobbygruppen, was politisch gefährlich werden kann. Die Geldentwertung hingegen verläuft relativ geräuschlos. Doch sie geht zu Lasten aller Spareinlagen, Versicherungen oder Rentenansprüche, die in dem Geld gehalten werden: Eine schleichende Enteignung wird vorgenommen, damit sich die Politiker dem Risiko unpopulärer Sparmaßnahmen entziehen können.

Unübersehbar geht Euro-Europa den Weg der Geldentwertung.

Der Widerstand, den Deutschland hier und da noch leistet, ist zunehmend chancenlos. Berlin hat nicht mehr bloß die früheren Weichwährungsländer gegen sich, die einst ihre Schulden immer auf dem Inflationstweg reduziert haben. Auch die mächtigen internationalen Institutionen Internationaler Währungsfonds (IWF) und Europäische Zentralbank (EZB) machen Front gegen die Deutschen.

Hier rächt sich die gescheiterte Personalpolitik der deutschen Kanzlerin. An der Spitze des IWF steht die Französin Christine Lagarde, die EZB wird von dem Italiener Mario Draghi geführt. Kaum verblüffend decken sich

die Vorstellungen der beiden zur „Euro-Rettung“ mit den Strategien ihrer Heimatländer.

Dass aber am Kopf der EZB kein Deutscher sitzt, dafür ist Angela Merkel mindestens mitverantwortlich. Sie hatte den deutschen Kandidaten, Ex-Bundesbankchef Axel Weber, nur zum

Schein unterstützt, um ihn als Bauernopfer für die Durchsetzung anderer Forderungen beizeiten fallen zu lassen. Ein Mann von der Statur Webers aber hat das nicht nötig, er stieg aus.

Als die Stelle des IWF-Chefs vakant wurde, unterstützte Merkel wie selbstverständlich den französischen Vorschlag, da ja auch der bisherige Amtsinhaber, Do-

minique Strauss-Kahn, ein Franzose war. Offenbar erwartete Merkel, dass Paris sich im Gegenzug genauso verhalten würde. Weit gefehlt: Als Jürgen Stark vom Posten des EZB-Chefvolkswirts zurücktrat, manövrierte Frankreich den deutschen Nachfolgekandidaten geschickt aus, um einen Belgier an die Stelle des Deutschen Stark zu setzen. Einen Belgier, der französischen Vorstellungen folgt.

Nun spielen IWF und EZB mit Rom und Paris ein Spiel mit verteilten Rollen: So stellt beispielsweise der italienische Ministerpräsident Mario Monti hanebüchene Maximalforderungen nach noch mehr deutschem Geld, damit Landsmann Draghi als EZB-Chef später als „Kompromiss“ präsentieren kann, was Monti ohnehin von Anfang an vorhatte.



Keine Alternativen: Ex-Bundesbankchef Axel Weber kündigte Kanzlerin Merkel im vergangenen Jahr die Gefolgschaft auf. Nun steht die deutsche Regierungschefin ohne Spitzenpersonal in wichtigen Funktionen da, muss aber den größten Teil der Euro-Rettung bezahlen.

Bild: pa

ten. Die Einigung kam schließlich „von oben“, mehr oder minder auf militärischem Wege – durch die Einigungskriege (1864–1871) des preußischen Militärs, durch „Blut und Stahl“, so Otto von Bismarcks Worte. Dass die in Versailles proklamierte staatliche Einheit Deutschlands schwierig zu leben war, sollte Bismarck dann schmerzlich im „Kulturkampf“ mit der katholischen Kirche, im Aufbegehren ostelbischer Juncker gegen die neuen Großbürger der „Gründerzeit“ und in der Auseinandersetzung mit den Sozialisten erfahren.

Eine gemeinsame Sprache, Kultur, Religion und wirtschaftliche Kraft als Basis einer staatlichen Einheit „von oben“? Gerade der Missbrauch der deutschen Geschichte und Kultur, auch der preußischen Tugenden wie Ordnung, Toleranz und Pflichterfüllung durch das „Dritte Reichs“ (1933–45) macht es nicht leicht eine Kontinuität der deutschen Geschichte zu sehen. Dabei ist der 20. Juli 1944 mit seinen Märtyrern ein so deutliches Zeichen des „anderen Deutschland“, das die Tugenden der deutschen Geschichte hochhielt.

Eine alte Regel besagt, dass der Missbrauch den Gebrauch nicht aufhebt. Das „Dritte Reich“ ist kein typischer Ausdruck deutschen oder preußischen Wesens. Zwölf Jahre haben nicht eine Geschichte von 1050 Jahren auf. Die Rückbesinnung auf die ganze Geschichte Deutschlands ab 962 kann gegenüber einer Politik der Dauerbeschwichtigung gegenüber den deutschen Nachbarn und dem nagenden Zweifel am deutschen Wesen helfen, ein neues und gerechtes Selbstbild zu entwickeln, das auch einen gesunden Stolz auf das Vaterland zulässt.

Dr. Hinrich E. Bues, Jahrgang 1954, Studium der evangelischen und katholischen Theologie, wurde mit einer kirchengeschichtlichen Dissertation promoviert und arbeitet heute als freier Publizist.

Jahrhunderts, die das Blut von Millionen Menschen forderten.

Das imperiale Machtvakuum in der Mitte Europas begann sich erst um 1750 wieder zu füllen, als die von England ausgehende Industrialisierung für eine langsame Verbesserung des Lebensstandards sorgte und ein Wachstum der Bevölkerung ermöglichte. In der östlichen Mitte Europas entwickelte sich in dieser Zeit eine neue

Machtvakuum

in der Mitte Europas von 1198 bis 1871

fränkische Gebiet entsandte, systematisch aufgebaut worden. Karl der Große begründete 831 das Missionsbistum Hamburg und Otto der Große 968 das Missionsbistum Magdeburg.

Nach dieser imperialen Phase konstatierten Historiker allgemein ab 1198 ein gewisses „Machtvakuum“ in der Mitte Europas, das letztlich bis 1871, bis zur Gründung des „Zweiten Reiches“, also länger als 650 Jahre, dauern sollte. Äußeres Zeichen dafür ist beispielsweise das Fehlen einer Hauptstadt hierzulande. Die Partikularmächte (Fürstentümer und Städte) konkurrierten mit den zentralen und universalen Gewalten (Kaiser und Kirche). Eine vielleicht typisch deutsche Sorge vor zu viel zentraler Macht, die sich heute sowohl in der föderalen Struktur der Bundesrepublik wie in der Skepsis gegenüber einer zu mächtigen Brüsseler Bürokratie fortsetzt.

So typisch wie diese deutsche Eigenart sein mag; sie war nicht immer friedensschaffend oder gar wohlstandsfördernd. Zu Beginn der Neuzeit um das Jahr 1500 bildete die deutsche Kleinstaaterei den Nährboden für die Spaltung der bis dahin einigen, lateinischen Kirche des Abendlandes. Unzählige Religionskriege folgten. Der in dieser Zeit als deutscher Kaiser Karl V. (1519 gekrönt) regierende spanische König Carlos I. blickte weitgehend verständnislos auf die religiösen und sozialrevolutionären Unruhen durch die südwestdeutschen Reichsritter (1522/23), die Bauern (1524/25) oder die Münsteraner Täuferkommune (1534/35). Diese gescheiterten Umsturzversuche gelten gemeinhin als Vorläufer der sozialistischen und kommunistischen Bewegungen des 19. und 20.

Ein Bollwerk christlicher Nächstenliebe

Das Lebenswerk Friedrich von Bodelschwinghs, der vor 140 Jahren in Bethel seinen Dienst antrat

Ganze 140 Jahre „gelebter christlicher Glauben“ – eine weltweit einmalige Erfolgsgeschichte, die aufs engste mit dem Namen Bodelschwingh verbunden ist: Am 25. Januar 1872 hatte der evangelische Pastor Friedrich von Bodelschwingh in Gadderbaum bei Bielefeld die Leitung einer kleinen, fünf Jahre zuvor gegründeten „Anstalt für Epileptische“ übernommen. Heute betreuen 15 713 Beschäftigte der Bodelschwinghschen Stiftung (Stand Ende 2010) an 200 Standorten 150 000 kranke, behinderte und sozial benachteiligte Menschen.

Es waren – und sind bis heute – die „Menschen, die niemand haben will“, die Vergessenen und Ausgegrenzten einer Gesellschaft der „Selbstsucht, der Habsucht, des Mammons“, wie von Bodelschwingh bitter beklagte. Diese Erkenntnis machte ihn freilich nicht zum Protagonisten sozialistischer oder gar kommunistischer Ideen. Im Gegenteil: Die Lösung der sozialen Probleme des Industriezeitalters erwartete er nicht von der Arbeiterbewegung, sondern von einem auf christlichen Werten aufbauendem patriarchalischen Gesellschaftsmodell.

Dass er sein Leben den Kranken, Behinderten und Schwachen, also den „Trunkenbolden, Landstreichern und Taugenichtsen“, wie es damals diskriminierend hieß, widmen sollte, war Friedrich von Bodelschwingh nicht in die Wiege gelegt. Am 6. März 1831 war er als sechstes Kind einer westfälischen Adelsfamilie zur Welt gekommen. Sein Vater diente zeitweise dem preußischen König als Minister. Der kleine Friedrich war Spielgefährte des Kronprinzen und späteren 99-Tage-Kaisers Friedrich III., mit dem ihn lebenslange Freundschaft verband. Zunächst studierte von Bodelschwingh Landwirtschaft und leitete ein Gut in Pommern. Dann studierte er Theologie. Als Hilfsprediger ging er nach Paris, um dort deutsche Einwanderer zu betreuen. Hier lernte er erst-

mals soziale Not kennen; er hatte es vor allem mit „Lumpensammeln und Gassenkehrern“ zu tun. Die adlige Herkunft und die Nähe zum Hause Hohenzollern prägten auch sein soziales Engagement. Energisch verwahrte er sich dagegen, die Armen und Benachteiligten aufs Jenseits zu trösten, und verkündete: „Um reif zu werden für die himmlische Heimat und Heimweh nach dem Vaterhaus



Hoher Besuch: Friedrich von Bodelschwingh zeigt Kaiserin Auguste Viktoria 1906 die damals neu eröffnete Arbeiterkolonie „Hoffnungstal“ bei Bernau

Bild: Ullstein

se droben zu haben, ist es nötig, dass man zunächst einmal ein irdisches Vaterhaus lieb gewonnen hat“. Die Chance, ein solches „irdisches Vaterhaus“ auch jenen zu schaffen, denen es von der modernen Industriegesellschaft vorenthalten wurde, sah von Bodelschwingh, als ihm die Leitung einer kleinen Einrichtung der Inneren Mission angetragen wurde. Hier wurden Epileptiker aufgenommen, betreut und behan-

felds, dreieinhalb Quadratkilometer groß, mit über 6000 Bewohnern, darunter 2500 Kranke, Behinderte und sozial Schwache. Solchen Menschen „Heimat und Arbeit“ zu geben, war das Bestreben von Bodelschwingh. In kleinen Wohneinheiten ließ er Betreuer und Betreute zusammen leben; Bethel sollte den Entwurzelten eine Art Ersatzfamilie sein.

Anknüpfend an Friedrich den Großen und dessen „Jeder soll

nach seiner Façon selig werden“ verfügte von Bodelschwingh, jedem „nach dem Maß seiner Gaben und Kräfte eine passende Arbeit“ zu geben. So wurden in Bethel – der biblische Name wurde schon bald für die gesamte Einrichtung übernommen – die Menschen nicht mehr nur aufbewahrt. Erstmals entstand hier auf breiter Front eine Arbeitsorganisation, die sich an den Fähigkeiten der

Bewohner orientierte. Es entstanden alle möglichen Handwerks- und Landwirtschaftsbetriebe.

Dabei ging es dem Pfarrer an der Spitze nicht nur darum, das Selbstwertgefühl der Kranken und Behinderten zu steigern. Für ihn zählte auch der soziale Nutzen. Die Arbeit der betreuten Menschen sollte nicht der Beschäftigungstherapie dienen, sondern dazu beitragen, die materielle Existenz der gesamten Einrichtung zu sichern.

Genie des Trivialen

Der vor 100 Jahren verstorbene Karl May begeistert noch heute mit seinen Wildwest-Romanen die Menschen

Der weltweit bekannteste und mit geschätzten 100 Millionen verkauften Büchern am meisten gelesene deutsche Autor ist der vor 100 Jahren am 30. März verstorbene Karl May (1848–1912). Der Webersohn aus Hohenstein-Ernstthal war auch einer der produktivsten: Reichlich 50 000 Manuskriptseiten hat er im Laufe von gut drei Jahrzehnten gefüllt. Am bekanntesten waren und sind sein Orient-Romanzyklus (1881–1888) und die Wildwest-Romane (1880–1896). Mehr als 20 Filme wurden seit den 60er Jahren auf der Grundlage von Karl Mays Abenteuergeschichten gedreht. Noch zu seinen Lebzeiten entstanden die ersten Bühnenaaptionen. Aus Anlass des bevorstehenden 100. Todestags von Karl May am 30. März 2012 gesellt sich zum umfangreichen Schrifttum über den Erfolgsautor und sein Werk ein weiteres Buch mit dem Titel „Karl May. Untertan, Hochstapler, Betrüger“. Durch kritisches, intuitives Hinterfragen ist sein Autor Rüdiger Schaper, Leiter des Kulturreorts des „Berliner Tagesspiegel“, dem Phänomen Karl May in einem faszinierenden journalistischen Essay auf den Grund gegangen.

Bei Karl May verbinden sich auf einmalige Weise Trivialität und Größe, Gemeinsinn und Genie, so Schaper; er verdiene einen Platz

in der Weltliteratur. Mit dieser Ansicht steht er keinesfalls allein da. Viele Größen der heutigen Kunst- und Kulturszene haben Karl May als Erwachsene wiederentdeckt, was etwa Marin Walser kürzlich bekannte, und sie



Karl May

bezeichnen ihn als einen Großen: „Ich halte Karl May für einen großen Dichter, einen der letzten deutschen Großmystiker, die wir noch haben in der Zeit der untergehenden Märchen, den Schöpfer der einzig wahren Heldenlieder des wilhelminischen Zeitalters“, sagte der Regisseur Syberberg.

Rüdiger Schaper hält May darüber hinaus für den Wegbereiter

des großen Abenteuer- und Actionkinos. Karl May habe „die Unterscheidung von „E“ und „U“, von Hochkultur und Unterhaltungsliteratur unterlaufen.

Der Autor verweist auf viele Parallelen und Einflüsse, die unter anderem in Kafkas Roman „Amerika“ zu finden seien. Anregender und schöner kann man wohl kaum über den eigenartigen Menschen schreiben, der seine Schriftstellerkarriere als Unterprivilegierter startete, unentwegt über die Abenteuer eines unfehlbaren Helden in fernen, exotischen Gegenden schrieb, als ginge es um sein Leben (und so war es ja wohl auch), und der sich selbst mit beachtlicher Eitelkeit in Szene setzte. Zuletzt phantasierte er sogar über eine fremde Welt. Seine jungen Leser nahmen natürlich viel mehr die Außenwelt wahr als die allen May-Romanen innewohnende Einladung zur inneren Einkehr. Aber nachhaltig war der Einfluss der spannenden Bücher mit ihrem passagenweise sperrigen Inhalt doch, da das Gute darin verlässlich siegt. Karl May urteilte immer streng moralisch, und er blieb bei seiner eigenen Religion.

In den Wildwest-Romanen nimmt der Ich-Erzähler – es ist Karl May, der jahrelang an der Legende strickte, Old Shatter-

hand und Kara Ben Nemsı zu sein – Standpunkte der von den Weißen bedrängten Indianer an. Tat-



Zuschauermagnet: Die Karl-May-Festspiele in Bad Segeberg erfreuen sich jeden Sommer wieder großer Beliebtheit

Bild: T. Riediger/dapd

sächlich hat er den Orient erst 1899/1900 bereist, und nur einmal, 1908, war er in den USA. Old Shatterhands Blutsbruder ist Winnetou, der ehrenwerte Mensch. Die Menschen sind im Grunde alle gleich – es war unter anderem diese Botschaft, verbunden

mit einem pessimistischen Blick auf die Zivilisation, welche dem alternden Erfolgsautor, der in

einer luxuriösen Villa in Radebeul bei Dresden lebte, seit den 1890er Jahren hasserfüllte Feinde und Neider erstehen ließ. Hinzu kam Mays unerwartete Attacke auf die deutsche Kolonialpolitik im Fernost-Roman „Und Friede auf Erden“ (1901). Eine Art Kul-

turkampf wurde jahrelang öffentlich ausgetragen. Offiziell warfen ihm seine Gegner Hochstaperei und die Verbreitung von „unsittlichen Schriften“ in seinen frühen Veröffentlichungen vor. Jahrelang musste er sich juristisch dagegen zur Wehr setzen und führte darüber hinaus Prozesse wegen Urheberrechten. Damals wurden seine Gefängnisstrafen wegen diverser Betrügereien aus den 1860er Jahren bis 1874 publik. Jahrzehnte später haben auch die Literaturwissenschaftler den „Phantasten“ wieder klein halten, ihn „an die Leine legen“ wollen, kritisiert Schaper, der demgegenüber die Devise ausgibt: „Befreit Karl May!“ In seinen letzten Lebensjahren trat der schwerkranke Schriftsteller auf seinen Vortragsreisen als pazifistischer Visionär auf.

Dagmar Jestrzemski

Rüdiger Schaper: „Karl May. Untertan, Hochstapler, Übermensch“, Siedler Verlag, München 2011, geb., 239 Seiten, 19,99 Euro

Besonderer Kellerfund

Das Mittelalter steht in der Mark seit Monaten dank mehrerer Ausstellungen nicht nur bei Forschern hoch im Kurs. Nun haben Denkmalschützer eine offenbar aus dem Spätmittelalter stammende Holzfigur eines Bischofs gefunden – ein wertvolles Stück sakraler Kunst.

Die Kirchen der Prignitz haben eine lange Geschichte mit vielen Umgestaltungen hinter sich. Taufengel kamen aus der Mode, verschwanden aus den Kirchräumen, doch was jetzt im Karstädter Pfarrarchiv halb vergessen aus dem Keller geholt wurde, ist eine kleine Sensation. Die wiederaufgefundene Holzfigur eines Bischofs ist viel älter als bisherige Funde. Sie stammt vermutlich aus dem späten Mittelalter. Das schätzen Kunsthistoriker anhand des Faltenwurfs im Gewand des 70 Zentimeter hohen Standbildes. Ein altes Foto der unbekannten Figur brachte Denkmalschützer auf die Idee, beim

Mittelalterliche Holzfigur entdeckt

Pfarrer nachzufragen. Zwar weiß man weder, ob die Figur aus Karstadt stammt noch, wen sie darstellt, doch kunsthistorisch ist das Abbild schon deshalb von Wert, weil wenige solche Zeugnisse der Epoche aus der Region erhalten sind. Auch der Herstellungsort der Figur ist ein Rätsel. Nicht einmal die Holzart ist bekannt. Ein wissenschaftlicher Vergleich der Wachstumsringe im Holz mit Referenzproben des späten Mittelalters soll nun das Alter offenbaren.

Experten des Deutschen Archäologischen Instituts in Berlin werten den Fund weiter aus. Erst danach stellt sich vielleicht heraus, ob der sogenannte Bischof von Sükow einst zum Altar der Feldsteinkirche in Sükow nahe Perleberg gehörte. Für die Sükower, die die Renovierung ihrer Kirche zu finanzieren suchen, bringt die Figur zumindest Interesse an diesem Projekt. Sie kommt somit „zur rechten Zeit“, so ein Gemeindeglied. SV

Der erste Rheinbundfürst

Er war der erste Stein der nach dem Ausbruch der Befreiungskriege aus dem von Napoleon geschaffenen Rheinbund brach. Vorher war er – ähnlich Preußen – nur wider Willen Frankreichs Verbündeter gewesen. Ähnlich Friedrich Wilhelm III. im Nachbarland Preußen hatte auch er es nur dem Zaren zu verdanken, dass Bonaparte sich nicht sein Territorium unter den Nagel riss. Die Rede ist vom späteren ersten Großherzog von Mecklenburg(-Schwerin), Friedrich Franz I.

Friedrich Franz verdankte seine Herrschaft der Kinderlosigkeit seines Onkels Friedrich. Als dieser 1785 starb wurde mit dem am 10. Dezember 1756 in Schwerin geborenen Friedrich Franz der einzige Sohn seines bereits 1778 gestorbenen einzigen Bruders Ludwig sein Nachfolger. Ähnlich Friedrich Wilhelm III. versuchte auch Friedrich Franz, sich aus den napoleonischen Kriegen herauszuhalten, wobei der eine so erfolglos war wie der andere. Im Vierten Koalitionskrieg flohen preußische Truppen nach der Doppelniederlage von Jena und Auerstedt auf mecklenburgischen Boden und wurden dabei von den Franzosen verfolgt. Mecklenburg wurde Kriegsschauplatz. Nach Plünderung und Verwüstung zogen sich zwar die siegreichen Franzosen aus dem trotz aller Sympathien für die Alliierten neutralen Herzogtum zurück. Am 27. November 1806 erklärten sie jedoch, dass sie dessen Neutralität nicht mehr anerkennen, und marschierten noch am selben Tag aus Hamburg kommend in Friedrich Franz’ Terri-



Friedrich Franz I.

Bild: Archiv

torium ein. Am 8. Januar 1807 ging der Herzog ins dänische Exil. Erst nachdem Zar Alexander sich für den Erhalt des Herzogtums erfolgreich verwandt hatte, konnte Friedrich Franz wenige Tage nach dem Abschluss des Tilsiter Friedens als regierender Fürst in seine Residenzstadt wieder einziehen. Bonapartes Preis dafür war Friedrich Franz’ Beitritt zum Rheinbund.

In dessen Folge nahm Mecklenburg-Schwerin mit 1665 Mann und 49 Offizieren wie Preußen an Napoleons Russlandfeldzug teil. Nach dessen Scheitern wechselte Franz Friedrich die Seiten, zwar nach Preußen, aber noch vor den anderen Rheinbundstaaten und auch noch vor den anderen deutschen Großmacht Österreich. Am 14. März 1813 sagte er sich vom Rheinbund los und elf Tage später rief er zu den Waffen. Im Rahmen des Befreiungskrieges musste er zwar noch einmal seine Residenzstadt vor dem herannahenden Feind räumen, aber letztlich gehörte er zu den Siegern der Befreiungskriege. Zum Lohn wurde sein Herzogtum auf dem Wiener Kongress bei der Neuordnung Europas nach dem napoleonischen Joch zum Großherzogtum aufgewertet.

Bei allen Ähnlichkeiten zwischen Franz Friedrich und Friedrich Wilhelm III. gibt es doch einen pikanten Unterschied: War der Preuße ein Ausbund an Tugend, sah der ebenfalls verheiratete Mecklenburger es weniger streng mit der Sitte: Von vier Frauen bekam er fünf außereheliche Kinder, bevor er in Ludwigslust am 1. Februar 1837 für immer die Augen schloss. *M.R.*

Ohne Pomp und Zeremoniell

Friedrich II. zeigte sich bereits in jungen Jahren als volksnaher und arbeitssamer Monarch

Friedrich, der neue König, trat am 1. Juni 1740 nach der Huldigung der Stände auf den Balkon des Berliner Schlosses und zeigte sich eine halbe Stunde lang dem jubelnden Volk, das es noch nie erlebt hatte, dass ein Herrscher es so beachtete. Aus den Schlossfenstern regnete es Silbermünzen mit der Aufschrift „veritati et iustitiae“ (Für Wahrheit und Gerechtigkeit).

Nach dem harschen Soldatenkönig erwartete man einen charman-ten König, denn bis zum Vortage galt Friedrich trotz seiner zerrissenen Jugend noch als „prince char-mant“, der frei von Standesdünkel mit Menschen von Geist und Char-akter verkehrte. Aber der 28-Jähri-ge hatte sich auf mehr vorbereitet. Er war von raschem und sicherem Urteil. Doch anders als viele Schnelldenker arbeitete er intensiv und stetig. In seiner jugendfrohen Zeit als Regimentschef in Rupp-in, dann in Rheinsberg, „wühlte (er) sich in Staatsgeschichten, Dichtun-gen und in die europäischen Philo-sophien und Reformschriften hin-ein“, um es mit dem Historiker Gerd Heinrich zu sagen. Er verar-beitete dies in Wort und Schrift mit Blick auf sein künftiges Amt, so, wie er es 1752 auch seinem Nach-folger empfahl: „Politik ist die Kunst, ... stets den eigenen Inter-esen gemäß zu handeln. Dazu muss man seine Interessen kennen, und ... (dazu) ... bedarf es des Studiums, geistiger Sammlung und ange-strengten Fleißes.“ Denn: „Ein Staatsmann darf niemals sagen, ich habe nicht geglaubt, dass dieses und jenes geschehen könne. Sein Beruf verlangt, dass er alles vor-hersieht und auf alles gerüstet ist.“

Er hätte ein fröhliches Regiment führen können, es lockte ein Staatsschatz von mindestens 8,7 Millionen Talern (mehr als eine Jahreseinnahme). Damit hätte er leicht seine 272 242 Taler Schulden begleichen können – als notwendi-ge Kosten des Kronprinzen-Hofes und der Anwerbung von Soldaten.



Forderte von den Amtsträgern Effizienz und sparsame Haushaltsführung: Friedrich der Große auf Huldigungsreise

Bild: akg

Die Sekretäre und Minister seines Vaters hätte er durch seine Freunde ersetzen können. Nichts von dem geschah. Er war sofort „erster Die-ner seiner Untertanen“, wie er im „Antimachiavell“ kurz zuvor ge-schrieben hatte. Er behielt die er-fahrenen Mitarbeiter und stellte klar: „Ich sehe mein Interesse nur in dem, was zur Erleichterung des Loses meines Volkes und zu sei-nem Glück beitragen kann.“ Seine Schulden stotterte er über zehn Jahre aus seiner Privatschatulle ab.

Zum Regierungsantritt gab es statt Pomp einen Gottesdienst im Dom und eine Parade der Berliner Garnison. Vorher hatte er bereits die Tortur weitestgehend verboten und die Berufung von Geistesgrö-ßen wie dem Philosophen Christi-an Wolff und dem Mathematiker Pierre-Louis Moreau de Maupertu-is eingeleitet. Dann verfügte er die absolute Religionsfreiheit und

schaffte ein Departement für Kom-merz und Manufakturwesen im Generaldirektorium.

Vor den Huldigungsreisen in die Provinzen verbat er sich alles Zere-moniell in den Städten, durch die er reiste, und forderte von den

Vernünftiges Handeln
kennzeichnete schon
früh seine Regentschaft

Amtsträgern knappe Berichterstat-tung, schnelle Erledigung aller Ein-gänge, sorgsame Nachprüfung aller Bausachen und der zu regulieren-den Schadensfälle, Ausgleich der Kassenrückstände im Rahmen des jeweils eigenen Haushalts, keine Verschwendung der Steuergelder durch überflüssige Repräsentati-onen, Lob und Orden für die Tüch-

tigen, Tadel und Entlassung für die Faulen und Unredlichen. Nach Kö-nigsberg reiste er mit wenig Beglei-tung in drei Kutschen, trotz der Räuber in den Wäldern nur von ei-nigen Dragonern eskortiert. In sechs Tagen schaffte er um die 700 Kilometer bis Angerburg, wo er dann schon das achte Regiment be-sichtigte. Über Trakehnen ging es nach Königsberg, wo er drei Tage Stadt, Hafen und Zoll inspizierte, Roggen zur Ausfuhr frei gab, ein Truppenlager und das Große Wei-senhaus besuchte. Dann erst folg-ten die Huldigung der Stände, das Tafeln und ein Päckelzug der Stu-denten, denen Friedrich Weine „in größter Quantität“ spendierte. Ohne Zeremoniell reiste er frühmorg-ens ab und war nach 24 Tagen wieder zurück.

Schnellste Gangart, schnörkello-ses, vernünftiges Handeln kenn-zeichneten auch seine erste macht-

politische Tat im Herbst 1740: die Abgabe der Baronie Herstal, weil die Herstaler mit Gewalt vom be-nachbarten Fürstbischof von Lüt-tich regiert werden wollten. Fried-rich sandte 2000 Soldaten dorthin und nötigte den Bischof, ihm die Herrschaft für 240 000 Taler abzu-kaufen.

Vor dem Ersten Schlesischen Krieg hatte Friedrich Maria There-sia angeboten, ihr gegen die zu er-wartenden Gebietsansprüche an-derer Herrscher beizustehen, wenn sie die ihm aufgrund alter Erbver-träge zustehenden Gebiete Schle-siens abträte. Sie tat es nicht. Dar-aufhin marschierte Friedrich am 16. Dezember 1740 in Schlesien ein. Friedrichs „Rendezvous des Ruhms“, das Preußen neben Krieg und Verwüstung auch Schlesien und den Großmachtstatus ein-brachte, hatte begonnen.

Manfred Backerra

Ein Schloss im Schloss

»Unteres Fürstenquartier« im Neuen Palais nach Restaurierung wiedereröffnet

Das ist ein besonderer Mo-ment,“ sagte Samuel Witt-mer, Direktor der Abtei-lung Schlösser und Sammlungen der Stiftung Preußischer Schlö-ser und Gärten (SPSG) anlässlich der Vorstellung des restaurierten „Unteren Fürstenquartiers“, einer von zehn „Gästewohnungen“ im Neuen Palais Potsdam. Zu den wiederhergestellten Räumen ge-hört auch das einzigartige Tres-senzimmer. In Anwesenheit des Generaldirektors Hartmut Dor-gerloh hatten sich die Förderer des Projektes und zahlreiche Pressevertreter im Vorzimmer des „Unteren Fürstenquartiers“ ein-gefunden. Endlich konnten, nach-dem es vor fast 30 Jahren ge-schlossen wurde, am 18. Januar die Pforten zu einem „Juwel aus friderizianischer Zeit“, so Dorger-loh, wieder geöffnet werden. Zu-mindest für die Presse, denn die Öffentlichkeit bekommt die Kost-barkeiten erst ab dem 28. April zu sehen.

„Den Besuchern werden die Augen übergehen,“ schwärmte der Generaldirektor, und er hat recht. Was da schlicht als „Unte-res Fürstenquartier“ bezeichnet wird, erschlägt den Besucher bei-nahe an Pracht. Und das, obwohl das Mobiliar noch fehlt. Doch bis zur Eröffnung wird es fertig ein-gerichtet sein. Fast fünf Jahre wa-ren die Restauratoren damit be-fasst, die Räume wieder instand

zu setzen. Die Restaurierung ver-schlang 1,2 Millionen Euro, die zu einem Großteil aus Spenden der Mittelbrandenburgischen Sparkasse, der Ostdeutschen Sparkassenstiftung und des World Monuments Fund Europe (WMF) stamm-ten.

Als Fanfaro-nade, einer Art Paukenschlag, Machtdemon-stration der ungebroche-nen Stärke Preußens nach dem Sieben-jährigen Krieg, sollte das Neue Palais geschaf-fen werden. Des Königs letztes und g r ö ß t e s Schloss könne als ein „Grand Hotel für Für-sten“ angese-hen werden, so Dorgerloh. Es enthält sieben Doppel- und drei Einzelapparte-ments. Das „Untere Fürstenquar-tier“ besteht aus einem Vorzim-mer, dem Tressenzimmer, einem Konzertzimmer und dem Ovalen Kabinett. Hinzu kommen zur Hof-seite noch zwei Schlafzimmer und ein Schreibkabinett.

„In keinem anderen Schloss in Deutschland haben wir so einen Reichtum an verschieden gestal-teten Wandoberflächen,“ erläu-terte Wittmer. Eine Herausforde-rung für die Restauratoren war insofern auch das Tressenzim-

mern befallen, der Seidenstoff durch Lichteinwirkung fragil. Beinahe alle Bahnen mussten ab-genommen, aufwendig gereinigt, anschließend mit Baumwollge-webe gestützt und nach einem historischen Verfahren mit Kar-

toffelstärke wieder ange-klebt werden. Nadel und Fa-den hätten weiteren Schaden zugefügt. Acht Personen waren nötig, um eine Bahn wieder anzu-bringen.

Kostbar ist die Wandbe-spannung, da sie mit golde-nen Borten be-stickt ist. An-hand einer Rechnung für ein gleiches Zimmer im Schloss Char-lottenburg konnte man

die Kosten genau ermitteln: 14 000 Taler. Samuel Wittmer er-wähnte als Vergleich das Monats-gehalt eines Klavierstimmers am Hofe Friedrichs: ganze zwei Taler. Von den Textilausstattungen her ist somit das Tressenzimmer als das Kostbarste anzusehen. Und



Wieder in alter Pracht: Wandgemälde im Konzertzimmer

Bild: Friedrich

mer. Die Seidentapeten stammen noch aus der Zeit Friedrichs. An-hand der Signatur konnte man sie der Seidenmanufaktur Bau-douin aus Berlin zuweisen. Die hinter den 250 Jahre alten Stof-fen befindlichen Holzkonstruk-tionen waren stark mit Holzwür-

Treu zur Fahne in Krieg und Frieden

Generaladmiral Hermann Boehm diente in drei Marinen, doch Kadavergehorsam war ihm fremd

Nur die mühselige und kleinteilige Beschäftigung und Erforschung des Lebens und Wirkens des Einzelnen verspricht Gewinn für eigenes Handeln in schwierigen Situationen. Dies kann am Beispiel der Lebensgeschichte des Generadmirals Hermann Boehm, eines der höchsten militärischen Führer der Marine, nachvollzogen werden.

Hermann Boehm wurde am 18. Januar 1884 im oberschlesischen Rybnik geboren. Seine Familie gehörte dem schlesischen Bildungsbürgertum an. Nach dem Abitur trat er 1903 in die Kaiserliche Marine ein. Der Ausbildung zum Seeoffizier und verschiedenen Bordkommandos folgte ein Wechsel zur damals noch jungen Torpedowaffe. Im Ersten Weltkrieg stand er von Anfang bis Ende als Kommandant von Torpedobooteen im nahezu ununterbrochenen Kriegseinsatz. Neben zahlreichen kleineren Gefechten nahm er an der Skagerrakschlacht teil, im Januar 1917 hatte er ein schweres Gefecht mit englischen Kreuzern im Kanal. Das „lange Warten“ vieler seiner Kameraden auf den großen Schiffen auf die vorhergesagte Schlacht mit der britischen Flotte war ihm gänzlich fremd. Der Ausbruch der Meutereien auf einigen Schiffen der Hochseeflotte war daher für ihn unverständlich. Die stets daraus abgeleitete traumatische Belastung der kaiserlichen Seeoffiziere findet sich bei Boehm in keiner Weise.

Nach einem kurzen zivilen Zwischenspiel wurde Boehm 1920 reaktiviert. Er widmete sich dem Aufbau der Reichsmarine mit ganzer Kraft und diente der Weimarer Republik stets loyal. Die Beschränkungen des Versailler Vertrages empfand er als ungerecht, aber als gegeben und plante als Leiter der Flottenabteilung in Berlin die Operationen, die zur Verteidigung des Deutschen Reiches notwendig waren. Als „Chef des Stabes“ der Flotte entwickelte er den Einsatz der Flotte in selbständig operierenden Kampfgruppen – ein völlig neues Operationskonzept.

Den durch die nationalsozialistische Regierung ermöglichten Gewinn des Deutschen Reiches an militärischem und politischem Einfluss in Europa begrüßte er von ganzem Herzen. Einmischungen der NSDAP in die Kriegsmarine widersetzte er sich energisch, an der Verfolgung

der Juden beteiligte er sich weder in Wort, geschweige in der Tat. Gegen die Ereignisse während der sogenannten Reichskristallnacht protestierten er und andere hohe Marineoffiziere offiziell bei ihrem Oberbefehlshaber Großadmiral Erich Raeder.

gegenseitigen Vertrauens innerhalb der aktiven Flottenverbände. Daraus ergaben sich schweren Verluste im Zuge der Besetzung Norwegens.

Im Frühjahr 1940 wurde Boehm – völlig unerwartet – Marineoberbefehlshaber in Nor-

die militärische Laufbahn von Boehm. Dönitz entließ den einzigen Admiral, der im Bereich Seekriegsführung im Küstenvorfeld, Küstenverteidigung und Seetransport Erfahrung und Erfolg vorzuweisen hatte. Er empfand Boehm mit seinen heftigen

schichte in den Mittelpunkt der Darstellung stellte, sondern die Seekriegsgeschichte als Teil der Gesamtgeschichte betrachtete und hierbei politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche, technische und soziologische Einflüsse berücksichtigt sehen wollte.

Das Kriegsende und den Zusammenbruch des Deutschen Reiches erlebte Boehm als Flüchtling in der Nähe von Kiel in tiefer Verzweiflung, verstärkt durch den Tod seines jüngeren Sohnes, der als Leutnant in Kurland gefallen war. Die ersten Nachkriegsjahre waren auch für einen ehemaligen Generaladmiral wie für die allermeisten Deutschen ein schlichter Kampf ums Überleben. Die Normalisierung der Lebensverhältnisse erlaubte dann auch Boehm die Tätigkeit, die er für die kommenden Lebensjahre anstrebte: Beitragen zur wahrheitsgemäßen Darstellung der Geschichte. Dies begann mit einer eidesstattlichen Erklärung zur Verteidigung von Großadmiral Raeder im Nürnberger Prozess, die als Beweismaterial akzeptiert wurde. Zu Ereignissen, an denen er direkt oder als Miterlebender beteiligt war, hat er sich in verschiedenen Publikationen schriftlich geäußert. Mit den Ereignissen des 20. Juli 1944 und den Fragen von Hoch- und Landesverrat beschäftigte er sich in großer Tiefe und Eindringlichkeit. Die Verbrechen des Nationalsozialismus waren ihm eine schwere Belastung, niemals hat er sich an deren Beschönigung oder Relativierung beteiligt.

Den erneuten Aufbau einer deutschen Marine verfolgte er mit großer innerer Anteilnahme. Einfluss wird er über von ihm sehr geschätzte Kameraden wie Admiral Walter Gladisch und Admiral Conrad Patzig genommen haben. Die junge Bundesmarine ehrte ihn in vielfältiger Weise. Boehm starb am 11. April 1972. Der damalige Flottenchef, Vizeadmiral Paul Hartwig, legte anlässlich der Trauerfeier in Kiel den offiziellen Kranz des Bundesministers der Verteidigung nieder und hielt eine ehrende Gedenkansprache.

Eberhard Kliem

Der Autor dieses Beitrags ist Verfasser des Buches „Generaladmiral Hermann Boehm. Ein deutscher Marineoffizier im 20. Jahrhundert“, Florian Isensee, Oldenburg 2011, gebunden, 376 Seiten, 29,80 Euro.



Diente stets loyal: Admiral Hermann Boehm (mi.) auf Auslandsbesuch im Jahre 1938

Bild: Privat

Die Gegnerschaft zu England und den Ausbruch des Krieges 1939 sah er im Gegensatz zur Seekriegsleitung in Berlin realistisch voraus. Mehrfach wies er Oberbefehlshaber Raeder auf die drohende Kriegsgefahr hin. Als Flottenchef ab Herbst 1938 wusste er nur zu genau, dass die Flotte im Kampf gegen die alliierten Marinen ohne Chance war. Doch war es für ihn selbstverständlich, nach Ausbruch des Krieges mit aller Entschlossenheit seine Pflicht zu tun. Völlig unterschiedliche Vorstellungen über die Führung des Seekrieges, fehlerhafte Organisation und menschliche Unverträglichkeiten führten zur Ablösung von Boehm als Flottenchef nur zwei Monate nach Kriegsbeginn. Seine Ablösung zog den Wechsel weiterer Befehlshaber und Kommandeure nach sich und führte zum weitgehenden Verlust der im Frieden eingeübten operativen Verfahren und Fähigkeiten sowie des

wegen. Bestimmend für diesen Zeitabschnitt bis 1943 waren die militärischen Aufgaben, aber schwerer wogen die Auseinandersetzungen mit Reichskommissar Josef Terboven, dem Statthalter Adolf Hitlers in Norwegen. Wollte Boehm von Anfang an zu einem erträglichen Ausgleich mit der norwegischen Nation unter Gewährung größtmöglicher Selbständigkeit kommen, so strebte Terboven die Errichtung eines Protektorates mit allen bekannten Unterdrückungsmaßnahmen der NSDAP an. Eine derartige Konstellation führte schließlich Ende 1942 zu einer offiziellen schriftlichen Beschwerde Boehms bei Hitler über den Reichskommissar. Hitler gab Boehm zwar in der Sache Recht, aber an den politischen Gegebenheiten änderte sich nichts.

Mit der Übernahme der Position des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine durch Großadmiral Karl Dönitz endete im Mai 1943

Auseinandersetzungen mit der NSDAP als Belastung für seine geplante Annäherung an Hitler und die Partei.

Im Sommer 1943 stellte Boehm – nun pensionierter Offizier – einen Aufnahmeantrag in die NSDAP. Nach den Erfahrungen, die er insbesondere in Norwegen mit deren Führern gemacht hatte, bleibt dieser Schritt unverständlich. Unklar sind die Umstände seines Eintrittes. Erst Hitler selbst genehmigte schließlich die Aufnahme. Denkbare ist, dass Boehm nach der Beendigung seiner militärischen Laufbahn nun durch den Parteieintritt einen Beitrag zum Überlebenskampf der Nation – so wie er die Situation sah – leisten wollte. Im Frühjahr 1944 wurde Boehm reaktiviert, um als Seekriegslehrer an der Marineakademie in Bad Homburg zu unterrichten. Er entwickelte neue gedankliche Ansatzpunkte, da er nicht wie früher die reine Operationsge-

Preußen als Heimstatt des Fortschritts

Brandenburg-Preußen Museum zeigt Sonderausstellung »Friedrich der Große als praktischer Aufklärer«

Am 22. Januar 2012 eröffnete im Brandenburg-Preußen Museum in Wustrau die Sonderausstellung „Friedrich der Große als praktischer Aufklärer“. Den Ausstellungsmachern ist es gelungen, einige wertvolle Originalexponate nach Wustrau zu bringen. So ist der von Friedrich dem Großen abgeschlossene Freundschaftsvertrag zwischen Preußen und den USA und die Promotionserlaubnis aus des Königs Hand für die berühmte Quedlinburger Ärztin Dorothea Erxleben unter einer schweren Glasvitrine ausgestellt. Sie war die erste promovierte deutsche Ärztin überhaupt. Allein dieser Umstand zeigt, dass Preußen die Heimstatt des Fortschritts war. Erxleben wurde in den 1980er Jahren mit einer Briefmarke

durch die Deutsche Bundespost geehrt – ohne besonderen Hinweis auf Preußen.

Die Stirnseite des Ausstellungsraums zielt eine Replik des Gemäldes „Friedrich inspiziert die Trockenlegung und Besiedlung von Rhinluch und Dossebruch 1779“ von Christian Frisch. Weitere Kopien zeigen ein Gemälde Friedrichs des Großen von Christoph Wetzel, des Malers für die Wiederherstellung der Kuppelgemälde in der Dresdner Frauenkirche, und ein Bild des Landrates Friedrichs des Großen von Wustrau, Sohn des legendären Husarenregiments, der eine Offizierskarriere ablehnte und statt dessen 41 Jahre als Landrat den Kreis Ruppiner führte. Auf einer Schautafel ist ein Vergleich der Grund- und Menschenrechte in Preußen und

der Bundesrepublik Deutschland zu sehen. Eine ernüchternde Bilanz für die Kritiker Preußens, denn das Allgemeine Landrecht war ein ganz wichtiges Vorbild für das Grundgesetz, auch wenn das

Preußens Landrecht war Vorbild für das Grundgesetz

heute in Vergessenheit geraten ist. Ein anderes Thema der Ausstellung ist die Prüfungspflicht für Beamte in Preußen, die zeigt, wie der Staat damals über die Rechtfähigkeit seiner Staatsdiener wachte. Ein besonders wichtiges Thema der preußischen Aufklärung war die religiöse Toleranz in

Preußen. Sie war natürlich nicht mit einer „Laissez-faire“-Haltung unserer Tage vergleichbar. Damals ging es um die Zurückdrängung der Religion und ihres Einflusses auf die staatlichen Belange. Friedrich forderte die Abkehr von kirchlichen Dogmen und sah darin ein Gebot der menschlichen Vernunft. Ein wichtiges Thema ist auch der Einfluss Preußens auf die Entwicklung der USA, wofür exemplarisch der preußische Offizier und amerikanische General Friedrich Wilhelm von Steuben steht, der während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges als Reorganisator der Kontinentalarmee in die Geschichte eingegangen ist. Der deutsche Einfluss war damals wesentlich stärker als der englische. In der Mitte des Ausstellungsraumes sind zwei große

Büsten ausgestellt. Die eine zeigt den Philosophen und Mathematiker Christian Freiherr von Wolff. Der inzwischen etwas in Vergessenheit geratene Wolff war einer der wichtigsten Philosophen der Aufklärung zwischen Leibniz und Kant und zählt zu den bedeutendsten Vertretern des Naturrechts. Die andere Büste ist ein Abbild des Juristen Carl Gottlieb Svarez. Dieser war maßgeblicher Justizreformer und später auch Minister in Preußen.

Die Sonderausstellung, die bis zum 30. September zu sehen ist, wird durch eine Vortragsreihe ergänzt, deren Termine und Themen noch bekannt gegeben werden. Die Öffnungszeiten des Museums sind bis März von 10 bis 16 Uhr und ab April von 10 bis 18 Uhr.

Theo Maass

Preußenempfang in Berlin: Erinnerung an Glanz und Gloria

In der Agenda vieler Patrioten ist Mitte Januar als fester Termin der Neujahrsempfang der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg markiert. Traditionell steuern Preußens Freunde dann das zentral gelegene Hotel Hilton am Berliner Gendarmenmarkt an. Auch in diesem Jahr fanden wieder mehrere hundert in- und ausländische Gäste aus Wirtschaft, Politik, Diplomatie und Militär ihren Weg in die „Belle Epoque“ des Hauses. Ein Trupp uniformierter „Langer Kerls“ versetzte die Gäste schlagartig 300 Jahre zurück in die Epoche des „Großen Friedrich“ und ließ die Erinnerung an Preußens Glanz und Gloria aufkommen. Für die musikalische Umrahmung sorgte das Spandauer Blasorchester. Es erklangen Klassiker wie „Preußens Gloria“, „Märkische Heide“ und, zum Abschluss des offiziellen Teils der Veranstaltung, die Nationalhymne.

Zur Tradition gehört auch die Ansprache des Präsidenten der Preußischen Gesellschaft, Volker Tschapke, in der aus jeder Zeile wahrhaftiger Enthusiasmus für preußisch-friderizianisches Gedankengut sprach. Des Königs „preußische Idee“ zu bewahren sei das vorrangige Anliegen der Preußischen Gesellschaft. Von ihren Kolloquien, Foren und Podiumsdiskussionen solle eine „Initialzündung für eine geistige Erneuerung Deutschlands“ ausgehen. Und es sind die preußischen Tugenden, die Tschapke als Richtschnur aufs Tapet brachte. Damit spannte er den Bogen in die heutige Zeit, in der die Gesellschaft sich mit Werteverfall und zunehmender Orientierungslosigkeit konfrontiert sieht. Gekonnt führte er den Beweis, wie brandaktuell die Ideale des Preudentums gerade heutzutage seien. „Wir erleben Stagnation und Auflösung in allen Bereichen“, so Tschapke. Damit brachte er in der Zuhörerschaft die Wahrnehmung derzeitiger Politik auf den Punkt: „Es gibt kein Vertrauen in die Seriosität politischer Entscheidungen und es ist keine politische Kraft auszumachen, die die Entwicklung aufhält.“ Mit dieser Aussage skizzierte er treffend die Malaise, die hierzulande Raum gegriffen hat. Konkret nahm er die globale Schuldenkrise und das durch sie ausgelöste allgegenwärtige Bedrohungsszenario für die Völker Europas ins Visier. Mit Nachdruck setzt er die über Jahrhunderte bewährten preußischen Tugenden Sparsamkeit und Genügsamkeit dagegen. Eindringlich warnt er vor den fatalen Folgen, wenn diese weiterhin außer Acht gelassen würden.

Als Ehrengast und Festredner begrüßte Tschapke den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Hellmut Königshaus (FDP). Dieser bekannte sich in seiner Rede uneingeschränkt zu den preußischen Tugenden. So führte er aus, Gehorsam und Pflichterfüllung seien einst die Eckpfeiler der preußischen Armee gewesen und hätten auch für die Bundeswehr zu gelten.

Der Neujahrsempfang der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg hat sich im Laufe der Jahre zu einem traditionellen Treffen all jener entwickelt, für die preußische Ideale nach wie vor einen hohen Stellenwert haben. Sie nutzen diese Gelegenheit, sich zu informieren, Gleichgesinnte zu treffen, Freundschaften aufzufrischen und sich auszutauschen.

Michael Johnschwager

Das Volk muss dem Bundespräsidenten vertrauen können, doch das ist jetzt nicht mehr der Fall

Zu: „Monarchie den Vorzug geben“ und „Scharfer Ton“ (Nr. 2)

Ich habe das große Foto im Mittelpunkt der Leserbriefseite mit großem Wohlgefallen betrachtet. Es besteht meiner Meinung nach eine auffallende Ähnlichkeit zwischen unserem Kaiser Wilhelm II. und seinem Ururenkel Prinz Georg Friedrich von Preußen, wie denn auch anders, es ist das unverwechselbare kühn-optimistische Hohenzollerngesicht.

Dieses Foto strahlt Kreativität und Beständigkeit aus, wie sie in der heutigen unbeständigen und unsicheren Zeit dringend ge-

Gender pur

Zu: „Wenn Anna und Katharina Thalbach Fritz spielen“ (Nr. 2)

Man stelle sich einmal vor, es hätte damals nicht Fridericus Rex oder Friedrich II. geheißen, sondern Friderica regina oder Fritz! Zwo! Was wäre Europa und die Welt um so vieles besser geworden!

Bei dem Film über Friedrich II. auf Arte habe ich immer zwischen ARD und Arte gezappt. Ich habe immer gehofft, Arte würde besser. Denkste! Gender mainstreaming lässt grüßen.

Ingrid Tillmann, Edertal

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

braucht wird. Bei dem Riesenberg von Problemen, der sich angehäuft hat (ich nenne nur die Euro- und Finanzkrise, unsere weltpolitische Lage sowie die Einwanderungs- und Migrationsproblematik), brauchen wir in Deutschland Politiker, die in jeder Hinsicht untadelig und moralisch sauber sind, Persönlichkeiten, zu denen das Volk Vertrauen hat. Das betrifft auch und vor allem das Staatsoberhaupt, in einer Demokratie eben den Staatspräsidenten. Wenn aber das Vertrauen beschädigt ist, steht es um das Ansehen des vom Präsidenten in der Welt repräsentierten Landes auch nicht mehr gut.

Ich beneide in dieser Hinsicht die Briten. Die britische Monarchie verkörpert meiner Ansicht nach, bei allen Problemen, die es auch in Großbritannien gibt, Kontinuität und Beständigkeit, die Mehrheit der Briten steht hinter ihr. Ein besonderes Phänomen, das einmalig ist, ist die Queen Elisabeth II. In ihrer bisher 60-jährigen Herrschaft verlor Britannien zwar fast alle Kolonien, aber es ist den Briten gelungen, das ehemalige britische Weltreich in das britische Commonwealth of Nations umzuwandeln, und die Königin ist immer noch Staatsoberhaupt von über 50 Ländern der Welt. Was

wäre wohl gewesen, wenn die Deutschen 1918 ihrem Kaiser die Treue gehalten hätten und nicht nach russischem Beispiel die Monarchie und damit das Land ins Chaos gestürzt hätten? Ich denke, die Weltgeschichte wäre anders verlaufen. Ich hege große Sympathie für die deutsche Monarchie, ähnlich der britischen, und kann mir ein demokratisches Deutschland mit einem Kaiser als höchstem Repräsentanten gut vorstellen. Das Volk sehnt sich nach Ordnung, Beständigkeit, Würde und nationalem Stolz, ohne gleich von weltanschaulichen Spinnern verteuftelt und beleidigt zu wer-

den. Deutschland hat ein gesundes, starkes Herz, es muss sich nicht vor allen Chargen verbiegen. Ich beklage auch die verhängnisvolle Fehlentwicklung der deutsch-britischen Beziehungen im 20. Jahrhundert bis 1945, denn Deutsche und Briten verfügen nicht nur über gemeinsame Wurzeln, sie sind auch eng miteinander verwandt und haben mehr gemeinsam, als angenommen wird.

Zur Berichterstattung der PAZ kann ich nur sagen: „Weiter so!“ Ich freue mich auf jede neue Ausgabe der Zeitung und lese alle Beiträge. Die PAZ nimmt meiner Meinung nach kein Blatt vor den

Mund und wird ihrem Anspruch gerecht, unabhängig zu sein, sie ist keine Parteizeitung und bedient keine spezielle Klientel, etwa „Wes’ Brot ich eß, des’ Lied ich sing“. Sie lässt sich eben keinen „political correctness“-Maulkorb verpassen.

Die PAZ ist meiner Meinung nach eine Zeitung für alle, denen Preußen am Herzen liegt, als ein Stück Heimat für die Erlebnisgeneration der Ost- und Westpreußen, aber auch für alle anderen, die sich für Preußen interessieren. Weiter so, nicht irremachen lassen, wir sind viele.**Bernhard Ax, Halle-Neustadt**

Politiker sind schuld, nicht die PAZ

Zu: Leserbrief „Scharfer Ton, einheitliche Ausrichtung“ (Nr. 2)

Der Leserbrief veranlasst mich zu einer Antwort. Ich möchte mich nicht zu den Dingen äußern, in denen ich dem Leser beipflichte, sondern Widerspruch üben. Der Leserbriefschreiber bemängelt eine allgemein negative Grundhaltung in der politischen Berichterstattung der PAZ und gibt zu verstehen, dass er die Kritik an CDU/FDP nicht nachvollziehen kann, weil diese beiden Parteien doch angeblich der PAZ beziehungsweise dem Anliegen der Vertriebenen beziehungsweise des Bundes der Vertriebenen (BdV) so nahe stehen. (Seit wann stehen Parteien einer unabhängigen Zeitung nahe? Ich dachte, das gilt nur für die Beziehung der SPD zur „Westfälischen Allgemeinen“.)

Nun, von Nahestehen kann wohl nicht die Rede sein, wenn man sich

den Umgang mit dem BdV und Frau Steinbach in Erinnerung ruft. Das war wohl einmal. Die politische Klasse ist bis auf wenige Ausnahmen so schlecht, dass nicht anderes als Kritik übrigbleibt. Die „Wahl des kleineren Übels“ und Rücksichtnahme kann nicht der Maßstab für eine unabhängige und von guten Journalisten gemachte Zeitung sein. Solange Politiker „wie die Deppen“ agieren, muss das auch so ausgedrückt und kritisiert werden dürfen. Schließlich gibt es Pressefreiheit.

Die PAZ will mit Sicherheit nicht den Zeitgeist der Weimarer Republik „herbeischreiben“. Wie sollte das auch möglich sein? Kritiklose Berichterstattung zu den Vorgängen in unserem Land gibt es in den „sozialistischen Einheitsmedien“ schon genug. Da lobe ich mir die PAZ als Kontrast- und Ausgleichsprogramm. Weiter so!

Martin Wuschke, Meine

Die PAZ durchschaut die hohlen Phrasen

Zu: Leserbrief „Scharfer Ton, einheitliche Ausrichtung“ (Nr. 2)

Der Leserbriefschreiber kritisiert, dass in der PAZ das Negative bezüglich Politik und Wirtschaft überwiegt. Als langjähriger Leser der Zeitung kann ich das nicht bestätigen. Das Herausstellen bestimmter Sachverhalte, die dem Leserbriefschreiber nicht gefallen, ist bei näherer Betrachtung ein parteipolitisches Anliegen, die vielen Irrwege der Politik der Regierungsparteien oder der „traditionellen Volksparteien“ zu akzeptieren.

Die Feststellung am Schluss des Leserbriefes, dass die Regierungsparteien der Leserschaft der PAZ weit näher stehen als alle anderen Parteien zusammen, sagt nichts darüber aus, wie sie sich in der Realität gegenüber den Anlie-

gen der Heimatvertriebenen verhalten.

So schenken Sie besonders den deutschen Zwangsarbeiterinnen keinerlei Beachtung. Diese Politiker trauen sich nicht, von den Staaten Entschädigung zu verlangen, die für den diesbezüglichen Bruch des Völkerrechts verantwortlich sind. Sie benutzen dazu auch das stalinistische Ideologieargument, es sei „eine Folge des Krieges“.

Petitionen mit dem Inhalt, die Vertriebungsverbrechen an 15 Millionen Deutschen vor die Uno oder ein Menschenrechtsgericht zu bringen, wurden von den „traditionellen Volksparteien“ mit der anmaßenden Begründung abgelehnt, es bestünden keine Erfolgsaussichten. Und die BRD bemühe sich um Versöhnung.

Auch haben die gleichen Parteien, die mehrfach Regierungsver-

antwortung hatten, es bis gegenwärtig nicht geschafft, ein Zentrum gegen Vertreibung einschließlich wahrheitsgemäßer Dokumentation der Vertriebungsverbrechen zu errichten.

Tschechiens ehemaliger Präsident Vaclav Havel nannte die Vertreibung der Sudetendeutschen ein Verbrechen. Bundespräsident Christian Wulff, dessen Partei den PAZ-Lesern angeblich nahe steht, hat diese Feststellung Havels lediglich im Zuge der Trauerfeierlichkeiten des verstorbenen Präsidenten erwähnt, ist aber selbst zu ähnlichen Feststellungen und Folgerungen im Interesse der deutschen Vertriebenen nicht fähig.

Eine einheitliche „Ausrichtung“ und ein „scharfer Ton“ sind in der PAZ nicht erkennbar. Eher ist Gegenteiliges der Fall.

Siegfried Neckritz, Osnabrück

Als mein Zuhause zur Hölle auf Erden wurde

Zu: Bombardierung von Königsberg

Ich war damals 13 Jahre alt. Durch Gottes Fügung fuhren wir am Dienstag, 29. August 1944, abends mit Fahrrädern nach Juditten in unseren Schrebergarten zum Übernachten. Hier, sieben Kilometer von unserer Stadt entfernt, wurden wir nach Mitternacht am 30. August aus dem Schlaf gerissen und sahen auch bald den roten feurigen Himmel über unserer Innenstadt, die lodernd in Flammen aufging. Vater musste uns das am Nachmittag bestätigen. Die Hölle.

In dem dünnen Buch von Gerfried Horst und dem wahrheitssuchenden Russen Prof. J. Kusmezara lese ich, wie meine Geburtsstadt von dem westlichen Feind und Verbündeten Stalins zerstört wurde. Frauen und Kinder verbrannten.

Aber was kam dann – die Sowjets – und dann die Hölle in Königsberg Ostpreußen vom 8. April 1945.

Ich war dabei als am Sonntag, 8. April 1945, hereinströmende Sowjetsoldaten in den Keller kamen. Ich saß im Durchgangskeller mit Mutter und zwei Schwestern auf der Bank und ein Sowjetsoldat machte mir Zeichen mitzukommen. Ich hielt mich an Mutters Arm fest und schon ging die Hand zur Pistole. Doch ein Engel in Form eines Sowjet-Offiziers höheren Ranges kam in dem Moment durch den Keller, blieb auch länger und der Sowjetsoldat war fort.

Leider gab es nur sehr wenige von diesen schützenden Offizieren in der Sowjetarmee. Lew Kopelew und Solschenizyn gehören dazu. Nachts begann die Hölle für die Frauen.

Dann mussten wir raus, raus nur zur Kommandantur, alles hier lassen. So war der Sowjetbefehl am 9. April früh. Wir waren als Großfamilie mit Oma und Opa, Tante und Kindern mit Mutter elf Personen. Gott sei es gedankt, heute noch. Wir blieben alle zusammen. Abends in ein Siedlungshaus einquartiert, alle elf, und wieder war die Nacht die Hölle für die Frauen.

Nach ein paar Tagen kehrten wir elf zurück zum Begleitler Weg. Das Haus von Oma und Opa Nr. 5 bis 7 war mutwillig angesteckt. Im Nebenhaus quartierten wir uns ein. Nun erfahren wir: Die Stadt Königsberg sei den Soldaten frei gegeben worden.

Wahrheit führt zur Versöhnung und Recht und Miteinander zum wahren Frieden. Ich kämpfe dafür.

Gerhard Thal, Ulm

Habe mit anderen Wissenschaftlern Atomendmülllager entwickelt

Zu: „Last trägt der Steuerzahler“ (Nr. 2)

55 Jahre nach Inbetriebnahme des ersten Kernkraftwerkes im nordwestenglischen Calder Hall gibt es weltweit noch immer kein Endlager für hoch radioaktive, Wärme entwickelnde Abfälle zum Beispiel aus ausgedienten Brennelementen. Favorisiert wird hierfür international vornehmlich aus Gründen der Sicherheit und Akzeptanz das Konzept der Endlagerung in tiefen geologischen Formationen der kontinentalen Erdkruste. Zurzeit werden hoch radioaktive Abfälle auf der Erdoberfläche auf eine Glasschmelze gebunden in Edelstahlbehältern zwischengelagert. Die Tiefe eines Endlagers ist von seinem Standort und vom umgebenden Wirtsgestein (Salz, Ton, Granit) abhängig. Die Mindestüberdeckung eines einzurichtenden Endlagers sollte nach der KoSice-Resolution des Jahres 2007 (internationale Konferenz-Vereinbarung) aus Sicherheitsgründen 1000 Meter sein.

Die deutsche Ethikkommission empfiehlt, dass hoch radioaktive, Wärme entwickelnde Abfälle bei höchsten Sicherheitsanforderungen auf rückholbare Weise gelagert werden sollten, und zwar in Deutschland, wenn sie hier entstanden sind.

Mit der Rückholbarkeit der Abfälle aus den Endlagern wird nicht nur dem Sicherheitsgedanken Rechnung getragen, sondern auch die Möglichkeit geschaffen, durch noch zu erforschende Techniken die Zeit zum weitgehenden Abklingen der Radioaktivität der Abfälle von 100 000 Jahren auf wenige tausend Jahre und außerdem ihre Menge zu reduzieren. Hierfür sind Verfahren zu entwickeln, den radioaktiven Müll chemisch in seine unterschiedlichen Elemente und Verbindungen zu zerlegen beziehungsweise radioaktive Stoffe mit Neutronen zu beschießen, um die Halbwertszeit zu verringern. Im Übrigen sind die Verursacher von Abfällen auch für deren Beseitigung verantwortlich.

Als Vorsitzender der Wissenschaftsstiftung Deutsch-Tschechisches Institut (WSDTI) habe ich zusammen mit Professor D.P.F. Möller von der Universität Hamburg und in Abstimmung mit den Professoren F. Sekula und T. Lazar aus der Slowakei sowie P. Stepanek aus Tschechien erst kürzlich eine Vorabstudie „Neue Wege in der Tiefe“ herausgegeben. Diese Vorabstudie ist die wissenschaftliche Grundlage für einen Forschungsantrag bei der EU in Brüssel. Sie beschreibt die Grundzüge einer Konstruktion eines für die unterirdische Abfallbeseitigung und gleichzeitig Energiegewinnung im Festgestein zum Beispiel Granit herzustellenden Kombi-Schachtes mit einem Außendurchmesser von 16 Metern und 2000 Metern Tiefe. Ab 1000 Meter Tiefe zweigen von diesem, mit einem Fahrstuhl versehenen Schacht in Etagen im Abstand von 50 Meter Horizontalbohrungen von je zirka 600 Meter Länge und 2,60 Meter Durchmesser für die rückholbare

Endlagerung von zirka 300 000 Kubikmeter hoch radioaktiver, Wärme entwickelnder Abfälle ab und außerdem bis in die Tiefe von 4000 Meter Vertikalbohrungen von 200 Milimeter Durchmesser für die Energiegewinnung (Stromerzeugung) aus Erdwärme, welche in dieser Tiefe mit einer Temperatur von rund 145 Grad Celsius anzutreffen ist.

Da die sogenannte Wasserwegsamkeit im Untergrund besonders im kristallinen Gestein nicht ausgeschlossen werden kann, müssen die hierin vorhandenen Risse und Klüfte trotz hoher Wasserdrücke geschlossen werden. Dieses geschieht durch eine für die Praxisreife noch weiter zu entwickelnde Schmelzbohrtechnik, bei der unter hohem Wasserdampfdruck das an den Bohrlochrändern über eine Wasserstoff-Sauerstoff-Flamme zu schmelzende Gestein wasserdicht in die Risse und Klüfte gedrückt wird.

Eine im Juli 2011 von der EU veröffentlichte Richtlinie ver-

pflichtet alle 14 EU-Länder, die derzeit die Nuklearenergie nutzen, spätestens bis zum Jahre 2015 konkrete Pläne für die Entsorgung von Atommüll vorzulegen. Ist dieser Termin einzuhalten?

Die Zeiträume für die Erforschung der von der WSDTI für ein Endlagerauswahlverfahren vorgeschlagenen Endlagerkonstruktion betragen für eine im Jahre 2012 mit Unterstützung des Bundeswirtschaftsministeriums zu beginnende Machbarkeitsstudie zunächst rund drei Jahre und für die mit Mitteln der EU zu finanzierende praxisreife Forschung zusätzlich noch mindestens 15 Jahre. Die Baukosten des vorgeschlagenen, im Granit herzustellenden Kombi-Schachtes erfordern etwa 6,2 Milliarden Euro einschließlich der Kosten der Kokillen (Endlagerbehälter) von zwei Metern Durchmesser und deren Einbau sowie der Kosten der Anlagen der Energiegewinnung.

Dr. Rolf Bielecki, Jesteburg

Ludergeruch

Zu: „Meine meme tekell“ (Nr. 2)

Der höchste Repräsentant dieses Staatswesens und zugleich einer der prominentesten Politiker der Merkel-Partei erlebt gerade sein Menetekel: Gewogen und zu leicht befunden, gerät er zum Biedermann von der traurigen Gestalt im rheinischen Karneval.

Wenn schon der Häuptling der Politiklasse moralisch ein Leichtgewicht ist, was sind dann die anderen Chargen des Schmierentheaters wert? Da drängt sich die bekannte Metapher von dem Schuss Pulver auf. In ihrer Gier nach Macht und Mammon taumelt die Truppe von einer Affäre zum nächsten Skandal. Die Akteure wandeln einher im Schafspelz, inwendig aber sind sie reißende Wölfe.

Von dieser Demokratie steigt ein Ludergeruch auf, der dem grassierenden Wort von der Ochlokratie reiche Nahrung gibt. Umso vorbildlicher erscheint da das kaiserliche Deutschland und erst recht das alte Preußen. **Alfred Frerk, Geldern**

MELDUNGEN

Exporterfolg mit gelber Bergziege

Wilna/Königsberg/Minsk – Für internationale Schmugglerringe wird Litauen immer mehr zu einem der Tore in die Europäische Union. Im vergangenen Jahr hat der litauische Zoll vor allem an der Grenze zum Königsberger Gebiet und Weißruthenien Schmuggelware im Schätzwert von 17 Millionen Euro sichergestellt. Am Werte gemessen handelte es sich bei über 90 Prozent der Ware um Zigaretten. Darüber hinaus wurden auch andere Drogen und gefälschte Markenprodukte geschmuggelt. Ein Großteil der konfiszierten Zigaretten stammt von der Baltischen Tabakfabrik in Königsberg, deren charakteristische Hausmarke „Jing Ling“ (gelbe Bergziege) ausschließlich für den illegalen Export hergestellt wird. Diese aufgrund ihrer durchgehend minderwertigen Ausgangsrohstoffe und des daher extrem hohen Quecksilberanteils gesundheitlich ruinöse Sorte zählt inzwischen zu den meistgerauchten Zigarettenmarken in der Bundesrepublik Deutschland, obwohl sie nirgends im legalen Handel zu kaufen ist.

T.W.W.

400 000 Rubel für Mord

Königsberg – In Königsberg wurde die bisher bei weitem höchste bekanntgewordene Summe für einen Auftragsmord im Königsberger Gebiet bezahlt. Wie die Königsberger Strafverfolgungsbehörden diesen Monat mitteilten, wurde für die Ermordung des Königsberger Geschäftsmannes Iwan Schewalje und seines Begleiters Alexander Mortgart im Mai letzten Jahres eine Summe von 400 000 Rubel (etwa 10 000 Euro) bezahlt. Morde sind innerhalb der russischen Unterwelt weit verbreitet und für westliche Vorstellungen ausgesprochen preiswert zu erhalten. Als Hintergrund der Bluttat nannte die Staatsanwaltschaft Auseinandersetzungen im Umfeld Schewaljes. Die in der Presse zu lesenden Mutmaßungen über eine idealistische Räubergruppe, die gezielt auf ranghohe Mafiosi Jagd mache und das dabei erbeutete Geld für wohltätige Zwecke spende, wiesen die Behörden als frei erfunden zurück.

T.W.W.

Mangelnde Hygiene

Königsberg – Wie die Grenzüberwachungsstelle des russischen Geheimdienstes FSB mitteilte, halten sich eine Reihe von Fischern des Königsberger Gebietes nicht an die staatlichen Hygienevorschriften. Die meisten der 48 Fischfangunternehmen des Gebietes würden bereits mit der Fischverarbeitung an Bord beginnen, hätten dafür jedoch nicht die erforderlichen hygienetechnischen Voraussetzungen. Unlängst wurde die Gesellschaft „Baltikfisch“ wegen derartiger Vergehen zu einer Strafzahlung von 200 000 Rubel (etwa 5000 Euro) verurteilt.

T.W.W.

Denkmalschutz zur Chefsache erklärt

Medwedjew besorgt über Zustand des deutschen Kulturerbes – Er will Privatisierungen zurücknehmen

Diskussionen über den Zustand und die Nutzbarkeit noch erhaltener deutscher Architekturdenkmäler finden in periodischen Abständen unter Königsberger Politikern statt. Erstmals hat sich nun ein russischer Präsident direkt eingemischt.

Eigentlich sind sich in Königsberg alle bewusst darüber, dass deutsches Kulturerbe erhaltenswert ist, nicht zuletzt, weil es sich für die Förderung des Tourismus in der Region nutzen ließe.

Vor kurzem wurde der Denkmalschutz im Königsberger Gebiet zur Chefsache erklärt, als auf höchster Ebene über die noch erhaltenen Bauten beraten wurde. Mit Dmitrij Medwedjew hatte erstmals ein russischer Präsident die Regionalregierung darauf aufmerksam gemacht. Das Staatsoberhaupt warf die Frage auf, die Privatisierung historischer Bauten, die zur Zeit nicht genutzt werden, auf den Prüfstand zu stellen. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf europäische Erfahrungen und meinte, es sei wichtig, die Gebäude nur in die Hände von solchen Eigentümern zu geben, die sich auch um ihren Erhalt kümmern, keine entstellenden Veränderungen an den Fassaden vornehmen und sich für den Erhalt ihres ursprüngliches Aussehen einsetzen. Medwedjew verwies auf die Praxis im Ausland, wo sich sehr viele Architekturdenkmäler in Privatbesitz befinden. Er sagte: „Diese Architekturdenkmäler müssen eine richtige Umgebung haben, in der sie zur Entwicklung der Region beitragen, neue Arbeitsplätze schaffen und den Tourismus ankurbeln“.

Bei einem Treffen mit Journalisten ging Medwedjew auf das Thema „deutsches Kulturerbe“ ein: „Das Königsberger Gebiet muss sich seiner Vergangenheit nicht schämen“. Er führte weiter aus, es sei in der Geschichte der Menschheit ein üblicher Fall, dass



Der private Eigentümer kann die Mittel zum Erhalt nicht aufbringen: „Sorgenkind Wrangelturn“

Bild: Jurij Tschernyschew

eine Stadt von einem Staat in einen anderen übergehe. So etwas komme vor. Dennoch müsse man die Kulturgegenstände aus vergangenen Epochen genauso erhalten wie die der gegenwärtigen. Medwedjew drückte sein Bedauern darüber aus, dass die Denkmäler der Vergangenheit immer mehr verfallen, umso mehr, als gerade sie eine Quelle des künftigen Tourismus in der Region sein könnten. Schon zuvor hatte der Präsident das Problem mit Gouverneur Nikolaj Zukanow erörtert und ihm vorgeschlagen, ein Programm zum Erhalt des Kulturerbes zu erarbeiten.

Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten. Auf einer der vergangenen Sitzungen der Regionalregierung wurde sogleich ein Konzept zur Nutzung von historischen Gebäuden verfasst, in dem es vor allem um die Gebäude der Stadtbefestigung geht. Schon jetzt ist

klar, dass für die Erhaltungsmaßnahmen Unsummen an Geld vonnöten sind. Will man beispielsweise das Fort Nr. 3 in den kom-

Gouverneur Zukanow setzt Ziele um

menden fünf Jahren in Ordnung bringen, bedürfe es einer Summe von 2,5 Millionen Euro. Für diese Summe will man auf dem Gelände des Forts Cafés, ein Hotel, einen Spielplatz, einen Campingplatz sowie Ausstellungssäle bauen. Damit die neuen Objekte auch gut besucht werden, sollen drei Touristenrouten ausgearbeitet werden, die die Forts der Stadt und die Burgen der Region miteinander verbinden.

Nikolaj Zukanow erinnerte an das Roßgärter Tor, in dem das Restaurant „Solnetschny kamen“

(Sonnenstein) und das Bernsteinmuseum neben dem Dohna-Turm untergebracht sind. Früher war das Tor in Privatbesitz übergeben worden gemäß einem Privatisierungsprogramm, das der damalige Präsident auf den Weg gebracht hatte. Jetzt besteht der Gouverneur darauf, dass es wieder verstaatlicht und dem Bernsteinmuseum übertragen wird.

Eine anderes ungelöstes Problem ist das Schicksal des Wrangelturms, der sich am Oberteich hinter dem Zentralen Markt der Stadt befindet. Der Wrangelturn wurde im Jahr 1859 zerstört. Er ist quasi eine Kopie des etwa einen halben Kilometer von ihm entfernten Dohna-Turms. Bis zum Zweiten Weltkrieg war hier ein Museum beheimatet. Der Pachtvertrag, der bis zum Jahr 2049 mit einer Privatfirma abgeschlossen wurde, die auf dem Gelände

ein Café und ein Antiquariat betreibt, soll jetzt gekündigt werden.

Nach Informationen der städtischen Denkmalschutzbehörde ist der Pächter jedoch seit zwei Jahren mit der Zahlung der Pacht im Rückstand. Außerdem soll der Pächter die notwendigen Maßnahmen zum Erhalt der Anlage nicht ausgeführt haben. Auf dem Dach des Forts wachsen immer mehr Sträucher hindurch, deren Wurzeln die Ziegel zerstören. Zwar hat der derzeitige Hausherr im Innern einige notdürftige Reparaturen vorgenommen, doch reichen diese bei weitem nicht aus. Der Denkmalschutz fordert, dass der Pächter auf eigene Kosten eine Dokumentation erstellen lassen und umfassende Restaurierungsarbeiten durchführen lassen soll. Weil er dem wohl nicht nachkommen wird, hofft der Gouverneur, den Pachtvertrag deshalb vorzeitig kündigen zu können.

Jurij Tschernyschew

Deutschkenntnisse als Garant für Erfolg

Immer mehr polnische Gymnasien bieten deutsche Sprachdiplome an – Allensteiner Gymnasien holen auf

Wie jedes Jahr hat die Tageszeitung „Rzeczpospolita“ ihre Rangliste der besten Lyzeen in Polen veröffentlicht. Die Hauptkriterien für diese Einordnung stellen die Abiturergebnisse in Grund- und Leistungskursen, die Zahl der Gewinner bei schulischen Fachwettbewerben sowie eine auswärtige Beurteilung durch die Hochschullehrer dar. Auch dieses Jahr siegte das von der Nikolaus-Copernicus-Universität wissenschaftlich geförderte Akademische Lyzeum in Thorn. Weitere Plätze belegten die Schulen aus Breslau, Stettin, Gdingen, Krakau, Warschau und Lodz. Die Allensteiner Lyzeen stiegen im Vergleich zum Vorjahr beträchtlich auf. Das beste von ihnen, das K.-I.-Galczynski-Lyzeum Nr. 2, wurde auf Platz 42, das Marie-Curie-Lyzeum Nr. 4 auf Platz 66. und das A.-Mickiewicz-Lyzeum Nr. 1 (im Ge-

bäude des früheren Kaiser-Wilhelm-Gymnasiums untergebracht) auf Platz 135 in dieser Reihenfolge klassifiziert. Wie das Ergebnis zeigt, gilt nach wie vor die altbewährte Weisheit, je wichtiger und wirtschaftsstärker eine Stadt, desto besser schneiden deren Schulen ab.

Das K.-I.-Galczynski-Lyzeum behauptete sich nun als eine führende Schuleinrichtung in Nordost-Polen. Sie bildet die künftigen Studierenden für die Hochschulen in Polen und Europa, darunter auch die deutschen aus. Dies ist zum Großteil dank einer seit mehreren Jahren erfolgreich funktionierenden Schulklasse mit erweitertem Deutschprogramm möglich. Die einzelnen Lehrgänge bekommen die Gelegenheit, das Zertifikat DSD (Deutsches Sprachdiplom) vor Ort abzulegen. Diese als C2 hoch eingestufte Sprachprüfung des Goe-

the-Instituts berechtigt zu einer Studienaufnahme in einem deutschsprachigen Land. Zu Beginn dieses Jahres wurde dort abermals eine DSD-Prüfung unter sachkundiger Aufsicht der Studienrätin Aniela Dec und eines extra aus Bonn angereisten Prüfers durchge-

Galczynski-Lyzeum belegte in der Rangliste Platz 42

führt. Die Zahl der Schüler mit exzellenten Deutschkenntnissen hat sich in Allenstein somit um neun weitere Personen vergrößert. Anfang Mai finden an Polens Mittelschulen Abiturprüfungen statt. Im Januar werden polenweit die traditionellen Abiturientenbälle mit großem Aufwand organisiert.

Das polnische Schulsystem unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von dem deutschen. Zwar erlangt man auch hier im Alter von 19 Jahren die Hochschulreife, vor diesem Zeitpunkt erfolgt das Lernen aber an ganz anderen Schultypen als in Deutschland. Die Einschulung eines Kindes erfolgt erst im siebten Lebensjahr. Die polnische Grundschule umfasst sechs Jahrgänge, wonach ein dreijähriges Gymnasium für alle Schulabgänger obligatorisch ist. Danach trennen sich die Wege der Schulabgänger, das heißt, man kann zwischen einer Berufsschule, einem dreijährigen Lyzeum oder einer Art Realschule wählen. Die Mehrzahl entscheidet sich für ein allgemeinbildendes Lyzeum, das man mit einer Abiturprüfung abschließen kann. Die meisten Abiturienten beginnen ihr Studium an einer staatlichen oder privaten Universität,

weil sie hoffen, durch ein Hochschuldiplom ihre Lebenschancen zu verbessern. Da sich die aktuelle Gesamtzahl der Studierenden in Polen auf etwa zwei Millionen beläuft, erleben viele jedoch eine Enttäuschung, wenn sie nach dem Studium keine geeignete und gut-bezahlte Arbeitsstelle in ihrem Heimatort finden können. Die einzige Möglichkeit für die begabten und zugleich karriereorientierten Jugendlichen aus dem südlichen Ostpreußen besteht darin, entweder in eine der polnischen Metropolen oder ins Ausland auszuwandern.

Diese Tendenz betrifft selbst die besten Schüler, die die renommiertesten Schulen in Allenstein absolvieren. Die Abiturienten mit Bestnoten entscheiden sich für einen zwar teuren, dafür aber zukunftsicheren Studienort wie Warschau oder Posen.

Grzegorz Supady



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

die Fischer von Alt Passarge haben einen reichen Fang eingebracht, wie Ihr aus unserem Extra-Beitrag erseht. Da aber Frau **Eichler** auch gefragt hatte, ob noch Fischer aus weiteren Orten am Frischen Haff vor über 100 Jahren ihre Heimatorte verließen, um einen anderen Hafen anzu- steuern, blieb zunächst diese Frage unbeantwortet – bis wir das Schreiben von Frau **Gertrud Gotthard** aus Hamburg erhielten. Auch ihre Familiengeschichte hat mit dem Frischen Haff zu tun, denn ihre Großeltern stammten aus Heide Maulen/Haffstrom. Diese Orte lagen allerdings an der Nordost-Spitze des Haffes, schon dicht vor Königsberg, und damit hat diese Geschichte auch nichts mit den Alt Passarger Fischern zu tun. Sie führt auch nicht an die Nordsee, sondern an die Ostseeküste Schleswig-Holsteins, nach Arnis. Diese kleinste Stadt der Bundesrepublik kennt man aus der ZDF-Serie „Der Landarzt“, dort heißt sie allerdings Dekelsen und ist für jede idyllische Szene gut. Als Frau Gotthards Großvater nach Arnis ging, hatten weder Fernsehen noch Tourismus diesen beschaulichen Fischerort an der Schleimündung entdeckt. Für ihn aber bot er Lohn und Brot – doch lassen wir Frau Gottschalk selber erzählen:

„Mein Großvater mütterlicherseits **Richard Grohnert** (*1868) und seine sieben Jahre jüngere Frau **Elisabeth** lebten bis 1907 in Heide-Maulen. Sie hatten bis dahin schon sieben Kinder, leider verstarben vier von ihnen schon sehr früh, darunter auch der einzige Sohn. Wahrscheinlich lag es an der wirtschaftlichen Lage, dass sich Richard Grohnert entschloss, mit einem 15 Jahre jüngeren Fischerfreund nach Arnis zu gehen. Ein Bekannter hatte dort einen Kutter mitfahren, sie verdienten so gut, dass sich nach zwei Jahren schon jeder ein Haus kaufen konnte. Mein Großvater hatte ein kleines Fischergehöft mit Vorder-

und Hinterhaus, Stall und Garten, und einem kleinen Stück Land mit Bootsteg erworben. Der Besitzer war verstorben und die Erben veräußerten es.“

Das war natürlich ein großer Glücksfall für den Fischer Grohnert, denn er konnte jetzt seine Familie nachholen. Mit Frau und den beiden jüngsten Töchtern – die älteste blieb bei einer Schwester der Großmutter, damit es diese beim Einleben in Arnis etwas leichter hatte – ging es an den neuen Wohnort an der Schlei. „Meine Großmutter hat zuerst sehr unter Heimweh gelitten“, berichtet Frau Gotthard weiter. „Aber 1910 wurde dann meine Mutter geboren und im Jahr darauf ging es zur Hochzeit ihrer Schwester zurück nach Heide Maulen“. Diese 14 Tage waren für



In der Elchniederung gefunden: Verschluss einer Maschine?

Großmutter Gottschalk die letzten in der Heimat, denn das Leben nahm sie hart in den Griff. Ihr Mann ertrank 1921 in der Schlei, er war nach einem Herzanfall über Bord gefallen und wurde erst einige Tage später an der Schleibrücke bei Lindauis gefunden. Nun fehlte der Ernährer, aber die Fischerfreunde halfen sehr viel, eine Tochter verdiente schon, das Hinterhaus wurde vermietet, Gartenfrüchte, Geflügel und natürlich Fisch trugen zur Ernährung bei. Nur zu einer Reise in die Heimat langte es wohl nicht mehr für die Witwe, die bereits mit 57 Jahren verstarb. Dafür ging 1926 ihre 16-jährige Tochter – Mutter von Frau Gotthard – zur Berufsausbildung nach Königsberg, heiratete dort und blieb auch mit ihren drei Töchtern in Ostpreußen – bis zur

Flucht. Die führte dann von Guttenfeld bei Königsberg aus nach Pillau, genau am 28. Januar vor 64 Jahren, aber sie ging nicht in das Ungewisse, wie bei den meisten Flüchtlingen, denn es gab ja Arnis. Dort an der Schlei wuchs dann auch ihre 1940 geborene Tochter Gertrud mit ihren Schwestern auf. Und so konnte sie jetzt mit ihrer eigenen Familiengeschichte das Thema „Fischer vom Frischen Haff“ bereichern und das dürfte nicht nur Frau Eichler interessieren.

Und jetzt zu den Fischern vom Kurischen Haff. In Sache „Keitelkahn“ hat sich einiges angebahnt, aber es ist noch zu früh, darüber zu sprechen, es ist ja eben kein leicht zu lösendes Problem, das **Aurelijus Armonavicius** aus Niden an uns herangetragen hat: Es

noch auf eine besondere Stelle in den Ausführungen von Frau **Schemmerling de Claret** eingehen, die jene Alt Passarger Fischer betrafen, die nach Hamburg oder Bremen zur Hochseefischerei gegangen waren. Darunter auch der Sohn des Schiffszimmers **August Kahlhorn**, der einzige, der von seinen vier Söhnen leben blieb, drei Brüder waren im Ersten Weltkrieg gefallen. Dieser Sohn – auch ein August Kahlhorn – wurde Seefischer in Finkenwerder und heiratete die Schwester der Brüder **Kinau**, beide bekannte Schriftsteller. **Johann** ging unter dem Pseudonym „Gorch Fock“ in die deutsche Literaturgeschichte ein, **Rudolf** Kinau bereicherte mit seinen plattdeutschen Geschichten die niederdeutsche Dichtung. Rudolf Kinau hat, wie ich nun aus dem Bericht erfuhr, in späteren Jahren der Heimat seines Schwagers einen Besuch abgestattet. Was er in Alt-Passarge erlebte, soll er literarisch behandelt haben – aber in welcher Geschichte? Ich kenne die Arbeiten von Rudolf Kinau sehr gut, habe einige Bücher von ihm, denn wir waren gut befreundet, seit wir 1936 gemeinsam in Wuppertal um den „Goldenen Spatz“, den damals einzigen niederdeutschen Literaturpreis, gekämpft hatten. Zusammen mit 30 anderen Schriftstellern aus plattdeutsch sprechenden Regionen – und natürlich gewann „Rudel“! Er hat mich einige Jahre später in Königsberg besucht und es muss jene Ostpreußenreise gewesen sein, auf der er in Alt-Passarge war. Es wäre schon interessant, diese Kinau-Geschichte zu finden. Wer kann einen Hinweis geben, wo und wann sie erschienen ist?

Problemloser ging dagegen die Suche nach dem Roman „Das Taubenhaus“ von Erminia von Olfers-Batocki über die Bühne, den wir für Herrn **Knut Walter Perkuhn** suchten. Und wieder konnte er einen umfassenden Erfolg melden: Eine Leserin, die wegen eines Umzugs ihren Hausstand reduzieren musste, überließ ihm ihr Exemplar des historischen Romans, indem auch die eigene Familiengeschichte der Schriftstellerin eine Rolle spielt. Da die Batockis wie auch der Onkel von Herrn Perkuhn zeitweilige Besitzer des Gutes Ratshof waren, interessierte ihn das Buch sehr. Nun hat er es und freut sich und dankt allen, die ihm ebenfalls hel-

fen wollten, auch mit Hinweisen, in welchen Antiquariaten man „Das Taubenhaus“ noch finden kann. Er ist gerne bereit, an Interessenten diese Adressen weiter zu geben. Übrigens hat er sofort ein zweites Exemplar bestellt – als passendes Geschenk zu einem runden Geburtstag. (Knut Walter Perkuhn, Bergstr. 25 in 29565 Wriedel/Brockhöfe, Telefon: 05829/1668)

Aber in unserer Familie wird nicht nur gesucht, sondern auch gefunden. Vor allem haben wir wache Augen, wenn wir in die Heimat reisen, denn es lassen sich immer wieder Spuren der deutschen Vergangenheit entdecken. So wurde auch Herr Dr. **Gert Kaiser** fündig, als er die Elchniederung bereiste. Er fand einen merkwürdigen Gegenstand aus Metall, der wie der Deckel einer verzierten Fahrradklingel aussieht, aber das ist nur eine Vermutung. Mir erscheint er dafür zu schwer und wuchtig, es könnte eher der Verschluss eines größeren Gerätes sein, vielleicht einer landwirtschaftlichen Maschine. Jedenfalls ist erkennbar, wo dieser Gegenstand produziert oder vertrieben wurde oder wer der Besitzer des dazu gehörenden Gerätes war: Carl Petschull – Gr. Friedrichsdorf Ostpr. Es muss vor dem Ersten Weltkrieg angefertigt worden sein, denn es zeigt einen gekrönten Adler mit einem Wappenschild. Ein interessanter Fund, der weit in die Vergangenheit zurückführt. (Dr. med. G. Kaiser, Karl-Engelhard-Str. 7 in 34286 Spannenberg)

Ein Rätsel aber haben wir nun gelöst, nämlich das der „kahlen Mäuse“! Nach diesem Rezept aus der Treuburger Gegend war gefragt worden, und eine Treuburgerin hat es tatsächlich gewusst: **Waltraut Schmidt** aus Hamburg erinnert sich gerne an dieses heimatische Gericht mit dem nicht sehr appetitlichen Namen, das aber geschmeckt hat, wenn ihre Mutter es auf den Abendbrottisch brachte. Es handelt sich, wie schon vermutet, um Klöße, oder auf gut ostpreußisch „Keilchen“. Und so hat Frau Schmidt das Re-

zept für uns aufgeschrieben: „Rohere, geriebene Kartoffeln durch ein Tuch drücken. Die feste Masse mit Salz, etwas Mehl und eventuell einem Ei verkneten und mit einem Teelöffel Klöße ausstechen, die man in kochender Milch ziehen lässt. Mit Salz und evtl. mit Zucker abschmecken. Dazu wurden Zwieback, Brötchen oder Schwarzbrot mit Butter gegessen“. So bekam Mutter **Spey** in Treuburg fünf hungrige Kindermäuler gestopft. Vielen Dank, liebe Frau Schmidt, für das uns unbekannte Rezept und auch für die lobenden Worte für „unsere wunderbare Heimatzeitung“.

Das flutscht runter – wie „kahle Mäuse“ durch die Kehle!

Aber ein neues Wort gibt Rätsel auf. Zwar bin ich recht gut in unserm Ostpreußen-Vokabular bewandert, aber dieses Wort kenne ich nicht: ponatschen! Eine Leserin aus Reutlingen fragt danach, denn sie hat es noch aus ihrer Kindheit in Erinnerung. Ihr Vater, der aus Schippenbeil bzw. Bartenstein stammte, hat es oft gebraucht, wenn seine Kinder dummes Zeug redeten oder alle durcheinander sprachen. Dann hieß es: „Ponatscht nicht“! Es muss also soviel wie „Quatscht nicht soviel, haltet den Mund!“ bedeuten. Es gibt dafür auch andere Ausdrücke in ostpreußischer Mundart wie „schabbern“ oder „babbeln“ und wenn es sehr lautstark zugeht, „braaschen“, unser Wortschatz ist da reich bestückt, aber ich kann nicht ähnlich klingende Bezeichnungen finden. Die Herkunft des Wortes, nach der die Leserin fragt, dürfte allerdings feststehen: Es hat mit Sicherheit prussische Wurzeln. Wer kennt das Wort noch aus der Heimat oder dem Sprachschatz der Eltern oder Großeltern?

Eure

Ruth Geede

Aufklärung über Alt Passarger Fischer in Büsum

Existenznot führte zur Abwanderung an die Nordseeküste – Am Frischen Haff erworbene Kenntnisse sicherten ihre Existenz

Es war nur eine kleine Frage, die Frau **Ute Eichler** aus Hamburg stellte, aber sie hatte eine erfreuliche Resonanz, die vor allem von der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil kam. Denn es handelte sich um die Fischer aus Alt Passarge, die vor dem Ersten Weltkrieg nach Büsum gingen, um sich dort eine Existenz aufzubauen. Frau Eichler war auf diesen Vorgang in einem in Büsum spielenden Roman von **Jürgen Bracker** „Hinter der Nebelwand“ gestoßen, in dem sich eine der Hauptgestalten als Fischertochter aus Ostpreußen entpuppte. Dass diese Umsiedlung vom Frischen Haff zur Nordseeküste tatsächlich stattgefunden hat, beweist das Nachwort, in dem erklärt wird, dass um 1910 nahezu die Hälfte aller Büsumer Kutter den zugezogenen Fischern aus Alt Passarge gehörte. Das Thema fesselte Frau Eichler so, dass sie uns fragte, ob wir mehr über diese Umsiedlungsaktion wüssten und ob auch andere Fischer aus anderen Orten am Frischen Haff daran beteiligt gewesen seien. Wir reichten die Frage an unsere Ostpreußische Familie weiter und siehe da: Wir könnten mit dem Material, das wir bekamen, mühe-

los diese ganze Seite füllen und wären dann noch nicht am Ende. Allein Frau **Heidrun Schemmerling de Claret** aus Bonndorf übersandte uns eine achtseitige Ausarbeitung, die sich hauptsächlich auf einen Vortrag von Herrn **Horst Neumann** aus Büsum bezieht, die dieser im November 2005 im Ostheim in Bad Pyrmont im Rahmen eines Seminars für Familienforschung der Kreisgemeinschaft

Kreisgemeinschaft Heiligenbeil half bei der Aufklärung

Heiligenbeil hielt. Er stützt sich auf eine Abhandlung von Prof. Jürgen Bracker, dem früheren Leiter des Museums für Hamburgische Geschichte, dem heutigen Hamburgmuseum, mit dem Titel „Ostpreußische Fischer in Büsum – ein Beitrag zur Industrialisierung der Fischerei vor 1914“. Auf diese und weitere Quellen – wie der 1981/2 erschienene Beitrag von **Emil Mallien** im Heimatblatt siehe da: Wir könnten mit dem Material, das wir bekamen, mühe-

ihren Ausführungen hin, denen wir vor allem die Anfangsgeschichte der systematischen Ansiedlung der Alt Passarger Fischer in Büsum entnehmen. Denn so begann es einmal vor nunmehr 124 Jahren:

Als erster Fischer aus Alt Passarge ließ sich 1888 **Gustav Rentel** in Büsum nieder. Er hatte während seiner Dienstzeit bei der Marine den Büsumer **Otto Haack** kennen gelernt, der ihn überredete, mit ihm nach Dithmarschen zu kommen. Der 22-Jährige folgte dem Freund, begann dort in der Fischerei tätig zu werden und baute in sieben Jahren eine eigene Existenz auf, sodass er heiraten konnte. Seine Braut **Wilhelmine Schott** holte er sich aus seiner Heimat. Sie war die Tochter eines erfahrenen Seemanns, der dem Schwiegersohn gerne bei dem Ausbau seiner Existenz half, aber einige Jahre später doch in die Heimat am Frischen Haff zurückkehrte. Dafür kamen dann **Carl Rentel**, ein Bruder von Gustav, und im Laufe der nächsten Jahre weitere Fischer aus Alt Passarge. Die Ursache für die Abwanderung war nicht allein im Nachlassen der Fischbestände im Frischen Haff zu su-

chen, sie erfolgte auch aufgrund des damals geltenden Fischereirechts, das nur die ältesten Söhne der Fischereiwirte ausüben durften, Es waren also existenzielle Gründe, die viele junge Männer aus Alt Passarge zwingen, ihren Heimatort zu verlassen. Dass einige von ihnen nach Büsum gingen, lag vor allem an Gustav Rentel, der dort Pionierarbeit in der Fischverarbeitung geleistet hatte. Schon 1895 hatte er einen Fisch- und Krabbenverand gegründet, zehn Jahre später entstand eine Krabbenkonservenfabrik, die sich zu einem ansehnlichen Betrieb entwickelte. Ältere Fischer folgten manchmal erst zögerlich, wenn sich Söhne oder andere Verwandte bereits etabliert hatten. Oder sie fischten saisonal, also von März bis November in der Nordsee, und kehrten den Winter über nach Alt Passarge zurück. Der Fischereiwirt **Karl Korn** segelte sogar mit seinem seetüchtig gemachten Keitelkahn mit der Familie sowie beweglichem Hab und Gut über die Ost- und Nordsee nach Büsum – und das mitten im kalten Winter! Am 17. Februar 1908 lief er mit vollen Segeln in den Büsumer Hafen ein.

Dass die Fischer aus Alt Passarge durch ihre in der Keitelfischerei auf dem Frischen Haff erworbenen Kenntnisse in der Büsumer Küstenfischerei gut verwerten konnten, sicherte ihnen den Aufbau einer Existenz. Zwar gab es anfangs Schwierigkeiten, denn die Büsumer Fischer fürchteten die Konkurrenz, aber sie erkannten bald die Impulse für die Entwicklung der Fischerei in dem Nord-

Einheimische fürchteten zunächst die Konkurrenz

seehafen, die von den ostpreußischen Fischern ausgingen. Diese hatten vor allem an der Motorisierung der Büsumer Fischerei nach der Jahrhundertwende einen entscheidenden Anteil. 1914 waren bereits zehn von 60 Kuttern im Besitz von Neubürgern. Auch nach dem Ersten Weltkrieg setzte sich die Zuwanderung fort: 1929 hatten 19 von insgesamt 89 Büsumer Kutterfahrzeugen einen aus Alt Passarge stammenden Eigner. Der größte Hochseekutter trug

den Namen „Ostpreußen“. Und noch einmal führte ein Zuwandererstrom vom Frischen Haff dazu, dass sich der ostpreußische Anteil in der Einwohnerzahl von Büsum erheblich erhöhte: 54 Vertriebene aus Alt Passarge führte der Fluchtweg zu den Verwandten oder Freunden an der Westküste Schleswig-Holsteins, das war fast ein Fünftel aller Einwohner des verlassenen Heimatdorfes am Frischen Haff. Den altpreußischen Namen kann man in dem schönen Nordseebad immer wieder begegnen, so in dem Firmenschild des Kaufmanns und Fischhändlers **Gerhard Rentel**, Urenkel jenes Gustav Rentel, mit dem diese Geschichte begann. Und die „Alt-Passarge-Straße“ soll an die maßgeblichen Impulse erinnern, die von den ostpreußischen Fischern bei der Entwicklung der Fischerei in Büsum und dem Ausbau des Büsumer Hafens ausgegangen sind. Es ist schon interessant, diesen Spuren nachzugehen. Wir danken der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil und vor allem der Kirchspielvertreterin von Grunau-Alt Passarge, Heidrun Schemmerling de Claret, für die Überlassung dieses umfangreichen Materials. R.G.



ZUM 107. GEBURTSTAG

Kiehl, Maria, geb. **Gryzan**, aus Karpen, Kreis Johannisburg, am 4. Februar

ZUM 105. GEBURTSTAG

Pallesdies, Martha, geb. **Tamoschus**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 30. Januar

ZUM 101. GEBURTSTAG

Muschmann, Meta, geb. **Petrick**, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, am 31. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Fallbach, August, aus Kleinheidenau, Kreis Ortelsburg, am 4. Februar
Fritz, Ernst, aus Ebenrode, am 5. Februar
Matthae, Lisbeth, geb. **Fuchs**, aus Kickwieden, Kreis Ebenrode, am 30. Januar
Weber, Eberhard, aus Königsberg, Markgrafenstraße 7, am 31. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bendzko, Ilse, geb. **Kullik**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 31. Januar
Hermann, Fritz, aus Seerappen, Kreis Samland, am 4. Februar
Klein, Waltraud, geb. **Galonska**, aus Großalbrechtstort, Kreis

Ortelsburg, am 31. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Hartwig, Gerda, geb. **Bernhard**, aus Kassuben, Kreis Ebenrode, am 1. Februar
Kaffka, Frida, aus Lyck, am 4. Februar
Rencken, Elisabeth, geb. **Bernot**, aus Urbansprind, Kreis Elchniederung, am 30. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Gurband, Irmgard, geb. **Posschl**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 4. Februar
Korff, Gertrud, geb. **Witt**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 31. Januar
Kroll, Hertha, geb. **Berlicke**, aus Ludwigsort, Kreis Heiligenbeil, am 5. Februar
Niden, Herbert, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 30. Januar
Riedelsberger, Lotte, geb. **Ernickkeit**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 5. Februar
Schön, Johanna, aus Pillau, Kreis Samland, am 31. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bohnhof, Charlotte, geb. **Sulimma**, aus Lyck, Soldauer Weg 11, am 1. Februar
Kirstein, Emma, geb. **Josun**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 1. Februar
Koch, Edeltraut, geb. **Brehm**,

aus Raineck, Kreis Ebenrode, am 30. Januar
Koss, Waltraut, geb. **Zacharias**, aus Walden, Kreis Lyck, am 30. Januar
Kowalewski, Emma, geb. **Piotrowski**, aus Lyck, am 2. Februar
Lange, Willy, aus Diedersdorf, Kreis Heiligenbeil, am 3. Februar
Lehmann, Ottilie, geb. **Witulski**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 31. Januar
Petrick, Wilhelm, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 31. Januar
Rehfeld, Ella, aus Elchniederung, am 1. Februar
Renken, Ursula, geb. **Perschke**, aus Warten, Kreis Elchniederung, am 30. Januar
Weimar, Christel, geb. **Bajohr**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 31. Januar
Ziegler, Ella, geb. **Saborowski**, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 3. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bauer, Irmgard, geb. **Egert**, aus Hornheim, Kreis Neidenburg, am 30. Januar
Bikowski, Richard, aus Bottau, Kreis Ortelsburg, am 5. Februar
Böhnke, Herbert, aus Hohenfürst, Kreis Heiligenbeil, am 31. Januar
Breede, Hilde, geb. **Hamann**, aus Pillau, Kreis Samland, am 31. Januar
Bürrig, Karl Heinz, aus Lyck, Steinstraße 11, am 1. Februar
Harnedy, Charlotte, geb. **Abrosat**, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 30. Januar
Hartmann, Hugo, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 30. Januar
Kamutzki, Charlotte, geb. **Drutsch/Grabowski**, aus Prostken, Hauptstraße 9, Kreis Lyck, und Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 4. Februar
Makossa, Marie, geb. **Hammerl**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 1. Februar
Rittweger, Helga, geb. **Mallek**, aus Neidenburg, am 30. Januar
Rose, Elsa, geb. **Bröker**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. Februar
Rosnowski, Edeltraut, geb. **Türmer**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 3. Februar
Schwandt, Melitta, aus Tuttschen, Kreis Ebenrode, am 4. Februar
Sodeikat, Irmgard, aus Haselgrund, Kreis Ebenrode, am 2. Februar
Stabbert, Hans, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 3. Februar
Stanko, Helene, geb. **Fröhljan**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 3. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bandilla, Brigitte, geb. **Hartwich**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 2. Februar
Behrendt, Hildegard, geb. **Danner**, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 4. Februar
Bielenberg, Margarete, geb. **Baumgart**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 5. Februar
Christochowitz, Hedwig, geb. **Schrage**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 1. Februar
Gryzik, Horst-Werner, aus Lyck, am 5. Februar
Hieronymus, Margarete, geb. **Kaminski**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 4. Februar

Höppner, Elfriede, geb. **Freudenreich**, aus Hanswalde, Kreis Heiligenbeil, am 31. Januar
Kloss, Waltraut, geb. **Schlimnath**, aus Upalten, Kreis Lötzen, am 31. Januar
Kolb, Elfriede, geb. **Stahl**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 1. Februar
Kram, Christel, geb. **Szech**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 31. Januar
Kuhr, Gerda, geb. **Kuhr**, aus Zinten, Kreis Heiligenbeil, am 5. Februar
Lehsmeier, Erika, geb. **Stiller**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 3. Februar
Marrek, Wilhelm, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 31. Januar
Mowwe, Anneliese, geb. **Piwko**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 31. Januar
Possekel, Irene, geb. **Eder**, aus Groß-Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 31. Januar
Puck, Alfred, aus Lyck, Falkstraße 1, am 5. Februar
Schneider, Anneliese, geb. **Rudnik**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 5. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Ansorge, Inge-Margaret, geb. **Mentel**, aus Lötzen, am 31. Januar
Bewernick, Erich, aus Rossen, Kreis Heiligenbeil, am 30. Januar
Brosell, Alfred, aus Großlauth, Kreis Ebenrode, am 5. Februar
Brückner, Irmgard, geb. **Szymanski**, aus Gallgarben, Kreis Samland, am 5. Februar
Czypolowski, Gertrud, geb. **Guddek**, aus Antonsdorf, Kreis Lötzen, am 30. Januar
Degen, Helga, geb. **Plonus**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 31. Januar
Diedrichs, Hilde, geb. **Hinz**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 4. Februar
Engelhardt, Horst, aus Ebenrode, am 1. Februar
Haase, Herta, geb. **Schmidt**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 5. Februar
Kallweit, Edith, geb. **Lehnert**, aus Torffelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 3. Februar
Knieschewski, Emma, geb. **Brzezinski**, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 3. Februar
Kubiczek, Ruth, geb. **Bank**, aus Ortelsburg, am 1. Februar
Lange, Brigitte, geb. **Albin**, aus Lyck, Bismarckstraße 55, am 4. Februar
Lill, Edith, geb. **Wengorz**, aus Weißhagen, Kreis Lyck, am 4. Februar
Lindner, Erika, geb. **Didszonat**, aus Gerdauen, Kreis Ortelsburg, am 1. Februar
Meyer, Lotte, geb. **Werner**, aus Klein Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 5. Februar
Prußas, Siegfried, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 5. Februar
Ritter, Anna, geb. **Grassat**, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 31. Januar
Roppel, Martha, aus Krassau, Kreis Lyck, am 3. Februar
Schliewe, Helmut, aus Stapornen, Kreis Samland, am 5. Februar
Schröder, Anneliese, geb. **Basner**, aus Schönwalde, Kreis Heiligenbeil, am 1. Februar
Steinbacher, Hildegard, geb. **Sommer**, aus Hansburg, Kreis Neidenburg, am 1. Februar
Thönniss, Anneliese, geb. **Gerull**, aus Neulinkuhnen, Kreis Elchniederung, am 30. Januar

Anzeige

95 Jahre wird am 2. Februar 2012 unsere Schwester

Else Leiner geb. Kramer aus Milken / Kreis Lötzen

Zu diesem Ehrentag gratulieren ganz herzlich und wünschen weiterhin Gesundheit und alles Gute

Irma, Gertrud und Ursel Kl. Aukens, 26434 Wangerland

Wagener, Dora, geb. **Rogge**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 31. Januar
Wittemöller, Annemarie, geb. **Radzik**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 4. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Becker, Helmut, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 3. Februar
Kurapkat, Alfred, aus Sinnhöfen, Kreis Ebenrode, am 4. Februar
Schlegel, Brunhilde, geb. **Ruch**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 31. Januar

Zink, Gisela, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 31. Januar



Dzienich, Wolfgang, aus Berlin, und Frau Irene, geb. **Kallisch**, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 3. Februar

Stickseminar im Ostheim

Das Ostheim bietet 2012 wieder ein Frühjahrs-Stickseminar in Bad Pyrmont an. Für alle Interessierten werden die Techniken Hardanger-, Hohlraum-, Ajour-, Weiß- und Schwarzsticken einschließlich Nadelspitzen von einer ausgebildeten Seminarleiterin zum Erlernen oder Vertiefen angeboten. Das Seminar (vier Tage) beginnt am Dienstag, dem 27. März, um 16 Uhr mit der Einführung und endet am Sonnabend, dem 27. März, nach dem Mittagessen (12 Uhr). Der Komplettpreis für dieses Seminar beträgt 236 Euro im Doppelzimmer, 260 Euro im Einzelzimmer und beinhaltet Vollpension und die Seminargebühr (ohne Material). Notwendige Materialien können zu dem Seminar bei der Seminarleiterin vor Ort erworben werden.

Die Jugendbildungs- und Tagungsstätte Ostheim liegt direkt in der Kurzone von Bad Pyrmont, wenige Minuten vom Kurpark und dem Schloss mit seinen wiedererrichteten Wehranlagen entfernt. Direkt gegenüber dem Haus befinden sich das Haltenwellen- und Freibad und ein öffentlicher, kostenloser Parkplatz. Die Zimmer haben fließend Wasser warm/kalt, teilweise Balkon. Die modernen Sanitäreinrichtungen befinden sich auf den Etagenfluren.



Die Anmeldeunterlagen bitte anfordern bei: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 9361-0, Fax (05281) 9361-11, Internet: www.ostheim-pyrmont.de, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 28. Januar, 17.10 Uhr, TELE 5: Johanna von Orleans – Mythos oder Wirklichkeit?
SONNABEND, 28. Januar, 20.15 Uhr, ARD: Die Flucht (1/2), 21.45 Uhr, ARD: Die Flucht (2/2).
SONNABEND, 28. Januar, 23.15 Uhr, NDR: Wehner – die unerzählte Geschichte.
SONNTAG, 29. Januar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
SONNTAG, 29. Januar, 16.30 Uhr, 3sat: Aenne Burda – Eine Frau erobert die Welt.
SONNTAG, 29. Januar, 20.15 Uhr, TELE 5: Ghandi. GB/Indien 1982.
MONTAG, 30. Januar, 23.15 Uhr, ARD: Ostprodukte im Westregal – Geschäfte mit der DDR.
MONTAG, 30. Januar, 18.30 Uhr, N-TV: Kraftwerk im Keller.
MONTAG, 30. Januar, 23.30 Uhr, SWR: Geheimsache Ghettofilm – Das Warschauer Ghetto und die Propaganda der Nazis.
DIENSTAG, 31. Januar, 10.15 Uhr, 3sat: Moschee, nein Danke!
DIENSTAG, 31. Januar, 20.15 Uhr, RBB: Geheimnisvolle Orte:

„Das Berliner Stadtschloss“ wurde im Zweiten Weltkrieg schwer beschädigt. 1950 wurde es gesprengt und 2007 beschloss man den Wiederaufbau.
DIENSTAG, 31. Januar, 22.05 Uhr MDR: Republikflucht mit Folgen. Der Fall Werner Weinhold.
MITTWOCH, 1. Februar, 20.15 Uhr, Arte: Sturm. Politthriller und ernüchternder Einblick in die Aufarbeitung der Verbrechen im Balkankrieg.
MITTWOCH, 1. Februar, 21 Uhr, Phoenix: Verlorene Ehre – Der Irrweg der Familie Sürücü.
DONNERSTAG, 2. Februar, 18 Uhr, Phoenix: Zeitarbeit – Jobmotor oder Ausbeutung?
FREITAG, 3. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Angriff aus dem Internet. Wie Online-Täter uns bedrohen.
FREITAG, 3. Februar, 20.15 Uhr, WDR: Vorfahren gesucht. Zusammen mit seinem Vater fährt Bernd Stelter nach Polen, wo seine Familie einen kleinen Bauernhof besaß.

TERMINE DER LO

Jahr 2012

10. bis 11. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter im Ostheim in Bad Pyrmont
13. bis 15. April: Arbeitstagung der deutschen Vereine in Lüneburg
16. bis 19. April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen im Ostheim Bad Pyrmont
20. bis 22. April: Kulturseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
25. bis 28. Mai: Musikseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein
21. bis 23. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont
26. bis 28. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



**BADEN-
WÜRTTEMBERG**

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Lahr – Donnerstag, 2. Februar, 18 Uhr, Gasthaus Zum Zarko, Schillerstraße 3: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 9. Februar, 13 Uhr, Ulmer Stuben: Fischessen. Anmeldungen bei Frau Stegmaier.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Mittwoch, 15. Februar, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi, Promenade: Veranstaltung zum Thema „Die Memel – ein Grenzfluss“.

Landshut – Dienstag, 7. Februar, 19 Uhr, Salzstadel: Eröffnung mit dem Yoga- und Prana-Lehrer Sri Sai Choletti aus Indien, Information zu „Landshut meditiert“. Vortrag und praktische Anwendungen können nach Programm eine Woche lang gewählt werden.

München Nord/Süd – Freitag, 10. Februar, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe.

Starnberg – Donnerstag, 9. Februar, 15 Uhr, Bayerischer Hof: Faschingskranz.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blnde, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.





Lyck – Sonnabend, 4. Februar, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.

Tilsit-Ragnit / Tilsit-Stadt – Sonnabend, 4. Februar, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Rathaus, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen für Tilsit/Ragnit bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881, für Tilsit-Stadt bei Brigitta Richter, Telefon (030) 99499989.

Frauengruppe – Mittwoch, 8. Februar, 13.30 Uhr, Die Wille, Wilhelmstraße 115, 10962 Berlin: Winter in Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Wehlau – Sonntag, 12. Februar, 15 Uhr, Lindengarten, Altbuckow 15a, 12349 Berlin: Treffen der

Gruppe. Anfragen bei Lothar Hamann, Telefon (030) 7712354.



Gumbinnen / Lötzen / Sensburg – Mittwoch, 15. Februar, 14 Uhr, Oma Brink's Kartoffelhaus, Clubraum, Gradeschützenweg 139, 12203 Berlin: Die Gruppe trifft sich zum Jahresbeginn. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Lötzen bei Johannesburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



Angerburg / Darkheim / Goldap – Donnerstag, 16. Februar, 14 Uhr, Oase Amera, Borussiastraße 62, 12103 Berlin: Sauer-süße Grüße aus Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Bartenstein – Sonnabend, 18. Februar, 13 Uhr, Restaurant Heidelbeere, Heidelberger Platz 1, U- und S-Bahn Heidelberger Platz: Eisbeinessen. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

Heilsberg / Röbel – Sonnabend, 18. Februar, 16 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee 35, 12249 Berlin: Faschingsfeier. Anfragen für Heilsberg bei Benno Boese, Telefon (030) 7215570, für Röbel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600 oder Elisabeth Müller, Telefon (030) 6935721.

Rastenburg – Sonntag, 19. Februar, 15 Uhr, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 21012.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE
Sonnabend, 4. Februar, 11 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg (nahe S-Bahnstation Stadthausbrücke oder U 3, Station Rödingsmarkt): **Neujahrsempfang** der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften.

BEZIRKSGRUPPE
Hamburg/Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

Hamburg/Wilhelmsburg – Montag, 30. Januar, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag. Thema: Winter in Ost- und Westpreußen.

KREISGRUPPE
Insternburg – Mittwoch, 1. Februar, 12 Uhr, Hotel Zum Zepelin: Monatstreffen. Auf dem Programm

steht die Kassenprüfung, die Jahreshauptversammlung und im fröhlichen Teil Gedichte, Verse und Lieder. Gäste und neue Mitglieder sind herzlich willkommen.



Sensburg – Sonntag, 19. Februar, 14 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Gemütliches Beisammensein der Gruppe. Gäste sind herzlich willkommen.

FRAUENGRUPPE
Hamburg/Bergedorf – Freitag, 27. Januar, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Ludwig-Rosenberg-Ring 47: Neujahrsempfang und Neues aus der Heimat.



HESSEN

Stellvert. Vorsitzende: Waltraud von Schaeuwen-Scheffler, Wegmannstr. 1C, 34128 Kassel, Telefon (0561) 88 73 42.

Darmstadt-Dieburg – Sonnabend, 11. Februar, 15 Uhr, Bürgerhaus am See, Kranichstein, Grundstraße 10: Fröhliche Stunden beim „**Preußischen Fastelabend**“. Wie üblich beginnt das Treffen mit der Kaffeetafel. Mit humoristischen Beiträgen sowie mit Musik und Gesang wird das weitere Programm gestaltet. Beiträge von Jedermann sind willkommen.

Kassel – Dienstag, 7. Februar, 14.30 Uhr, Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg: Treffen der Gruppe. Ab 15 Uhr findet die **Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen des Vorstands** statt. Anschließend berichtet Ruth Barthel über „Freud und Leid zur Winterzeit“. – Autorenlesungen: Zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren erlebte die Kreisgruppe eine hochkarätige Stunde bei den Lesungen des Hobby-Schriftstellers Jürgen Pasche. Er ist pensionierter Schulleiter aus Kassel, seine Frau stammt aus Heinrichswalde. Zu Beginn berichtete er von einem kürzlichen Besuch in der Heimat seiner Frau und den damit verbundenen Schwierigkeiten beim Grenzübergang. Seine Lesung stand diesmal unter dem Thema „Wechselbäder – eine Reise durchs Jahr“. Er begann mit einer Erzählung „Wechselbäder“, die auf eigenem Erleben basiert. Dann folgten Gedichte durch das Jahr, für jeden Monat eins, aber ganz unterschiedlicher Art. Sie sind im Allgemeinen nicht gereimt und beschreiben oft nur eine für den jeweiligen Monat typische Pflanze oder Beere (Flieder, Johannisbeere) oder einfach nur die Sommerhitze. Zum Abschluss las Herr Pasche noch zwei Geschichten. Alle Vorträge zeugen von einem ausgezeichneten Stil und gründen auf einem großen Ideenreichtum – man möchte ihm noch lange lauschen. Wieder bot der Schriftsteller zum Abschluss einige Sammelbändchen seiner Werke zum Verkauf an, die man gerne auch im Freundeskreis verschenken kann.

Wetzlar – Montag, 13. Februar, 18 Uhr, Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Heinz Schapowahl spricht über die **Tilsiter Dragoner**. Gäste sind herzlich willkommen. – **Januartreffen**: Dem Gedenken an Nikolaus Copernicus (1473–1543) galt beim Januartreffen der Kreisgruppe ein Vortrag von Kuno Kutz. Er erinnerte daran, dass der Sohn einer deutschsprachigen Familie im damals unter polnischer Oberhoheit stehenden Stadtstaat Thorn an der Weichsel

geboren wurde. Als Domgeistlicher im ermländischen Frauenburg habe er in Italien Medizin, Kirchenrecht und schließlich auch Astronomie studiert. Bedeutsam für die Nachwelt geworden sei Copernicus mit seiner Sicht des Weltraums. Aufgrund seiner astronomischen Beobachtungen und seiner mathematischen Berechnungen sei Copernicus zu dem Schluss gekommen, dass sich nicht die Sonne, wie bisher angenommen wurde, um die Erde drehe, sondern umgekehrt sich die Erde um den größten Planeten bewege und dabei auch selbst Eigendrehungen vollziehe. – Dem Vortrag vorausgegangen war die Jahreshauptversammlung der Wetzlarer Kreisgruppe. Im Zuge der Vorstandswahlen wurden Kuno Kutz (Vorsitzender, Volpersthausen) und Hildegard Henning (Schriftstellerin und Schriftführerin, Wetzlar) sowie Horst Koschinski (Schatzmeister, Oberndorf) und Karla Weyland (Kulturreferentin, Rauschenberg) für weitere zwei Jahre in ihren Ämtern bestätigt. Neu in das Gremium kam Wolfgang Warnat (Wetzlar) als stellvertretender Schriftführer. Das der Mitgliederversammlung vom Vorstand vorgelegte Jahresprogramm für 2012 sieht im Rahmen der Monatstreffen der Wetzlarer Kreisgruppe unter anderem neben dem Vortrag von Heinz Schapowahl einen Bericht des Altvorstehers des seit 1953 in Wetzlar ansässigen Königsberger Diakonissen-Mutterhauses der Barmherzigkeit, Pfarrer Dieter Nebeling, am 14. Mai über das ostpreußische Diakonissen-Mutterhauses Bethanien in Lötzen vor, das letztes Jahr sein 100-jähriges Bestehen feierte. Am 11. Juni beleuchtet der Gießener Journalist Götz Diehm den Versailler Vertrag von 1919 kritisch. Am 12. November hält Dr. Peter Wörster vom Herder-Institut in Marburg einen Rückblick auf markante Ereignisse in der Geschichte Ostpreußens. Über das gesamte Jahresprogramm informiert Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Donnerstag, 9. Februar, 15.11 Uhr: **Närrischer Nachmittag mit Kreppelkaffee**. Mit von der Partie sind die beliebten Büttenredner Stefan Fink, Joachim Mauer, Klaus Groß und Klaus Schörgler. Außerdem sorgen für Stimmung Nico Hollmann mit seinem Orchester, die Gartenzwerg des Carneval-Clubs Wiesbaden, Renate Budau sowie das Duo Matthias Budau und Dr. Markus Hübenthal. Durch das Programm führt Manfred Laubmeyer. Gäste, Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen. Kostenbeitrag 3,11 Euro. – Dienstag, 14. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Treffen der Frauengruppe. „Allerlei zur Fassnacht“. Ein närrischer Nachmittag mit Spaß an der Freud'. – Donnerstag, 16. Februar, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Treffen der Gruppe zum „Schmandhering“-Essen. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte unbedingt bis spätestens 10. Februar anmelden bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938. Busverbindung Linie 16 bis Haltestelle Ostpreußenstraße.


Hannover – Freitag, 10. Februar, 12 Uhr, Ihme-Terrassen, Roesebeckstraße 1 (Nähe Krankenhaus Siloah): Die Gruppe trifft sich zum **Königsberger Klopse-Essen**. Um Anmeldung für das Essen wird gebeten unter Telefon (05101) 2530 oder (0511) 332724. Nach dem Essen wird Polizeioberkommissar Homuth von der Hannoverschen Polizei über Tricks und Betrügereien, auf die mancher Senior schon hereingefallen ist, berichten. – Die Jahreshauptversammlung findet am Freitag, 9. März ebenfalls im Vereinslokal statt.

Rinteln – Donnerstag, 9. Februar, 15 Uhr, Hotel „Stadt Kassel“, Klosterstraße 42: **Filmvortrag „Lebendige Geschichte: Schatzkästchen Ostpreußen“**. Die LO lädt ihre Mitglieder sowie alle geschichtlich Interessierten ein. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen beim Vorsitzenden Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071.

Bad Godesberg – Sonntag, 29. Januar, 15 Uhr, offizieller Teil 15.30 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg, Kleiner Saal: Treffen mit Rechenschaftsbericht über die Tätigkeiten 2011. Beginn mit gemeinsamem Kaffeetrinken um 15 Uhr. Ab 15.30 Uhr Beginn der Versammlung, ab 16.11 Uhr „**Karneval und Fastnacht – vom Rhein bis an die Memel**“. Tagesordnung des offiziellen ersten Teils: Begrüßung durch die 1. Vorsitzende, Wahl des Protokollführers, Totenerhebung, Verlesung und Genehmigung der Niederschrift der letzten Jahreshauptversammlung.

Bielefeld – Donnerstag, 2. Februar, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: **Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt**. – Montag, 6. Februar, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Zusammenkunft der Frauengruppe Ost- und Westpreußen. – Donnerstag, 9. Februar, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Ostpreußisch Platt. – Donnerstag, 16. Februar, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Literaturkreis.

Bonn – Sonnabend, 11. Februar, 19.30 Uhr, Stadthalle Bonn-Bad Godesberg: **Winterball der Ostdeutschen Landsmannschaften**. Veranstaltet von den Regionalgruppen der Schlesier, Ostpreußen, Sudetendeutschen und der Siebenbürger Sachsen. Musik: siebenbürgisch-sächsische Band Phönix V aus Drabenderhöhe.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Hannover – Freitag, 10. Februar, 12 Uhr, Ihme-Terrassen, Roesebeckstraße 1 (Nähe Krankenhaus Siloah): Die Gruppe trifft sich zum **Königsberger Klopse-Essen**. Um Anmeldung für das Essen wird gebeten unter Telefon (05101) 2530 oder (0511) 332724. Nach dem Essen wird Polizeioberkommissar Homuth von der Hannoverschen Polizei über Tricks und Betrügereien, auf die mancher Senior schon hereingefallen ist, berichten. – Die Jahreshauptversammlung findet am Freitag, 9. März ebenfalls im Vereinslokal statt.

Rinteln – Donnerstag, 9. Februar, 15 Uhr, Hotel „Stadt Kassel“, Klosterstraße 42: **Filmvortrag „Lebendige Geschichte: Schatzkästchen Ostpreußen“**. Die LO lädt ihre Mitglieder sowie alle geschichtlich Interessierten ein. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen beim Vorsitzenden Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071.



**NORDRHEIN-
WESTFALEN**

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Sonntag, 29. Januar, 15 Uhr, offizieller Teil 15.30 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg, Kleiner Saal: Treffen mit Rechenschaftsbericht über die Tätigkeiten 2011. Beginn mit gemeinsamem Kaffeetrinken um 15 Uhr. Ab 15.30 Uhr Beginn der Versammlung, ab 16.11 Uhr „**Karneval und Fastnacht – vom Rhein bis an die Memel**“. Tagesordnung des offiziellen ersten Teils: Begrüßung durch die 1. Vorsitzende, Wahl des Protokollführers, Totenerhebung, Verlesung und Genehmigung der Niederschrift der letzten Jahreshauptversammlung.

Bielefeld – Donnerstag, 2. Februar, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Zusammenkunft der Frauengruppe Ost- und Westpreußen. – Donnerstag, 9. Februar, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Ostpreußisch Platt. – Donnerstag, 16. Februar, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Literaturkreis.

Bonn – Sonnabend, 11. Februar, 19.30 Uhr, Stadthalle Bonn-Bad Godesberg: **Winterball der Ostdeutschen Landsmannschaften**. Veranstaltet von den Regionalgruppen der Schlesier, Ostpreußen, Sudetendeutschen und der Siebenbürger Sachsen. Musik: siebenbürgisch-sächsische Band Phönix V aus Drabenderhöhe.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Anzeigen



Kompetenz & Qualität

Frieling-Verlag Berlin, der Privatverlag mit Tradition, gibt Autoren die Möglichkeit, Manuskripte als Bücher veröffentlichen zu lassen. Kürzere Texte können Aufnahme in Anthologien finden. Handwerkliche Qualität und eine spezifische Öffentlichkeitsarbeit sind unsere Stärke.

Verlag sucht Autoren

Fordern Sie unverbindlich Gratis-Informationen an.

Frieling

Frieling-Verlag Berlin • Rheinststraße 46 o • 12161 Berlin • Tel. (0 30) 7 66 99 90 Fax (0 30) 7 74 41 03 • E-Mail: lektorat@frieling.de • www.frieling.de/paz

Briefumschläge und Vierdeckel zum 300. Geburtstag von Friedrich dem Großen

Bitte kostenlose Muster anfordern.



Buchdruckerei Joachim Liebers
Am Markt 14 • 01809 Dohna
Tel. 0 35 29 - 51 27 60
Fax 0 35 29 - 51 30 49

Schreiben Sie?

Wir veröffentlichen Ihr Manuskript!

Seit 1977 publizieren wir mit Erfolg Bücher von noch unbekannten Autoren. Kurze Beiträge passen vielleicht in unsere hochwertigen Anthologien. Wir prüfen Ihr Manuskript schnell, kostenlos und unverbindlich.

edition fischer
Orber Str. 30 • Fach 71 • 60386 Frankfurt
Tel. 069/941 942-0 • Fax -98/-99
www.verlage.net
E-Mail: lektorat@edition-fischer.com

Urlaub/Reisen

Individuelle Reisen nach Ostpreußen
Juni 2012 – Sonderfahrt zur 280-Jahrfeier Trakhehnen
S. Kneffel • 99084 Erfurt • Fischersand 7
0361 - 7 52 59 02 oder 0178 - 2 88 42 77
Email: skneffel@versanetonline.de
www.Reisen-nach-Ostpreussen.de

Masuren Danzig Karpishere Kunsche Lehreng
DNV-Tours Tel. 07154 131250

Ebenrode, Schiffs-, Busreise, Memel, Königsberg, Danzig, 9.-17.5.12, inkl. HP und aller Ausflüge. Masuren, Sensburg, Goldap u. Danzig 28.4. bis 5.5.12
Ebenrode/Stallupönen Bus-/Schiffsreise 280 Jahre Trakhehnen, Tempelthüter, Königsberg 05.-14.06.12
SCHEER-REISEN Tel. 0202 500077
www.scheer-reisen.de, info@scheer-reisen.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

Weitere Mitwirkende: Ballettgruppe der Musikschule Sankt Augustin, Schlesisches Trachtentanzgruppe Djonathan aus Neuss. Reservierungswünsche bitte an die veranstaltenden Gruppen richten.

Düsseldorf – Donnerstag, 2. Februar, 19.30 Uhr, GHH/Raum 312/412: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Mittwoch, 8. Februar, 15 Uhr, GHH/Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Mittwoch, 8. Februar, 19.15 Uhr, GHH/Konferenzraum: Vortrag von PD Dr. Manfred Nebelin, „Erich Ludendorff, der Strategie des Ersten Weltkrieges“. – Freitag, 10. Februar, 18 Uhr, Restaurant Lauren’s, Bismarckstraße 62: Stammtisch der Gruppe. – Dienstag, 14. Februar, 18 Uhr, GHH/Konferenzraum: Filmvorführung „Fridericus – der alte Fritz“. – Mittwoch, 15. Februar, GHH/Konferenzraum: Vortrag mit PD Dr. Winfrid Halder „Der andere Preuße, Otto Braun (1872–1955).

Ennepetal – Donnerstag, 16. Februar, 18 Uhr: Monatsversammlung kombiniert mit der **Jahreshauptversammlung** – Grützwurst nach Monikas Art. **Gütersloh** – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. **Neuss** – Sonntag, 12. Februar, 15 Uhr, Marienhaus, Kapitelstraße 36: **Jahreshauptversammlung** mit Grützwurstessen. Einlass 14 Uhr.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexanderschulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.


Chemnitz – Freitag, 10. Februar, 14 Uhr, Clausstraße 27: Veranstaltung zum Thema „Friedrich II – der alte Fritz. 300. Geburtstag. Einlass 13 Uhr.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Dessau – Montag, 13. Februar, 14 Uhr, Krötenhof: **Kappenfest**. **Magdeburg** – Dienstag, 31. Januar, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Donnerstag, 10. Februar, 15 Uhr, Sportgaststätte bei TUS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singproben des Singkreises. – Sonntag, 12. Februar, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Faschingsmonat.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelmminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – 105. Geburtstag – Am 20. Dezember 2011 konnte das Ehrenmitglied der Gruppe, **Therese Baltrusch**, im St.-Jürgen-Hospital bei zufriedenstellender Gesundheit ihren 105. Geburtstag im Kreise der Familie und der Mitbewohner feiern. Sie ist dort die älteste Bewohnerin, aber auch die älteste Einwohnerin von Bad Oldesloe, Die stellvertretende Bürgermeisterin Maria Herrmann gratulierte für die Stadt. Im Januar 1945 flüchtete Therese Baltrusch mit Sohn Georg aus Königsberg und kam über Niedersachsen nach Bad Oldesloe. – Die Januarrunde stand unter dem Motto „Winter in Ostpreußen“. Dazu las Katharina Makarowski eine Geschichte aus dem Sensburger Heimatbrief. Die Ostpreußer waren für die kalte Jahreszeit gerüstet: Lebensmittel für die Menschen und Futter für das Vieh waren reichlich eingelagert. Bei Schnee und Kälte machte man es sich in den geheizten Wohnzimmern gemütlich. In der Aussprache berich-

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

teten die Teilnehmer von ihren Erfahrungen und Erinnerungen an den Winter in Ostpreußen. Georg Baltrusch und seine Freunde bauten Skier aus Tonnenbrettern. Ein Hügel zum Postbriefkasten wurde immer wieder mit Wasser begossen, damit er für Abfahrten mit Schlittschuhen richtig glatt war. Auf den Straßen und Waldwegen waren Pferdeschlitten unterwegs, das Läuten der Glocken erfüllte die winterliche Luft. Boris Makarowski erläuterte die Schlittenkonstruktion wie sie von Jungen selbst gebaut wurde. Jugendliche waren damals erfinderisch und kreativ. In heutiger Zeit gibt es das nicht mehr. man kann alles im Baumarkt kaufen oder im Internet bestellen.

Bad Schwartau – Sonnabend, 4. Februar, 20 Uhr, Waldhotel Riesebusch, Sonnenweg 1, Bad Schwartau: **Winterfest der Landsmannschaft der Ostpreußen**. Seit 1912 hat Bad Schwartau das Stadtrecht. 100 Jahre Stadtrecht – das soll und muss in diesem Jahr groß gefeiert werden. Mit etwa 4000 Einwohnern erhielt die Gemeinde Schwartau am 1. Juli 1912 das Stadtrecht. Nach Eingemeindung der Dörfer Rensefeld, Groß Parin und Cleve im Jahre 1934 wuchs die Einwohnerzahl auf über 7000. Aber erst durch die Aufnahme von Flüchtlingen, die vor und nach 1945 größtenteils aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien kamen, verdoppelte sich die Bevölkerungszahl. Die Ostpreußen wollen deshalb den Reigen der Festveranstaltungen mit dem „Winterfest der Ostpreußen“ eröffnen und erwarten auch in diesem Jahr wieder viele Gäste. Flotte Musik und viele Überraschungen warten auf die Teilnehmer. Die Landsmannschaft hat sich jedenfalls mit einem vollen Programm auf diesen Abend vorbereitet. Ehrenkapitän der Viermastbark „Passat“ Ulf Sack und die mehrfach preisgekrönte Hip-Hop-Formation Serafin der Tanzschule Dietz werden diesen Abend begleiten. Die Tombola, deren Reinerlös der „Bruderhilfe Ostpreußen“, der Erhaltung und Pflege heimatlichen Kulturgutes und der Jugendeinrichtung „Ja-

blonka“ (Apfelbäumchen) – die den Königsberger Straßenkindern hilft – dienen soll, ist auch wie gewohnt reichlich ausgestattet, sodass der Losverkauf wieder ohne Nieten starten kann. Allein dies alles verspricht, dass es wieder ein bunter Abend wird, der alle Gäste mitreißt, vor allem auch durch die „Giesentro’s“, die mit ihren Rhythmen jeden auf die Tanzfläche holen. Der Kartenvorverkauf in den bekannten Vorverkaufsstellen Fashion Corner, Markttwiete 6 (neben Hoffman’s Bistro), und Lotto- und Toto-Annahmestelle Cleverhofer Weg 120, hat bereits begonnen. Eintritt im Vorverkauf 7 Euro, an der Abendkasse 8 Euro.

Flensburg – Freitag, 17. Februar, 15 Uhr, Treffpunkt Mürowik: Kaffeerrunde, Jahreshauptversammlung, Musik, Gedichte, Heimatgeschichten.

Vortrag im Ostpreußischen Landesmuseum: Dienstag, 7. Februar, 14.30 bis 16.30 Uhr: „Von Wildschützen und Mördern – Wildddieberei in Ostpreußen und anderen Revieren“.

Vortrag von Dr. Christoph Hinkelmann in der Reihe „Museum erleben“. Eintritt 5 Euro (inkl. Kaffee, Tee und Gebäck)

Die Jagd, insbesondere auf größere Tiere, hatten sich die Herrschenden vorbehalten. Dieses Prinzip galt nicht nur in Ostpreußen, sondern in ganz Mitteleuropa und es besteht mit gewissen Änderungen in Deutschland bis heute: Jagd ist an den Grund gebunden und dort jagen darf nur ein Eigentümer oder (Jagd-)Pächter.

In Ostpreußen waren mehr als 60 Prozent aller Waldgebiete in Staatsbesitz und so ergaben sich hier stets Konflikte mit preußischen Forstbeamten. Es ist heute weitgehend vergessen, welche Auseinandersetzungen sich in den stillen Wäldern des Ostens abspielten und nicht selten mit dem Tod eines Försters oder Wilderers endeten. Der Vortrag stellt einige besondere Fälle vor. OL

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0, Telefax (04131) 7599511

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von links unten

polnisch-russische Grenze über Gawaiten und Pabbeln nach Gumbinnen, Salzburger Kirche, Friedrichsschule, Mittagessen in der Diakoniestation (Spende), Ostpreußenmuseum Kraupischken/Breitenstein (Spende), Insterburg, Königsberg Rauschen. 2 Übernachtungen. 7. Tag, Montag, 16. Juli: Kurische Nehrung. Cranz Sarkau Rossitten, Vogelwarte, Epha-Düne, von wo aus wir einen herrlichen Blick auf Haff und Ostsee haben, Königsberg, Stadtrundfahrt, Stadttore, Immanuel-Kant-Denkmal, Dom, Universität „Albertina“ und vieles mehr. Alternativ: Wer möchte, kann mit einem deutschsprachigen Taxifahrer Orte seiner Wahl aufsuchen (auf eigene Kosten). 8. Tag, Dienstag, 17. Juli: Über die russisch-polnische Grenze bei Heiligenbeil, Copernicus-Stadt Frauenburg entlang der Alten Reichsstraße 1 treffen wir auf die Orte Stargard (Danzig), Konitz, Schlochau und Deutsch Krone. 1 Übernachtung in Stettin Hotel Pannorama. 9. Tag, Mittwoch, 18. Juli: Rückfahrt nach Deutschland zu den Einstiegsorten. Hinweise: Reisepreis: 769 Euro, Einzelzimmerzuschlag: 130 Euro. Leistungen: Halbpension, Fahrt im modernen Fernreisebus, Übernachtung in Hotels guter örtlicher Mittelklasse, erfahrene Reiseleiter(innen) und Busfahrer. Eintrittsgelder, Straßensteuern, Visa- und Nehrungsgebühren sind im Reisepreis enthalten. Der besondere Service: An jedem Programmtag Kaffee und Kuchen. Für die Fahrt ins nördliche Ostpreußen ist ein Reisepass erforderlich, der noch 6 Monate über das Reisedatum hinaus gültig ist sowie ein Visum. Dieses wird vom Reisedienst Warias beantragt. Hierzu werden die Reisepässe ca. 8 bis 10 Wochen vor Reisebeginn angefordert. Reiseleitung: Manfred Warias, Siegfried Hoefler, Ringstraße 26, 24997 Wanderup, Telefon (04606) 548, E-Mail: Nordteil@goldap.de. Die Zusage erfolgt in der Reihenfolge der Anmeldungen. Die Organisation liegt bei Reisedienst Warias, Bergkamen. Kleine Änderungen möglich.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmund Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Reise nach Lyck – Bezirksvertreter Wilhelm Norra (Sareiken) veranstaltet vom 19. bis 29. Juli 2012 eine Reise in die Heimat. Nach Zwischenübernachtungen im Großraum Posen (auf der Hin- und Rückfahrt) wird ausschließlich in dem renommierten Hotel Rydzewski in Lyck übernachtet. Im Programm sind unter anderem vorgesehen: eine Rundfahrt durch den Kreis Lyck, die Fahrt mit der Kleinbahn, Besuch bei der Deutschen Minderheit am Wasserturm und Schifffahrt von Nikolaiken nach Lötzen. Der Reisepreis beträgt pro Person 770,00 Euro (bei weniger als 40 Teilnehmern 830,00 Euro). Kreisvertreter Gerd Bandilla empfiehlt die Teilnahme an dieser Reise. Weitere Auskunft erteilt Landsmann Wilhelm Norra, Anna-Stiegler-Straße 67, Telefon (0421) 82 06 51.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders@arcor.de.

Regionaltreffen in Halle – Das nächste Heimattreffen der beiden benachbarten Kreise Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadt Tilsit findet am Sonnabend, 28. April in Halle/Saale statt. Zwischen 10 und 17 Uhr wird ein buntes Programm geboten mit Filmen über die Heimat, mit Blasmusik und einem ostpreußischen

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Sonnabend, 4. Februar, 10 Uhr, Heimatstube in Winsen/Luhe, Rote Kreuz Straße 6: Vorstandssitzung der Kreisgemeinschaft.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Nachbarschafts-Treffen in Halle/Saale – In diesem Jahr findet wieder ein Regionaltreffen der

Wirken Sie mit an der Stiftung »Zukunft für Ostpreußen!«

Fürst Fugger Privatbank
Konto-Nr.: 1001834883
BLZ: 72030014

auch ein Parkhaus. Bahnreisende erreichen den Veranstaltungsort in wenigen Minuten Fußweg. Liebe Landsleute, sofern Sie gesundheitlich dazu in der Lage sind, geben Sie sich einen Ruck und fahren Sie nach Halle – wer weiß, ob es innaher Zukunft noch möglich ist.



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Fahrt zum Sommerfest 2012 nach Goldap und ins nördliche Ostpreußen: Stettin – Danzig – Mohrungen – Heiligelinde – Zondern – Goldap – Masurische Seenplatte – Wolfsschanze – Possessern – Gumbinnen – Insterburg – Königsberg – Rauschen – Elbing – Deutsch Krone – Stettin. Abfahrtsort Bergkamen, Zubringer ab Köln 3.45 Uhr (bei Reisebüro Warias erfragen) Zustiegmöglichkeiten je nach Bedarf an

Raststätten der A 2 bis Berlin. 1. Tag, Dienstag, 10. Juli: Stettin, Stadtrundfahrt, 1 Übernachtung im Hotel Panorama. 2. Tag, Mittwoch, 11. Juli: Danzig anschließend 1 Übernachtung im Hotel „Irena“ in Mohrungen. 3. Tag, Donnerstag, 12. Juli: Mohrungen, Rössel, Heiligelinde. Über Sensburg und Rhein erreichen wir in Zondern ein kleines Heimatmuseum. Nach dem Besuch im Haus der Heimat in Goldap endet der Tag im Hotel „Lesny Zakatek“ am Goldaper See. 3 Übernachtungen. 4. Tag, Freitag, 13. Juli: Fahrt in den östlichen Teil des Kreises Goldap, Dubeningen, Staatshausen, Wehrkirchen; anschließend Masurenrundfahrt über Treuburg, Lyck und Lötzen zur Wolfsschanze. Steinort, dem ehemaligen Sitz der Grafen Lehndorff, Possessern. Ausklang des Tages im Wald am Lagerfeuer mit Grillen, Musik und ostpreußischem Bärenfang. 5. Tag, Sonnabend, 14. Juli: Der Tag steht im Zeichen des Sommerfestes der Kreisgemeinschaft Goldap. Am Vormittag können Heimatorte per Taxi aufgesucht werden (auf eigene Kosten). Um 14 Uhr beginnt das Sommerfest auf dem Gelände des Hotel „Lesny Zakatek“ am Goldaper See. 6. Tag, Sonntag, 15. Juli: Fahrt über die

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung oben rechts

Anzeigen

Wir trauern um unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter, die nach einem langen, ereignisreichen Leben heimgegangen ist.

Edith Windzus
geb. Gutzeit
* 9. 12. 1916 † 7. 1. 2012
in Frising in Uhingen

**Erkme und Horst Rathje
Krista und Jörg Michael Heimberger
Caroline Heimberger-Schlipf und Dr. Udo Schlipf
mit Christian, Benjamin und Jonathan
Sönke und Maike Rathje
mit Merle und Jule
Nicolas und Susanne Heimberger
mit Annabel und Julia**

Traueradresse: Krista Heimberger, Lortzingstraße 18, 72336 Balingen

Land der dunklen Wälder und kristall'nen Seen.
Elche stehen und lauschen in die Ewigkeit.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserer Mutter, Großmutter und Schwiegermutter

**Brigitte Fanelsa**
geb. Munier
* 22. 10. 1923 † 10. 12. 2011
Königsberg Berlin

**Sybille Fanelsa
Andrea Fanelsa und Claus Weichelt
mit Nicklas und Nils
Tessa Fanelsa**

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Überraschungspakete für Memel

LO-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern organisierte erneut Sammelaktion

Im Herbst
jeden
Jahres
startet in
Anklam die
Aktion „Weih-
nachtpäck-
chen für Ost-
preußen“.
Träger sind
die Landes-
gruppe der
Ostpreußen
im Mecklen-
burg-Vor-
pommern
und der
Bund der
Vertriebe-
nen, Kreis-
verband An-
klam e.V.
Diesmal wur-
den insge-
samt 320
Sendungen
gespendet –
viele liebe-
voll gepackte
Päckchen
zum Herbst-
treffen der
Ostpreußen
und zur BdV-
Adventsfeier
in Anklam.
Sammlen-
spenden ka-
men von der
Anklamer
Fleisch- und
Wurstwaren
GmbH mit 80
großen Dauer-
würsten, vom
Otto-Li-
enthal-Gym-
nasium An-
klam und vom
Bibelkreis
Blesewitz.
Mitte Dezem-
ber machten
sich der LO-
Landesvorsit-
zende Man-
fred Schukat
und sein Mitar-
beiter Fried-
helm Schülke
mit der Fähre
von Saßnitz-
Mukran auf
den Weg nach
Memel zur Di-
akoniestation
„Sandora“
(Eintracht).
Dort wurden
sie wie im Vor-
jahr von der
Leiterin Mag-
dalena Pikl-
aps und ihren
Helfern sehr
herzlich emp-
fangen und
aufge-
nommen. Auch
diesmal war
der VW-Bus
wieder bis un-
ters Dach voll.
Gemeinsam
mit dem Verein
der Deutschen
in Klaipeda
sollten die
Präsente noch
vor Weihnachten
an die Empfänger
in der Stadt
und auf dem
Lande verteilt
werden.
Wie schon
berichtet, be-
treibt die
Diakoniestation
eine Sup-



Endlich am Ziel angekommen: Mitarbeiter der „Sandora“ nehmen die Geschenke entgegen

Bild: Friedhelm Schülke

penküche mit Kleiderkeller für bedürftige Menschen, egal ob Deutsche oder Litauer. Ein ehrenamtlicher Vorstand wacht über die gerechte Verteilung. Es wird akribisch Buch geführt, wer wann was und wieviel

und Mühe nicht gescheut haben“ berichtet Manfred Schukat. Auch der deutsche Verein „Heide“ in Heydekrug war in Rostock dabei und wurde nun mit Weihnachtspräsenten bedacht – gerade noch rechtzeitig,

Insgesamt wurden 320 Sendungen von LO-Mitgliedern, aber auch von Firmen, Schülern und dem Bibelkreis gespendet

bekommen hat. Die gesamte Arbeit lebt nur von Spenden. Deshalb sollten die Weihnachtspäckchen auch 2011 wieder nach Memel gehen „und weil die Memelländer mit einem Bus extra nach Rostock zum Landestreffen der Ostpreußen mit einem schönen Kulturprogramm gekommen sind und dafür Zeit

denn eine Woche später wollte der Verein seine Adventsfeier begehen. Dort verzauberte schon der erste Schnee die schöne Winterlandschaft. Einzelne Päckchen wurden noch nach Jugnaten, Russ, Kukoreiten und zuletzt nach Kinten gebracht, wo das Hochwasser vom Kurischen Haff

bereits die Straßen überschwemmte. In den beiden verbliebenen Tagen machten sich Manfred Schukat und Friedhelm Schülke noch ein eigenes Bild vom Memelland-Archiv, welches vor kurzem der Simonaityte-Bibliothek in Memel [Klaipeda] übergeben worden war, und unternahmen einen Winterausflug auf die Kurische Nehrung bis nach Nidden. Einen wunderschönen Abschiedsabend verlebten sie als Gäste von Magdalena und Arnold Piklaps im früheren Kleinbahnhof von Memel, ehe es mit der Fähre zurück nach Mukran ging. Als die beiden Überbringer der Weihnachtspäckchen wohlbehalten in Anklam eintrafen, hatten sie im Memelland ihr persönliches Christfest sozusagen schon hinter sich. *EB*

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17



TILSIT-STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtge-
meinschaft Tilsit, Postfach 241,
09002 Chemnitz, Telefon (0431)
77723.

Doppelversand – Durch die Fusion von „Land an der Memel“ und „Tilsiter Rundbrief“ haben einige Leser den Heimatbrief doppelt erhalten. Das liegt daran, dass bisher sowohl bei Tilsit als auch bei Tilsit-Ragnit der Heimatbrief geordert war. Um weiterhin in der Tilsiter Kartei erfasst zu bleiben, bitten wir alle Tilsiter, sich bei Tilsit-Ragnit abzumelden an die Anschrift: Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit, Herrn Olav Nebermann, Blumenring 24, 24848 Kroop.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt.
Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Für alle Fälle

Freund Benno rettete den Fußballabend

Es ist nun einmal eine feststehende Tatsache, dass Fernsehgeräte grundsätzlich am Sonnabend kaputtgehen, gerade dann, wenn man den Apparat am dringendsten benötigt. Es tat einen nicht unerheblichen Knall, und das sonst so gestochen scharfe Bild verschwand. Während Rudi Weber nach einem Hechtsprung den Stecker rauszog, sagte er allerlei Worte, die er seinen Kindern immer wieder verboten hatte. „In zwei Stunden wird das Länderspiel des Jahres übertragen – und jetzt dieses...“ Daraufhin rief Rudi den Elektrohändler an. Der hatte ihm zwar seinerzeit nur zu gerne ein Fernsehgerät verkauft, aber Rudi konnte ihn anschließend schwer dazu bewegen, es nun auch zu reparieren. In der Zeitung suchte Rudi nun die Anzeigen „Fernseh-Schnell-Service“. Entschlossen wählte er die erste Nummer. Aber der Fernsehmechaniker war offenbar neben dem Bundeskanzler der meistbeschäftigte Mann des Landes, also längst ausgebucht. Der zweite war irgendwo unterwegs. Bei der dritten Nummer bat Rudi noch flehentlich. Im Hinblick auf das Länderspiel vermochte er eine gewisse Nervosität kaum zu unterdrücken. Obwohl er dem Mechaniker ein fürstliches Trinkgeld versprach, wollte der frühestens am Montag vorbeikommen. „Aber ich brauche Sie heute, heute ist das Länderspiel! Verstehen Sie denn das nicht?“ schrie Rudi und knallte anschließend den Hörer auf die Gabel. Nachdem die nächste Nummer auf einen automatischen Anrufbeantworter geschaltet war, begann Rudi zu leiden. Sein Blick hing am Fernsehgerät, als wollten seine bittenden Augen dem Apparat doch noch ein Bild entlocken. Gerda, Rudis Frau, saß auf der Wohnzimmercouch und schaute ihren Gatten mitleidig an. Da kam die Tochter Uschi ins Zimmer geschneit. „Ich könnte ja Benno bitten, mal nach dem Gerät zu sehen. Er kommt mich gleich abholen, wir

wollen in die Disco!“ Rudi Weber setzte ein noch böseres Gesicht auf. „Normalerweise überlasse ich solchen Leuten nicht einmal das Flicken eines gepplatzten Fahrradschlauches!“ Er konnte den neuesten Schwarm seiner Tochter nicht ausstehen. Dieser Jeanstyp, mit dieser absonderlichen Haartracht – und überhaupt, wie er den Kaugummi von einem Mundwinkel zum anderen wandern ließ: Nein, niemals! „Aber Benno ist gelernter Fernsichttechniker!“ Der Papa setzte sich ruckartig gerade hin. „Wirklich?“ Dann stand er auf, verschränkte die Arme hinter seinem Rücken und begann eine Zimmerwandlung. „Nun, er könnte...“ Rudi Weber unterbrach sich selbst durch gekünsteltes Hüsteln. „Nun ja, wenn du meinst?“ Rudis Hoffnungen, die Übertragung des Länderspiels doch noch erleben zu können, stiegen sprunghaft an. Da meldete sich auch schon die Tür- glocke. Wenig später stand Benno sin- nend vor dem Fernseher und lauschte, wie Rudi die Sympto- me des erkrankten Gerätes schilderte. Benno verschwand und kam gleich wieder mit einem Koffer in der Hand zurück. „Etwas Werkzeug und einige Er- satzteile habe ich für alle Fälle immer im Auto liegen.“ Dann schraubte Benno den Kasten auf. Für Rudi Weber war es sonnenklar: Bei der Vielfalt von verschlungenen Drähten und Schaltplatten ist ein opera- tiver Eingriff für diesen Jeanstyp hoffnungslos. Aber Benno wechselte ein Drähtchen aus, schob ein weite- res Teil hinein und schraubte wieder zu. Der Fernseher zeigte rechtzeitig ein gestochen schar- fes Bild, gerade als der Schieds- richter die Mannschaften zum Länderspiel des Jahres auf den Rasen führte. Rudi legte seinen Arm um Gerdas Schultern. „Ein tüchtiger Junge, dieser Benno. Ich glaube, unsere Uschi hat eine gute Wahl getroffen.“ *Werner Hassler*

»Springen Sie Strick«

Charlotte nahm die Ratgeberliteratur sehr ernst – Folgen auch für den Ehemann

Alles begann damit an, dass Charlotte einen Artikel gele- sen hatte, der „Schöne Schultern“ hieß. Die Verfasserin stellte darin folgende Theorie auf: Die Damenwelt müsse unbedingt Strickspringen – auch Seilspringen genannt. Sie begründete es so: Durch regelmäßiges, tägliches Strickspringen kräftige sich nicht nur der Busen, verfeinere sich nicht nur die gesamte Muskulatur des Körpers, nicht nur Rücken und Taille würden an Biegsamkeit zu- nehmen, sondern auch die Schul- tern bekämen eine klassische Schönheit. Schöne Schultern – was heißt das? Keine Ahnung, aber ich wollte es genau wissen! Ich schaue im Lexikon unter „Schulter“ nach, und was lese ich? Ich lese allerlei Medizinisches über den menschlichen Rücken und über Rückenschmerzen, nur nicht das, was ich wissen will. Es nützt natürlich nichts, Char- lotte gegenüber wegen ihrer Hüpferei, wie ich es nenne, irgendwel- che Bedenken zu äußern. Sie ist fest entschlossen, künftig dreimal am Tage jeweils zehn Minuten

Strick zu springen. Bei schönem Wetter natürlich auf dem Balkon. Erst später stelle ich fest, dass sie hierzu unsere Gardinenschnur be- nutzt. Dass meine Frau überhaupt Strick springt, erfahre ich von Herrn Wussel, der uns gegenüber wohnt. Er berichtet mir im Super- markt mit glänzenden Augen von Charlottes Früh-, Mittags- und Abendsport. Nun ja, dieser Herr Wussel ist einer jener brotlosen Künstler, ein Ma- ler wahrschein- lich, die von morgens bis abends am Fenster sitzen und auf eine In- spirationen warten. Seit einiger Zeit vermis- se ich die Keramikvase von Tante Lilo, mei- nen Rauchverzehrer, die Shakes- peare-Büste und einen goldge- rahmten Wandspruch Wilhelm Buschs. „Humor ist, wenn man trotzdem lacht.“ Eine Folge, wenn Charlotte bei schlechtem Wetter in der Wohnung Strick springt. Im übrigen hat sich an den Schultern

meiner Frau so gut wie nichts ge- ändert – trotz dieses ununterbro- chenen Strickspringens. Sie sind auch weiterhin unklassisch. Und schön waren sie schon vorher. Un- klassisch schön. Wie immer man es nennen will. Nach wie vor frage ich mich: Wa- rum nur möchte Charlotte ihre schönen Schultern verändern? Wa- rum will sie un- bedingt, dass ihre Schultern eine klassische Schön- heit bekommen? Was ist überhaupt Klassik? Noch einmal greife ich zum Lexikon. Ich werde nachsehen, was unter Klassik steht. Da steht: „Klassik – Zeitalter hoher bildender Kunst, Literatur oder Musik. Bei der Schätzung der rö- mischen Bürger nach ihrem Ver- mögen hießen die Bürger der ober- sten Vermögensklasse Klassiker. Im 2. Jahrhundert nach Christus ver- wandte man diese Bezeichnung für erstklassige Schriftsteller ...“ Bei Klassik und Schriftsteller fällt mir ein, dass ich langsam ei-

nen Bauch bekomme – vom vielen Sitzen wahrscheinlich. Ich sollte im Stehen schreiben. An einem Stehpult! Wie frühere klassische Schriftsteller auch. Ich lege Band K beiseite, schlage noch einmal Band Sch auf. Die Schulter hatte ich schon, diesmal will ich wissen, was unter Schön- heit steht. Ich lese einige Zeilen über „Schönheit und Grenzen der klassischen Form“ und über „anti- ke Proportionsverhältnisse“ und schlage auch diesen Band zu. Nein, so komme ich nicht weiter! Ich muss mich wohl mit der Tāt- sache abfinden, dass meine schön- schultrige Frau nur Strick springt, um noch schönere Schultern zu bekommen. Und das alles tut sie, um mir zu gefallen. Und nicht etwa dem Herrn Wussel von gegenüber. Seit letztem Sonntag springe ich übrigens selbst! Ich las nämlich ei- nen Artikel, der überschrieben war mit: „Werden Sie dick? – Springen Sie Strick!“ Die Gründe, dass nun auch ich springe, sind die gleichen wie bei meiner Frau. Sie will mir gefallen – ich will ihr gefallen! *Willi Wegner*

Gefeiert wie ein Popstar

Harvard-Professor befragt Studenten über Gerechtigkeit – Vorlesungen werden über Internet auch in Asien begeistert verfolgt

2011 hat ihn das Magazin „China Newswweek“ zum einflussreichsten Ausländer des Jahres gewählt, in Japan werden für Karten für eine Lesung von ihm bis zu 500 Dollar bezahlt, in den USA ist er der wohl populärste Harvard-Professor, doch in Deutschland kennt kaum jemand Michael Sandel, obwohl er sich vor allem auf den deutschen Philosophen Immanuel Kant beruft.

Eine Bühne, ein Endfünfiger, ein an die Wand projiziertes Foto von Immanuel Kant und die Frage, was Gerechtigkeit bedeutet; das sind die Zutaten für Harvard-Vorlesungen, die sich größter Beliebtheit erfreuen, doch Michael Sandels Hörsaal – die herrschaftliche, holzvertäfelte Memorial Hall – bietet nur Platz für 1117 Personen. Und obwohl die Vorlesungen auch

Studenten sollen kontrovers debattieren

übers Internet übertragen werden und vergangene Vorlesungen auf www.youtube.de weltweit einsehbar sind, reißen sich die Studenten darum, bei einer Vorlesung des Professors für politische Philosophie live dabei zu sein. Doch was ist so spannend, einen eher unscheinbaren, grauhaarigen Herrn über Kant, dessen britische Philosophen-Kollegen John Locke und John Stuart Mill sowie den US-Denker John Rawl reden zu hören, haben doch bereits unzählige Wissenschaftler vor ihm unzählige Bücher zu diesen Gelehrten geschrieben?

Das Besondere an Sandel ist, dass er allgemeine philosophische Grundsätze mit aktuellen politischen und juristischen Debatten verknüpft und so deutlich macht, dass Philosophie und die Frage danach, was Gerechtigkeit ist, keine trockene Wissenschaft ist, sondern das alltägliche Leben bestimmt. Zudem hat er zwar zu allem einen eigenen Standpunkt und publiziert diesen auch, doch in seinen Vorlesungen stellt er hauptsächlich Fragen, die seine Studenten beantworten sollen. Diese sind immer wieder über-



Stets Immanuel Kant im Gepäck: Die Tickets für Michael Sandels Vorlesungen sind heiß begehrt

Bild: Harvard

rascht, dass man mit über 1000 Leuten in einem Hörsaal so lebendige Diskussionen führen kann. Vor allem aus Asien stammende Harvard-Studenten haben aber ein Problem damit, sind sie doch gewöhnt, für alles feststehende Antworten präsentiert zu bekommen und diese dann in Klausuren nur noch wiederholen zu müssen. Sandels Ziel ist es jedoch, den Studenten das Gefühl dafür zu geben, dass vieles nicht so einfach ist, wie es aussieht.

Während der aus einer jüdischen Familie stammende Professor vom Magazin „China Newswweek“ zum einflussreichsten Ausländer des Jahres gewählt und in Südkorea und Japan bei der Präsentation seines neuesten Buches „Justice. What's right thing to do?“ von zahl-

reichen Bodyguards geschützt werden musste, da seine Fans ihn sonst überrannt hätten, scheint Sandel in Europa nur Kennern der Materie bekannt zu sein. Zumindest bis vor einigen Monaten hatte sich noch

kein deutscher Verlag gefunden, der sein neuestes Buch in deutscher Sprache veröffentlichen wollte. Recherchiert man im Netz, stößt man nur auf wenige deutschsprachige Beiträge über Sandel. So wie es aussieht, haben sich bisher nur die „Zeit“ und die „Financial Times Deutschland“ in ihren gedruckten

Ausgaben des Promiprofessors angenommen, der „Spiegel“ berichtete offenbar nur im eigenen Fachmagazin „Unispiegel“. Doch in Kombination mit den im Internet abzurufenden Vorlesungen kann man durchaus einen Eindruck davon erhalten, was die Studenten begeistert. Witze darüber, dass Kant nach der Zahl der Besucher seiner Vorlesungen bezahlt wurde und dass ihm, Sandel, dieses System der Honorierung auch nur Recht wäre, dienen der Auflockerung. Doch dann geht es plötzlich um



Michael Sandel

Folter, Designerbabys, Höhe der Gehälter, Umverteilung, Patriotismus und vor allem um tagesaktuelle Themen, sodass jede Vorlesung anders ist. Hinzu kommt, dass sich die Studenten aktiv in die Debatte einmischen, diese also jedes Mal in eine andere Richtung läuft. Für Sandel ist die Universität auch eine moralische Anstalt, in der die Führungskräfte von morgen ausgebildet werden, wobei anzumerken ist, dass er schon seit 1980 mit kurzen Unterbrechungen dort lehrt und seine Vorlesungen keineswegs nur für Philosophiestudenten sind, sondern auch angehenden Managern und Anwälten im Grundstudium empfohlen werden. Aber auch wenn bisher keine Langzeitfolgen seiner Lehre in der

Teuerster Tee

Panda-Dung schafft besondere Nuance

Panda poo“, das ist der Name des teuersten Tees der Welt. Erst im Frühjahr kommt die erste Ernte auf den Markt. Das Geheimnis der neuen, von dem chinesischen Unternehmer An Yanshi in der Provinz Sichuan angebauten Sorte ist die natürliche Düngung mit dem mineralreichen Dung von Panda-Bären. Elf Tonnen davon hat er in einem Panda-Aufzuchtzentrum aufgekauft und auf einem ein Hektar großen Gelände ausgebracht. Pandabären, deren Nahrung aus Bambus besteht, verwerten nur etwa 30 Prozent, den mineralreichen Rest von 70 Prozent scheiden sie wieder aus. „Die Menschheit muss eine harmonische Beziehung zwischen Himmel, Erde und ihrer Umwelt anstreben“, lautet das Credo des früheren Lehrers, der seinen grünen Tee in einer Packung auf den Markt bringt, die einen Panda-Bären zeigt, der einen Glaskrug hochhält. 500 Gramm der neuen Sorte sollen für

219 000 Yuan (27 000 Euro) verkauft werden.

Der Unternehmer und Verfechter einer natürlichen Düngung, der selbst noch nicht weiß, wie das neue Produkt schmecken wird, ist überzeugt, dass sein Tee beim Abnehmen der immer mehr an Gewicht zulegenden Chinesen hilft und zudem die menschlichen Abwehrkräfte gegen Krebserkrankungen mobilisiert. In Japan gilt der handgerollte „Gyokuru“ (Edler Tautropfen) aus der Präfektur Kyoto als Spitzenprodukt. 100 Gramm der obersten Kategorie werden im Land für bis zu 250 Euro gehandelt, der Exportpreis ist deutlich höher. Allerdings sind in Deutschland auch Qualitäten um 61 Euro je 100 Gramm erhältlich. Weitere Spitzensorten sind Long Jing aus China und Sanxia White aus Taiwan, bei Schwarztees Golden Assam, Assam Jutlibari, Lapsang Souchong, Ruby Tea, Oolong und Spitzensorten von Darjeeling. J. Feyerabend

27 000 Euro für 500 Gramm

Gewebter Patriotismus

Studenten produzieren in Deutschland Polohemden der etwas anderen Art

Pauken mit Stil“: Hinter diesem Motto verbirgt sich das 2010 von einem Kreis um den Mannheimer Studenten Johann-Wolfgang Schinkel gegründete und betont patriotisch-konservativ auftretende Modeunternehmen „ProPatria“, das sich mit dem Bekenntnis „Ja‘ zu Deutschland – als Heimatort, Firmensitz und vor allem als Produktionsstätte“ bewusst wider den herrschenden Zeitgeist positioniert. Gerade mit der Standortwahl beweist das junge Unternehmen, „im Zeitalter der Globalisierung die Heimatbindung“ zu bewahren und „im Sinne des Erhalts und der Förderung der deutschen Textilindustrie“ der importierten Masseneinheitsware aus Billiglohnländern eine heimatverbundene Alternative entgegenzusetzen.

Mode von „ProPatria“ soll Qualität, Stil und Extravaganz mit dem politischen Bekenntnis zu unserem Heimatland verbinden. Der Wahlspruch „Pauken mit Stil“ knüpft an die patriotischen Ursprünge und Traditionen des deutschen Verbindungsstudententums in all seinen Ausprägungen (Burschenschaften, Korps, Verbindungen) an und

erfreut sich in Verbindungskreisen wachsender Beliebtheit. Doch die edlen Bekleidungsstücke richten sich auch an ein konservatives Publikum, dem in der „Bild- und Formsprache“ von „ProPatria“ ein emotionaler Zugang zu den Produkten eröffnet werden soll. „Unsere potenziellen Käufer sehen wir in erster Linie überall dort, wo der Wunsch besteht, an Tradition auch festhalten zu dürfen“, äußert sich Schinkel.

Die Modekreationen aus dem Hause „ProPatria“ überzeugen in Stil, Produktqualität sowie modischer Gestaltung und stellen eine ernsthafte Alternative zu preislich ähnlich gehandelten Waren von Hugo Boss, Joop oder Ralph Lauren dar. Derzeit umfasst die Produktpalette „nur“ P o l o h e m d e n (Piqué-Stoffe aus Baumwolle) mit aufgenähten Couleur-Bändern, doch arbeiten die Macher

an einer Erweiterung des Sortiments. In verschiedenen Motiven (wie das Reiterbild des preußischen Generalmajors von Lützow, ein exquisit gearbeitetes Ritterwappen oder das Abbild eines korporierten Herrenabends) setzen diese Kreationen einen wichtigen Kontrapunkt zu einer traditionsvergessenen und heimatlosen Modeindustrie. Gleichsam befriedigen die Bekleidungsstücke den Hang des Konservativen zum Extravaganten und Solitären. Seit der offiziellen Eröffnung des Internet-Ladens www.propatria.de 2011 befindet sich das Unternehmen auf Wachstumskurs. Ende Januar soll dann eine Erweiterung der Produktpalette im Bereich Strickware stattfinden, indem leichte Pullover aus Merinowolle in das Sortiment aufgenommen werden. „Für die Zukunft haben wir natürlich weitere Pläne



Spitze der US-Elite, in der sich viele Harvard-Absolventen befinden, erkennbar sind, so zwingt er zumindest kurzfristig seine Studenten, ihre Überzeugungen auf den Prüfstand zu stellen. Auf die Frage, ob Männer gegen Geld als Samenspender agieren sollten, erhielt er große Zustimmung. Doch als er auf das Thema Leihmutter-schaft zu sprechen kam und dann auch noch fragte, wie sie darüber dächten, wenn eine Leihmutter nach der Geburt des Kindes dieses doch behalten wolle, herrschte große Verwirrung. Während die einen meinten, Vertrag sei Vertrag, waren andere überzeugt, dass man ein Kind nicht kaufen dürfe, wieder andere wollten, dass das Wohl des Kindes Vorrang habe. Nach einer Weile schilderte Sandel, wie Richter in solchen Fällen entschieden hatten, und endete mit dem

Der Professor will moralisch bilden

Eigentumsbegriff von John Locke. Aber auch Kant spielt immer wieder eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, wie Freiheit und Gerechtigkeit zu deuten sind. Kants Credo „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen“ steht über allen Vorlesungen. „Public philosophy“ nennt dieser seine eigenen Positionen, die in der Wissenschaft als Kommunitarismus bezeichnet werden. Und auch, wenn das Wort irgendwie nach Kommunismus oder Kommune klingt, ist der Amerikaner Sandel weit davon entfernt. Ein ungezügelter Liberalismus widerspricht Sandels auch kapitalismuskritischen Überzeugungen. Er spricht sich für ein Gleichgewicht zwischen individuellen Rechten und sozialen Pflichten aus und ruft zu mehr Bürgerengagement auf. Kommunitarismus meint also, dass die Freiheit des Einzelnen nur so weit gehen dürfe, wie sie das Wohl der Gemeinschaft nicht gefährdet. Doch auch hier gibt es Parallelen zu Kant: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.“ Rebecca Bellano

Sebastian Pella



Suche nach der Zukunft

Arabische Emirate im Wandel

Rainer Hermann, Autor des Buches „Die Golfstaaten. Wohin geht das neue Arabien?“, hat sich einen Namen gemacht als Korrespondent der „FAZ“ für die Türkei und den Nahen Osten. Seit 2008 lebt er in Abu Dhabi, dem territorial größten Scheichtum der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Dieselben Vorzüge, die seine Zeitungsartikel auszeichnen, zeichnen auch sein Buch aus: ein nüchterner, transparenter Stil ohne prätentöse oder modische Stilfiguren, gepaart mit solider Sachkenntnis, die mit dem islamwissenschaftlichen Studium des Autors begonnen hat. Sympathie für sein Sujet scheint durch.

Am ausführlichsten berichtet er über Abu Dhabi und Dubai, was dadurch zu rechtfertigen ist, dass dies auch die gewichtigsten der sieben Scheichtümer der VAE sind. Trug die Landkarte für diese Region der Welt einmal den Namen „Piratenküste“, dann „Vertragsstaaten“ (Trucial States), was beides nicht unbedingt eine rasante Entwicklung durchscheinen lässt, so haben sich die VAE seit wenigen Jahrzehnten durch Öl-, Erdgas- und managerialen Erfindungsreichtum an die Spitze der gesamten arabischen Welt gesetzt. Die vielen Einzelheiten, die der Autor in diesem Zusammenhang ausbreitet, müssen alle interessieren, die weiter voraus in die Wirtschaft und Gesellschaft des 21. Jahrhunderts zu schauen versuchen, ungeachtet der regionalen Besonderheiten dort unten an der Straße von Hormus.

Die „Emiratis“ sind von derartiger Weltoffenheit, dass die einheimischen Araber, die Nachkommen ärmlicher Beduinen, mittler-

weile weniger als 20 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Der Autor hält diesen Befund mit unserer Vorstellung zusammen, dass ab einem Ausländeranteil von etwa zehn Prozent der innere Frieden einer Gesellschaft in Gefahr gerate. So ganz klar kann der Vergleich mit den Zuständen in den Immigrationsländern des wohlhabenden Europa aber nicht gezogen werden. Denn die meisten derjenigen, die in die VAE kommen, sind Arbeitsmigranten ohne Perspektive der Integration, können also relativ mühelos nach einer bestimmten Frist wieder nach Hause geschickt werden. Unter den Fremden sind nicht nur Arbeitskräfte aus Indien, Pakistan, Bangladesch und den Philippinen für die eher simplen Verrichtungen, sondern auch viele qualifizierte Fachleute.

Natürlich sucht man in dem Werk auch die Erörterung der Frage, wie die Ölstaaten ihre Volkswirtschaft führen werden, wenn das Öl einmal versiegt ist. Eine klare Antwort darauf ist gegenwärtig kaum möglich, der Autor konstatiert nur die verschiedenen Bemühungen um Diversifizierung. Jedenfalls müssen die Scheichs sich nicht vor der Suche nach alternativen Energien fürchten, die die westliche Welt immer mehr beschäftigt. Denn abgesehen von den Unwägbarkeiten, die diese Suche begleiten: Die Volkswirtschaften der Aufsteiger in der Dritten Welt, etwa Indien, Brasilien, China, Südafrika, haben noch lange nicht genug benzinschluckende Autos gekauft. *Bernd Rill*

Rainer Hermann: „Die Golfstaaten. Wohin geht das neue Arabien?“, dtv premium, München 2011, kartoniert, 360 Seiten, 14,90 Euro



Viele Jahre hatte Kathrin Behr, ihre Lebensgeschichte der Öffentlichkeit preiszugeben. Erst durch ihre Arbeit als Beraterin für den Fachbereich DDR-Zwangsadoptionen beim Dachverband der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft erkannte sie, dass sie mit ihrem Schicksal nicht allein dastand. In ihrem Buch „Entrissen. Der Tag, als die DDR mir meine Mutter nahm“ berichtet die 44-Jährige gemeinsam mit dem Fernsehjournalisten Peter Hartl über eines der dunkelsten Kapitel der SED-Diktatur, das auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung die Gemüter bewegt: Zwangsadoptionen.

In den 1970er Jahren entriß der Staat Regimekritikern und Republikflüchtigen ihre Kinder und steckte sie in Heime oder Pflegefamilien. Bereits 1975 schrieb der „Spiegel“ über die perfiden Praktiken der Staatssicherheit von der Zuweisung einer verschimmelten Wohnung bis hin zum Berufsverbot, um den Dissidenten das Sorgerecht zu entziehen.



Vor acht Jahren hatte der Kölner Historiker Johannes Kunisch mit seiner Biografie über Friedrich den Großen bis heute gültige Maßstäbe in der Darstellung des großen Preußenkönigs gesetzt. Zum Friedrichjahr hat der Beck Verlag das 600 Seiten starke Buch in einer Sonderausgabe (19,95 Euro) herausgebracht und zugleich den Autor um eine Kurzbiografie in seiner Reihe „Wissen“ gebeten. Auch dieser Aufgabe hat

Der Mutter entrissen

Betroffene berichtet von ihrer Zwangsadoption in der DDR

Nach der Wende gründete Behr in ihrer Heimatstadt Gera den Verein „Hilfe für Opfer von DDR-Zwangsadoptionen“, um Betroffenen dabei zu helfen, Familienangehörige wiederzufinden und seelische Qualen zu verarbeiten. Sie selbst gehört zu den Opfern. „Im Morgengrauen zerrten die Männer meine Mutter fort“, erinnert sich Behr. Das Jugendamt steckte die vierjährige Katrin und ihren jün-

geren Bruder Mirko ins Heim. Das Mädchen wurde in einige Pflegefamilien vermittelt, riss aber immer wieder aus. Als es ins Heim zurückkam, war Mirko plötzlich verschwunden. „Die alte Familie gibt es nicht mehr. Such dir eine neue“, erklärte die Großmutter unverblümt. Bei der nächsten Pflegefamilie blieb Katrin. Ihre neuen Eltern – beide linientreue Parteimitglieder – adoptierten sie. Die dominante Pflegemutter betraute die Adoptivtochter mit dem Haushalt und der Betreuung ihres Stiefbruders. Nur der Pflegevater gab Geborgenheit. Sie machte eine Ausbildung zur Krankenschwester, trat in die SED ein und

heiratete mit 19 Jahren einen Polit-Offizier.

Die Ehe scheiterte, Behr wurde arbeitslos und brachte sich und ihre beiden Kinder gerade so durch. Nach einer schweren Krankheit begann sie, in einer Psychotherapie ihre traumatische Vergangenheit aufzuarbeiten. Jahrelang hatte sie sich aus Loyalität zu ihren Adoptiveltern nicht getraut, nach ihrer leiblichen Mutter zu suchen.

„Da sitzt man als Kind zwischen zwei Stühlen.“ Als sie ihre Mutter endlich findet, erfährt sie, dass diese ihre Kinder nicht freiwillig zur Adoption weggegeben hatte. Nach dem Asozialen-Paragrafen 249 war sie damals zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt worden und saß im Gefängnis „Roter Ochse“ in Halle ein.

Erschütternd und informativ zugleich schildert die Autorin ihr Schicksal und deckt ein bis heute totgeschwiegenes Stück Zeitgeschichte auf. Tatsächlich gehen Experten nur von wenigen politisch motivierten Zwangsadoptionen aus. „Fallzahlen von 1000 und mehr entbehren jeglicher Grund-

lage“, resümiert die Juristin Marie-Luise Warnecke. Die Verfasserin einer Studie der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur fand zudem keine Hinweise darauf, dass die damalige Ministerin für Volksbildung, Margot Honecker, direkte Anordnungen für solche Sanktionen gegeben hat. Grundlage für Zwangsadoptionen war das Familiengesetzbuch der DDR. Es erlaubte den Entzug des Erziehungsrechts bei „schwerer schuldhafter Verletzung der elterlichen Pflichten“. Eltern waren dazu verpflichtet, ihre Kinder „zur Einhaltung der Regeln des sozialistischen Zusammenlebens“ und „zum sozialistischen Patriotismus“ zu erziehen. Nach Warnecke sei es schwierig nachzuweisen, bei wem das Verschulden lag. In vielen Fällen wären den Eltern aufgrund von Unvermögen und Versagen auch nach den Gesetzen der Bundesrepublik die Kinder wahrscheinlich weggenommen worden. *Sophia E. Gerber*

Katrin Behr, Peter Hartl: „Entrissen. Der Tag, als die DDR mir meine Mutter nahm“, Droemer, München 2011, geb., 304 Seiten, 16,99 Euro

Ein idealer Einstieg

Kunischs kleine und doch so große Friedrich-Biografie

sich Kunisch mit Bravour entledigt; das kleine Bändchen ist ein idealer „Einsteiger“ für alle, die am Thema interessiert sind.

Kunisch legt erneut den Schwerpunkt auf den Staatsmann und Feldherrn Friedrich und zeigt anschaulich, dass Friedrich in seiner dynastischen Anschauung durchaus dem hergebrachten Bild des Monarchen im Ancien Regime verhaftet war, zum anderen aber, dass er durch eine Auffassung von Pflichterfüllung, Sorge um den Staat und Feldherrnkunst alle Herrscher der damaligen Zeit überragte, auch alle

preußischen Herrscher vor und nach ihm. Dabei sieht Kunisch seinen Helden durchaus nicht kritiklos; dessen ungezügelter Expansionsdrang nach Schlesien sei ein leichtfertiges Vabanquespiel um den Bestand des Staates überhaupt gewesen. Aber als einmal die Lawine losgetreten war, habe Friedrich ganz ungewöhnliche Willensstärke und militärisches Talent bewiesen, um scheinbar ausweglose Situationen zu überstehen, wobei allerdings die zögerliche Haltung seiner Gegner im dritten Schlesischen Krieg zu Hilfe kam.

Kunisch widmet gerade diesem dritten, dem „großen“ Krieg von 1756 bis 1763 ein besonderes Kapitel; seine Darstellungen der einzelnen Schlachten sind außerordentlich historische Miniaturen auf engstem Raum. Der ehrende Beiname „der Große“ stehe Friedrich, so Kunisch in seinem abwägenden Urteil, auch aus heutiger Sicht völlig zu Recht zu. *Dirk Klose*

Johannes Kunisch: „Friedrich der Große“, Verlag C. H. Beck, beck'sche reihe Wissen, München 2011, 127 Seiten, 8,95 Euro



und auf dem Umschlag des Buches befindet sich ein rot verlinkertes, neueres Einfamilienhaus. Der Umschlagtext auf der Rückseite informiert dann aber darüber, dass es um Rechtsextreme geht. Angesichts dessen, dass „Rechts“ und „Rechtsextrem“ mal wieder in einen Topf geworfen werden und die Autoren Astrid Geisler und Christoph Schultheis auch noch für die politisch sehr links stehende „taz“ schreiben, befürchtet man sofort Entprechendes. Doch liest man die Texte, muss man den Autoren zugestehen, dass sie vor allem beschreiben, was sie erlebten, dieses aber natürlich gezielt ausgewählt haben, um den gewünschten Eindruck zu vermitteln. Zudem blitzt anhand der Wortwahl oft durch, wer den Autoren suspekt ist.

Sie beginnen in Strehla und begleiten die 36-jährige Ines Schreiber auf ihrem Weg durchs Dorf. Die Autoren machen keinen Hehl daraus, dass sie die zweifache Mutter für eine Anhängerin der Grünen gehalten hätten, hätten sie

nicht gewusst, dass ihr Mann bei einem rechtsextremen Verlag arbeitet, dessen Überzeugungen er auch im Privatleben vertritt. Die Autoren berichten, dass Schreiber als Schöffin tätig ist und im Elternbeirat sitzt, zudem berichten alle Nachbarn und Bekannte nur positiv über sie. Man merkt den Autoren an, dass sie Schreiber gern irgendwelche extremistischen Äußerungen entlockt hätten, da es ihnen aber nicht gelingt, berichten sie über die NPD-Frauengruppen, wobei die Interviewte zu dem Zeitpunkt noch gar nicht NPD-Mitglied war. Als Geisler und Schultheis jedoch wenig später erneut nachfragten, war Schreiber inzwischen der Partei beigetreten und prompt nicht mehr in den Elternbeirat gewählt worden.

In einem anderen Kapitel wird eine Mutter befragt, deren Sohn rechtsextrem wurde. Der Fall, in dem die Mutter ihre Hilflosigkeit beschreibt, liest sich durchaus interessant. Mindestens so aufschlussreich ist, dass sie am Ende sagt, sie sei überzeugt, dass ihr Sohn genauso gut dem Linksextremismus hätte verfallen können, hätte er zuerst jemanden aus dem

Spektrum gefunden, der dem schüchternen Jungen seine Freundschaft angeboten hätte.

Weiter geht es nach Delmenhorst. Die Stadt sorgte 2006 für Schlagzeilen, als der rechtsextreme Anwalt Jürgen Rieger ein heruntergekommenes Hotel aufkaufen und zu einem rechtsextremen Schulungszentrum machen wollte. Was aus dem Hotel geworden ist

und wie die Stimmung deswegen in Delmenhorst ist, wird in einem Kapitel anschaulich nachgezeichnet.

Auch über die politischen Verhältnisse in einem Dorf in den neuen Bundesländern wird berichtet. Dort sorgte der Bürgermeister, ein Oberkommissar, für Schlagzeilen, weil er ein Gemeinderatsmitglied zu seinem Stellvertreter machte, obwohl dieser dafür bekannt war, dass er NPD-nahe Jugendgruppen im von ihm verwalteten Dorftreff Einlass gewährte. Zwar wird hier deutlich, wie die Autoren dazu stehen, gleichzeitig erhält der Leser aber genügend Informationen, um sich ein Bild von der Lage vor Ort zu machen und die Lage des Bürgermeisters nachzuspüren.

Grün und auch rechtsextrem?

Rechtsextremisten im Visier

»taz«-Autoren versuchen zu dokumentieren, wie groß die Szene ist



schweren sollten, dass Ferien an der Ostsee angeblich langweilig seien, dann lesen Sie ihnen doch einfach eine der Kurzgeschichten aus dem „kriminellen Reiseführer“ „Mörderische Ostsee“ vor. Während in Band 01 mehrere Orte der Lübecker Bucht wie zum Beispiel Grömitz und Scharbeutz Schauplatz der Ereignisse sind, so führt die Reise in Band 02 von der Insel Fehmarn über unter anderem Heiligenhafen, Hohwacht und Schönberger Strand bis nach Kiel. 14 rasante Kurzgeschichten über große Gefühle und mysteriöse Ereignisse garantieren kurzweilige Unterhaltung.

„Das Ferienzentrum Weißenhäuser Strand war bereits außer Sichtweite, als es passierte. Wir fuhren langsam durch die unberührte Dünenlandschaft, genossen die Wärme, die violetten Farben der Luft. Ich wollte gerade zu Jonas sagen, er solle sich diesen merkwürdigen Baum anschauen, der links unterhalb des Deiches steht, als uns ein Krachen und Knirschen aus der friedlichen Abendstimmung riss. Augenblick-

Leichte Kost

14 Ostsee-Kurzkrimis

Falls sich die lieben Sprösslinge mal wieder be-

lich blockierte mein Hinterrad, und ehe ich reagieren konnte, flog ich auch schon auf den Asphalt.“

Die 14 Kurzgeschichten stammen aus den Federn von 14 verschiedenen Autoren, was für eine interessante Mischung des Stils und der Themen der Geschichten sorgt. Die Herausgeberin Petra Tessendorf empfiehlt im Vorwort „Der Reiseführer passt in jede Strandtasche, und die Länge des jeweiligen Krimis ist genau auf die Zeit des Trocknens nach dem Bad in der Ostsee abgestimmt.“

Wer also keine Lust hat die Zeit im Strandkorb in diesem Jahr mit einem dicken Wälzer, der einem die Arme beim Lesen lahm werden lässt, zu verbringen, für den eignet sich der leichte und handliche kriminelle Reiseführer hervorragend. Ausgestattet mit kleinen Skizzen und Beschreibungen, der Orte, in denen die Geschichten spielen, macht das Buch Lust, mal einen Ausflug zu einem der beschrieben Ostsee-Orte zu unternehmen. Der nächste Sommer kommt bestimmt. *V. Ney*

Petra Tessendorf (Hrsg.): „Mörderische Ostsee. Ihr krimineller Reiseführer Fehmarn bis Kiel“, Windspiel-Verlag, Scharbeutz 2011, 224 Seiten, 11,90 Euro

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

»Weltkrieg binnen fünf Jahren«

New York – Der weltweit anerkannte Finanz- und Rohstoffexperte Marc Faber rechnet in den nächsten fünf Jahren mit dem Ausbruch des Dritten Weltkriegs. Dies sagte er auf einer Tagung des US-Finanzmagazins „Barron’s“. Brennpunkte seien der Nahe Osten und die amerikanisch-chinesische Rivalität. Faber hatte seit 1987 alle größeren Verwerfungen an den Kapitalmärkten verblüffend genau vorhergesagt. *H.H.*

Ankara giftet gegen »Fergi«

Ankara – Die Staatsanwaltschaft in Ankara hat Anklage gegen Sarah Ferguson wegen der Verletzung der Persönlichkeitsrechte von fünf Kindern erhoben. Ferguson hatte mit einem Filmteam 2008 in türkischen Waisenhäusern gefilmt und die sanitären und pflegerischen Missstände öffentlich gemacht. Ein Auslieferungersuchen gegen die Herzogin von York hatte Großbritannien 2009 zurückgewiesen. Die Türkei wirft Ferguson vor, das Image der Türkei in den Schmutz ziehen zu wollen. *H.L.*

ZUR PERSON

Der düstere Prophet

Wer den Dritten Weltkrieg für die nächste Zukunft vorhersagt, den tut man gern als Spinner ab. Wenn dies jedoch einer wie **Marc Faber** (siehe Meldung oben) tut, dann fährt einem die Prophezeiung in die Glieder. Denn der 1946 in Zürich geborene Finanzexperte und Anlageverwalter machte mit zutreffenden Vorhersagen bereits mehrfach Furore. Seinen düsteren Ruhm begründete Faber 1987. Als noch alle Welt und ihre Experten von weiter steigenden Aktienkursen ausgingen, riet Faber seinen Kunden im Oktober plötzlich dringend zum Ausstieg aus dem Aktienmarkt. Eine Woche später brachen die Kurse ein. Seitdem nennt man ihn „Dr. Doom“, „doom“ ist das englische Wort für Untergang und jüngstes Gericht.

Ebenso sah er den Einbruch des japanischen Marktes in den 90ern vorher und prophezeite den Einbruch der Internetbranche zur Jahrtausendwende bereits Jahre zuvor. Bei Letzterem hatte er sich lediglich mit dem Datum vertan, weshalb seine Anhänger den letzten Schwung der „Blase“ verpassten. So entgingen ihnen zwar Gewinne, Verluste aber bleiben ihnen (im Unterschied zu Millionen anderen) erspart. Schon Anfang 2007 malte er die globale Krise an die Wand und deutete ihre Auslöser ebenso zutreffend wie das Ausmaß des Niedergangs, der seitdem die Welt durchrüttelt.

Heute zählt Faber, der in Thailand lebt und geschätzte 300 Millionen US-Dollar Anlagevermögen seiner Kunden verwaltet, zu den Warnern vor einer Hyperinflation, ausgelöst von der lockeren Geldpolitik der Notenbanken und hemmungsloser Schuldenmacherei. Mit seiner Ankündigung eines Dritten Weltkriegs übertrifft der Schweizer indes alle seine bisherigen Prophezeiungen an Dramatik. *H.H.*



Vom Menschenrecht auf Eigentum

Zeichnung: Mohr

Gefährliche Besucher

Wie uns jeder Gast zum Verhängnis werden kann, warum Bürger Bürger überwachen müssen, und was aus Deutschland wird / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Führen Sie ein gastfreundliches Haus? Lassen Sie sogar manchmal Leute auf Ihre Partys, die Sie noch gar nicht kennen? Dann leben Sie gefährlich, Ihre gesellschaftliche Reputation steht auf Messers Schneide!

Die Hamburger Burschenschaft Germania (nicht zu verwechseln mit der am selben Ort residierenden Burschenschaft Germania-Königsberg zu Hamburg) steht im Sturm der Entrüstung, weil sie angeblich einen hohen NPD-Funktionär in ihrem Hause „hofiert“ habe. Oha! Was ist passiert?

Die Germanen hatten einen fröhlichen Tanznachmittag mit ihren Frauen und Freundinnen abgehalten, dem sich ein geselliges Beisammensein mit interessierten Studenten anschloss. Just an jenem Abend klingelte ein Herr im dunklen Einreihler und begehrte Einlass. Die ahnungslosen Burschenschafter ließen den Mann herein. Es entsponn sich ein Gespräch, bei dem sich herausstellte, um wen es sich bei dem unbekannten Gast handelte: den stellvertretenden Vorsitzenden der niedersächsischen NPD. Daraufhin setzten ihn die Farbenstudenten an die Luft.

Sie fragen sich, warum ich ihnen diesen langweiligen Käse hier ausbreite? Weil sich daraufhin eine richtig spannende Geschichte entwickelte. Draußen vor dem Haus hatte nämlich ein Haufen schwarzgekleideter engagierter Kämpfer gegen Rechts Aufstellung genommen, die Widerstand leisten wollten gegen den Tanznachmittag. Der Herr von der NPD ließ sich von den Aufmarschierten noch ausgiebig fotografieren, bevor er die Klingel betätigte.

Bald nach dem Ereignis erschien in der Lokalausgabe einer großen deutschen Tageszeitung der Artikel „NPD-Prominenz besucht Hamburger Burschenschaft“, wo man den Eindruck gewann, die Germanen hätten den Mann regelrecht eingeladen und demnach genau gewusst, um wen es sich handelt. Der Hinweis, dass sie keine Ahnung hatten, fehlt in dem Beitrag. Dafür stehen die Germanen nun am Pranger.

Ahnen Sie jetzt, in welcher Gefahr wir alle schweben? Stellen Sie sich vor, Sie machen einen

bunten Abend in Ihrem Sportverein und da kommt ein Unbekannter dazu, der sich anschließend als Gottweißwas herausstellt? Müssen wir künftig jeden fremden Besucher schon im Windfang erkennungsdienstlich erfassen, um nicht in den unabwaschbaren Geruch von „gefährlicher Nähe zu ...“ zu geraten?

Ach nein, das wäre wohl doch übertrieben. Wir leben hier ja nicht mehr in der ... oder etwa doch? Aber wie soll man denn wissen, ab wann es riskant wird? Das ist es ja gerade: Erst diese gewisse Unsicherheit entfaltet die erzieherische Wirkung, weil sie dafür sorgt, dass einem aus jeder Kleinigkeit ein Strick werden kann. Ob ein unverhoffter Besuch oder irgendeine andere Art von „Kontakt“ zur Verurteilung führt, das hat mit der Sache an sich nämlich gar nichts zu tun. Es kommt darauf an, ob einen die Politaufseher auf dem Kieker haben oder nicht.

Die Burschenschaften waren in ihrer knapp 200-jährigen Geschichte den Mächtigen fast durchgängig verdächtig. Da wird jede Gelegenheit genutzt. Wobei man sich fragt, ob da nicht auch ein bisschen Fallenstellerei im Spiel war. Warum nutzte genannter NPD-Funktionär ausgerechnet jenen Tag für seinen Burschenhausbesuch, als Medien und Antifa vor dem Gebäude versammelt waren? Ein dramaturgischer Geniestreich! Und ein Schelm, wer V-Mann dabei denkt.

Aber uns kann ja nichts passieren, uns will ja keiner was. Oder? Na ja, da kam schon so mancher Dorfvereins-Vorsitzende ins Schwitzen, weil der Trainer der Sowieso-Jugend plötzlich eine ungelittene „Gesinnung“ an den Tag legte. Also nichts da mit „Sicherheit“, jeden kann es treffen. So soll es ja auch sein, denn diese Unsicherheit ist es, die jene Gleichschaltung erzeugt, die von innen kommt. Und die ist viel haltbarer als die grob erzwungene, wie uns das tragische Schicksal der DDR lehrt. Vielleicht sollte

man eine Art Prüf-Hotline einrichten, auf der wir uns über den politischen Reinheitsgrad unserer Mitmenschen erkundigen können. In Zeiten knapper Staatskassen ist es ohnehin angezeigt, dass die Bürger ihre Überwachung selbst in die Hand nehmen. Man nennt das natürlich nicht „Überwachung“, wir sind hier ja nicht mehr bei Stalin oder so. Nein, wir haben aus der Geschichte gelernt und sprechen von „Wachsamkeit als Ausdruck zivilgesellschaftlichen Engagements“.

Gewisse Traditionslinien sind dennoch nicht gänzlich verweht, weshalb es kaum wundert, dass sich die Linkspartei in Sachen „Wachsamkeit“ von niemandem überbieten lässt. Umso erschütterter gaben sich Genossen, als sie erfuhren, dass ein Drittel ihrer Bundestagsabgeordneten vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Ungeheuerlich, so Linke-Chefin Gesine Löttsch: Schließlich kämpfe man doch gegen Rechts! Und jetzt kommen die einem mit „Verfassungstreue! Oder wie formulierte es der Bundesjugendsekretär des DGB, René Rudolf, vergangenen Dienstag: „Wir machen deutlich, dass die Demokratieklauseel uns in unserem Kampf gegen Rechts behindert.“ Damit spielte er auf die Zumutung der Bundesfamilienministerin Schröder an, dass Gruppen, die für ihren Kampf gegen rechtsextreme Verfassungsfeinde Steuergelder haben wollen, schriftlich erklären müssten, dass sie selbst keine Verfassungsfeinde seien.

Sollen jetzt also DGB-Jugend und Linkspartei dafür eintreten, dass Meinungs- und Versammlungsfreiheit für jedermann gelten, wie es das Grundgesetz vorschreibt? Genau davon wollen wir doch gerade (wieder) weg! Wozu müht man sich denn ab im Kampf gegen Rechts? Doch nicht wegen der paar NPD-Heinis, nein: Der „Mitte der Gesellschaft“ hat es an den Kragen zu gehen, weshalb alle Vorkämpfer von Wolfgang Thierse bis Gesine Löttsch nicht müde werden anzumelden, dass

genau von dort, von der „Mitte der Gesellschaft“, die größte Gefahr ausgehe. Aber die „Mitte“ bekämpft man halt am wirkungsvollsten von den Rändern her, weshalb die Ausgrenzung linker Verfassungsgegner aus dem Kampf ganz und gar kontraproduktiv ist.

Wie Deutschland wohl aussehen wird, wenn der „Kampf gegen Rechts“ dereinst siegreich beendet wurde? Vom Innenleben Antifa-Deutschlands gibt uns der bayerische Landesverband der Linken einen deftigen Vorgeschmack: Dort haben die Partei-Prätorianer des Parteichefs Klaus Ernst ein Strategiepapier entwickelt, wie mit parteiinternen Ernst-Kritikern zu verfahren sei.

Der Jugendverband, der als unverbesserlicher Feind ausgemacht wird, müsse „isoliert“ werden, heißt es dort. In 15 gegnerischen Kreisverbänden sollen „Spaltungen herbeigeführt werden“. Und 19 leider „fähige“ Einzelpersonen der Gegenseite seien zu kompromittieren. Wie? Der „Focus“ zitiert wörtlich: „Dafür dürfen keine möglicherweise widerlegbaren Indizien ins Feld geführt werden, sondern vage und unspezifische Andeutungen, die nicht widerlegbar sind.“

Ein spezieller Ernst-Gegner könne so fertig gemacht werden: Seine ausländische Herkunft sollte „immer wieder in Erinnerung gerufen werden“, sein Verhältnis zu seiner deutschen Freundin „ggf. skandalisiert“. Ausländische Herkunft und „Mischehe“ als möglicher Schandfleck? Erstaunlich, was bei den „Linken“ alles geht. Eine Mandatsträgerin solle schließlich als „Gesicht der Gegenkräfte“ stilisiert werden, weil sie auf andere „hässlich wirkt“ und eine Bundestagsabgeordnete als „Lügnerin und Intrigantin gebrandmarkt werden“.

Erich Mielke müssen im Grab die Tränen der Rührung in seine schon zu Lebzeiten toten und kalten Augen steigen. Was für vorbildliche Genossen! Und das auch noch im alten Westdeutschland. Auch er liebte ja alle Menschen, so wie die Linksparteiler in den Talkshows dieses Wochenende wieder zum „Kampf für Toleranz, Solidarität und Menschlichkeit und gegen Rechts“ aufrufen werden.

MEINUNGEN

Der ungarische Ministerpräsident **Viktor Orbán** äußerte sich gegenüber der „Bild“-Zeitung (19. Januar) zu den **massiven Attacken**, denen seine Regierung vonseiten der **EU-Kommission** und einer ganzen Reihe anderer **EU-Regierungen** ausgesetzt ist:

„Ich bin überzeugt, dass zig-millionen EU-Bürger es satt haben, in altlinken ideologischen Bahnen zu denken. Sie wollen sich nicht verbieten lassen, über Werte wie Christentum, Heimat, Nationalstolz, Familie zu reden. Wir stehen für unsere Werte und unsere Nation, auch wenn es Gegenwind gibt.“

Jan Fleischhauer sieht wenig Chancen, dass die **Euro-Rettung** gelingt. In „Spiegel online“ erklärt er, wo der eigentliche Fehler lag:

„Der Geburtsfehler des Euro war, sehr verschiedene Kulturen des Wirtschaftens in die Zwangsjacke einer gemeinsamen Währung zu sperren.“

Was würde **Friedrich der Große** wohl zur heutigen Politik sagen, fragte sich **Alexander Schönborg** und stellte für das oben bereits zitierte Boulevardblatt (23. Januar) aktuelle Fragen mit Originalzitaten des Preußenkönigs zusammen:

Zur **europäischen Politik** etwa sagte Friedrich:

„Die europäische Politik ist so trügerisch, dass der Scharfsinnigste betrogen werden kann, wenn er nicht stets auf der Hut ist.“

Oder zu **Englands** Haltung:

„Ich bin erstaunt über die englische Politik. Die Engländer sehen ganz Europa für eine lediglich zum Nutzen Englands geschaffene Staatengemeinschaft an. Niemals gehen sie auf die Interessen anderer ein.“

Zeitdilatation

Es eilt die Zeit im Sauseschritt – nur kommt die Erde nicht ganz mit, die sich infolgedessen, je mehr dabei die Zeit vergeht, auch mehr und mehr zu langsam dreht, wie einwandfrei zu messen!

Ist ihre Achse nicht geschmiert, dass immer matter sie rotiert? O nein, denn just Gezeiten sind schuld an ihrem Zeitverlust – hat Wilhelm Busch noch nicht gewusst, doch ist's nicht zu bestreiten.

Indes, bleibt heute wer zurück, wird in dem Unglück ihm zum Glück 'ne Subvention gegeben, und Langsamdrehern – welch ein Dreh – verhilft ein Weltzeit-Komitee zu Schaltsekunden eben!

Da aber jeder spart und streicht, tat heuer man sich gar nicht leicht in hehrer Zeiten-Runde, und bloß weil man nicht einig war, verbleibt es auch in diesem Jahr bei einer Schaltsekunde.

Gerettet also vorderhand – wie Euro oder Griechenland und andre stur Gestützte, mit denen man sich voll verrennt und nicht mal nachher einbekennt, dass es am End' nix nützte ...